

Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehr

Stadtentwicklung und Stadtplanung

Mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1993 trat eine Änderung der Geschäftseinteilung für den Magistrat in Kraft, die in wesentlichen Punkten Änderungen für das Aufgabengebiet der Abteilung beinhaltet. Der Arbeitsbereich „Ausarbeitung von Bezirksentwicklungsplänen“ scheint nicht mehr auf, dafür wurden aber „Sonderaufgaben“ sowie Aufgaben, die eher dem Organisatorischen zugehören und für alle Planungsabteilungen der Geschäftsgruppe erforderlich sind, der Abteilung zugeordnet.

Stadtstrukturplanung

Die Tätigkeitsschwerpunkte des Jahres 1993 bildeten die Erfüllung der Aufträge des Gemeinderates, eine Neufassung des Stadtentwicklungsplanes einschließlich der dazu erforderlichen Konzepte für Grünraum und Verkehr zu erarbeiten.

In der ÖROK (Österreichische Raumordnungskonferenz) war das Land Wien in diversen Gremien überwiegend durch die Abteilung vertreten und hat an Grundlagenarbeiten und Empfehlungen mitgewirkt:

Ein wesentliches Thema bildete die Eingliederung des Österreichischen Raumordnungskonzeptes in den internationalen Rahmen. Die bevorstehende Integration in den europäischen Wirtschaftsraum (Bemühungen Österreichs um einen Beitritt in die Europäische Union) war Anlaß für eine Studie, in der die Konsequenzen für die Raumordnung und Regionalpolitik in Österreich behandelt wurden. Daraus abgeleitet sind die Grundsätze und Ziele einer österreichischen Europa-Raumordnungspolitik sowie Strategien und Maßnahmen zu deren Umsetzung aufgezeigt. Die Bedeutung Österreichs als Grenzland, Transitland und als Alpenland nimmt daher eine besondere Stellung ein. Auf dieser Grundlage ist eine inhaltliche Erweiterung des Österreichischen Raumordnungskonzeptes vorgesehen. In diesem Zusammenhang stand auch die Vorbereitung der Verhandlungen mit der EG-Kommission zum Kapitel Regionalpolitik. In zwei Empfehlungen wurde die Position für nationale Regionalförderungsgebiete und die „Zielgebiete“ gemäß EG-Strukturfonds dargelegt. Der Standpunkt Wiens, das Stadterweiterungsgebiet „Marchegger Ast“ in die Liste der Regionalförderungsgebiete aufnehmen zu lassen, konnte leider nicht erfolgreich vertreten werden. Im Rahmen einer angestrebten regionalen Zusammenarbeit innerhalb des europäischen Integrationsprozesses sollte es das Ziel der Stadt Wien und der Region sein, die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Dazu wurde vom WIFO eine umfassende Analyse erarbeitet, die insbesondere die wirtschaftliche Situation und die Chancen einer gemeinsamen Entwicklung der gesamten Großstadtregion beschreibt. Schließlich wurde als Ergebnis einer eingehenden Befassung mit Organisationsfragen der EG-Regionalpolitik ein Organisationsschema erarbeitet, das ein möglichst kurzfristiges Reagieren auf die von der EG-Kommission vorgegebenen Termine gestattet. Entsprechend diesem Organisationsschema soll eine regionalpolitische Weichenstellung erfolgen, die auch rechtlich verbindlich verankert werden soll. Damit können auch die für Wien wichtigen Kooperationserfordernisse mit anderen Gebietskörperschaften im Rahmen der EU-Regionalpolitik geregelt werden.

Die Planungsgemeinschaft Ost (PGO) – eine gemeinsame Organisation der Länder Burgenland, Niederösterreich und Wien zur Vorbereitung und Koordinierung raumrelevanter Aktivitäten – befaßte sich vor allem mit der Fertigstellung eines siedlungspolitischen Leitbildes für die Ostregion. Die fortschreitende Verstädterung im Umland von Wien, die sich nicht an den leistungsfähigen Achsen des öffentlichen Verkehrs orientiert, verbunden mit dem Verlust von Erholungs- und Grünraum und mit wachsenden Verkehrsproblemen, erfordert zwischen den Ländern abgestimmte Strategien. Angesichts der Liberalisierung in den östlichen Nachbarstaaten und des angestrebten Beitrittes zur EU ist auch in der Länderregion Ost mit einer weiteren Bevölkerungszunahme zu rechnen. Dies erfordert um so mehr Maßnahmen zu einer geordneten Siedlungsentwicklung.

Die Maßnahmen für die Umsetzung des auf dieser Problematik aufbauenden Konzeptes sehen daher unter anderem eine Stärkung möglicher Entwicklungszentren neben den Städten St. Pölten, Wr. Neustadt und Eisenstadt vor, die mit guter ÖV-Verbindung von der Großstadt erreichbar sind und in Zukunft eine entsprechende Selbständigkeit erwarten lassen. Damit verbunden sollte das Siedlungswachstum in Gemeinden, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, begrenzt werden. Der Maßnahmenkatalog enthält darüber hinausgehend detailliertere Vorschläge zur Verbesserung der Verkehrsverbindungen, der Vorsorge für Betriebsflächen in Entwicklungszentren und solche für einen ökologischen Weg der neuen Wohnbebauung.

Ein besonderes Thema stellte, ausgehend von der Diskussion um den Bau einer Südumfahrung Wiens („B 301“), die Behandlung eines Verkehrskonzeptes für den Südraum von Wien dar. Erste Ergebnisse zeigen, daß der Ausbau des öffentlichen Verkehrs unbedingt forciert werden muß, damit alleine aber eine wirksame Entlastung der Ortsdurchfahrten in Niederösterreich und Wien nicht erreicht werden kann. Eine Verkehrsentlastung der Ortsdurchfahrten erscheint nur mit dem Bau der B 301 und örtlichen Umfahrungen erzielbar.

Die Fortschreibung des Stadtentwicklungsplanes (STEP) wurde weitgehend abgeschlossen, so daß eine Behandlung in den dafür zuständigen Gremien (Stadtentwicklungskommission, Gemeinderat) in die Wege geleitet

werden konnte. Das Bevölkerungswachstum und die steigenden Flächenansprüche für Wohnen, Arbeiten, Verkehr usw. erfordern eine Ausweitung des Siedlungsgebietes über jenes Maß hinaus, das im STEP 1984 vorgesehen war. Damit ist aber keine Abkehr von der Priorität der Stadterneuerung gegenüber der Stadterweiterung verbunden, im Gegenteil kommt ihr angesichts erhöhter Neubautätigkeit am Stadtrand besondere Bedeutung zu, um der Gefahr einer stärkeren sozialen und ethnischen Segregation zu begegnen. Im Sinne einer umfassenden Erneuerung des dichtbebauten Stadtgebietes ist dabei die Verbesserung der Wohnumgebung besonders wichtig. Die Nutzung von brachliegenden oder untergenutzten innerstädtischen Flächen mit guter Verkehrsanbindung und Infrastrukturversorgung ermöglicht die rationellere Befriedigung der Nachfrage nach zusätzlichem Wohnraum.

Das Modell der Entwicklungsachsen entlang leistungsfähiger Linien des öffentlichen Verkehrs ist auch im neuen STEP enthalten, gegenüber 1984 ist jedoch eine dichtere Bebauung in diesen Achsen vorgesehen, deren Zahl wurde überdies vermehrt. Durch eine zunächst variabel angesetzte Länge der Achsen soll es möglich sein, auf die zum heutigen Zeitpunkt nur sehr schwer einschätzbare Dynamik der künftigen Entwicklung zu reagieren. Die kleinräumige Mischung der Funktionen, d. h. eine enge Verzahnung von Wohnungen, Arbeitsplätzen und Versorgungseinrichtungen, ist besonders in den neuen Siedlungsgebieten am Stadtrand unverzichtbar, um möglichst selbständige Stadtteile mit hoher Urbanität zu erhalten. In diesem Zusammenhang ist auch das Zentrenkonzept zu sehen, durch das eine Erhöhung des Versorgungsangebotes im eigenen Bezirk oder Stadtteil nicht nur eine Förderung der Identität bewirkt, sondern auch Fahrten ins Stadtzentrum vermeiden hilft. An oberster Stelle der Verkehrspolitik steht der Versuch, eine „Stadt der kurzen Wege“ zu erreichen. Daneben steht der Grundsatz einer Verkehrspolitik zugunsten der Verkehrsträger des Umweltverbundes (Fußgänger, Radfahrer, öffentlicher Verkehr). So soll der Modal Split (= Verhältnis der Inanspruchnahme der Verkehrsmittel) von derzeit 37 Prozent KFZ-Verkehr, 37 Prozent öffentlicher Verkehr und 26 Prozent Fußgänger und Radfahrer bis zum Jahr 2010 soweit geändert werden, daß 25 Prozent der Wege mit dem KFZ, 45 Prozent mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt werden. Das erfordert einen zusätzlichen Ausbau des S- und U-Bahn-Netzes, Verlängerungen bestehender und Errichtung neuer Straßenbahnlinien einerseits und Maßnahmen zur Vermeidung von überflüssigem Autoverkehr (vor allem durch Parkraumbewirtschaftung). Die stärkere bauliche Erweiterung der Stadt zieht den Verlust an Grünraum nach sich. Die Grünkeile und Grünzüge zwischen den Entwicklungsachsen sowie die wohnungsbezogene Versorgung mit Freiflächen erfordern daher einen besonderen Schutz. Ausreichend dimensionierte stadtnahe Grünräume sollen den Stadtkörper gliedern, den ökologischen Ausgleich erleichtern, Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten anbieten und – soweit möglich und sinnvoll – die stadtnahe Landwirtschaft erhalten. Selbstverständlich kann durch ökologische Maßnahmen im Bereich der eher naturbelassenen Teile der Stadt kein Ausgleich zu den Nachteilen in den bebauten Bereichen geschaffen werden. Im Sinne einer Optimierung der Stadtentwicklung in ökologischer Hinsicht ist eine Erhöhung der Effizienz von Energie- und Stoffströmen, die optimale Nutzung von Ressourcen bei weitestgehender Schließung von Kreisläufen, eine Stärkung natürlicher Produktionsfaktoren durch die Schonung von Boden und Wasser und die Verbesserung und Ausweitung der Vegetationsbestände sowie eine vorsorgliche Stärkung der Tragfähigkeit und Unabhängigkeit städtischer Ökosysteme anzustreben. Dazu muß auf allen Ebenen und in unterschiedlichen Sachbereichen Vorsorge getroffen werden. Beispielhaft können dazu Bodenverbrauch und Bodenversiegelung, Verkehrssystem, Energieplanung oder auch Haustechnik und Bauweise genannt werden.

Gleichzeitig mit dem Stadtentwicklungsplan wurde ein neues Wiener Verkehrskonzept ausgearbeitet, dessen Leitlinien bereits in der ersten Jahreshälfte vom Gemeinderat beschlossen wurden und Grundlage für ein darauf aufbauendes Maßnahmenprogramm darstellten. Die wesentlichen Zielsetzungen sind auf Vorrang für Sicherheit, Gesundheit und die Umwelt ausgelegt und setzen daher das Schwergewicht in Verbesserungen des Öffentlichen Verkehrs. Dabei kann auf den notwendigen Individualverkehr (Wirtschaft!) sicherlich nicht verzichtet werden. Wesentliche Voraussetzung für die Durchsetzung aller Maßnahmen im Verkehrsgeschehen ist die öffentliche Bewußtseinsbildung. Zunächst wurden auf Grundlage der Leitlinien Pilotprojekte initiiert, die den Nachweis für die Durchführbarkeit von vorgeschlagenen Maßnahmen erbringen sollen. Beispielsweise wurde für den 1. Bezirk eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung eingeführt und diese Maßnahme mit einer Vorher- und Nachheruntersuchung überprüft. Dabei hat sich gezeigt, daß das Verkehrsaufkommen deutlich reduziert werden konnte und durch die Verfügbarkeit von Flächen für den Wirtschaftsverkehr eine reibungslosere Abwicklung dieses notwendigen Verkehrs erzielt wurde. In einem anderen Pilotprojekt wurde gemeinsam mit der Bevölkerung eine Lösung für das anstehende Problem der Beschleunigung der Straßenbahnlinien in der Alser Straße erarbeitet, die darüber hinaus auch den Bedürfnissen nach Parkplätzen für die Wohnbevölkerung und für die Wirtschaft Rechnung tragen und sensible Bereiche durch geeignete Verkehrsorganisation möglichst wenig belasten soll. Nicht nur gemeinsam mit Bürgerinitiativen, sondern auch unter Mitwirkung aller befaßten Politiker wurde ein Entwurf für ein Generelles Maßnahmenprogramm fertiggestellt, das gleichzeitig mit dem STEP dem Gemeinderat zum Beschluß vorgelegt werden soll. Die Maßnahmen konzentrieren sich auf die Handlungsmöglichkeiten der Stadt, sie werden durch korrespondierende Arbeiten im Rahmen der PGO ergänzt. Eine Aufzählung aus dem umfangreichen Maßnahmenkatalog muß in diesem Rahmen unvollständig bleiben, es können nur die wesentlichen Themen angeführt werden: Vorrang für die Menschen in der Stadt; umweltschonender und sozialverträglicher Verkehr; Verkehrssicherheit; Verkehrsvermeidung; Ausbau des Öffentlichen Verkehrsnetzes; Innovation und viele andere.

Ein weiterer Baustein im Paket „Stadtentwicklungsplan“ ist ein Maßnahmenprogramm zur Realisierung eines übergeordneten Landschafts- und Freiraumkonzeptes, das in einer ersten Phase für den Nordosten von Wien ausgearbeitet wurde. Damit sollen vor allem widmungsmäßige, finanzielle und in weiterer Folge auch ergänzende rechtliche Vorkehrungen zur Absicherung der ausgewiesenen Vorrangflächen erzielt werden. Seit der Unterschutzstellung des Wienerwaldes (1905) ist erstmals die Voraussetzung geschaffen, in einem abgestimmten Programm diese Flächen soweit notwendig zu erwerben, auszugestalten und damit eine nachhaltige Sicherung des Grünsystems von Wien zu erreichen.

Im Rahmen der Stadtforschung konnten zahlreiche Vorhaben behandelt werden, von denen an dieser Stelle zwei eingehender vorgestellt werden:

Kommunale Sicherheitspolitik ist Teil des städtischen Lebens, daher Teil der kommunalen Aufgaben unter Beteiligung der Bevölkerung an der Gestaltung ihrer Stadt.

Das Modellprojekt „Wien – Sichere Stadt“ ist in drei große Abschnitte geteilt, die Forschungsphasen sind abgeschlossen, die Phase drei – Intervention – soll 1994 erfolgen.

In der ersten Phase wurde ein Kriterienkatalog für die Auswahl der modellhaft zu untersuchenden Stadtteile entwickelt. Gemeinsam mit dem „begleitenden Arbeitskreis“ wurden zwei Gebiete ausgewählt: „Wilhelmsdorf“ in Meidling und „Dornerplatz“ in Hernals. In dieser Phase wurde zusätzlich eine Befragung sämtlicher Polizei-Wachzimmer in Wien zu Fragen der Unsicherheit und lokaler Probleme durchgeführt.

In der zweiten Phase wurde die Wohnbevölkerung in den beiden Untersuchungsgebieten über ihre Einschätzungen von Sicherheit und Unsicherheit befragt. Dazu wurden die konkreten Erfahrungen von Unsicherheit, Bedrohtheit, Irritation erhoben. Weiters wurden durch Expertengespräche in den Bezirken die Befragungsergebnisse ergänzt und die Informationen über die Gebiete erweitert. Es entstanden dabei zugleich Kooperationen mit Personen in verschiedenen Einrichtungen (von Bezirksvorstehung über Polizei, Gebietsbetreuung, Schulen bis zu Zusammenschlüssen der Geschäftsleute und einzelnen im Gebiet aktiven Personen), die für den weiteren Verlauf des Projekts entscheidend wichtig sind.

Bisher liegen folgende Ergebnisse vor:

Unter den problematischen Sachverhalten, die von der Wilhelmsdorfer Bevölkerung (12. Bezirk) genannt werden und im Viertel lokalisiert sind, spielen Vermögensdelikte, materielle Schädigungen und die Lärmproblematik einschließlich der Konflikte mit Nachbarn und um Lokale die Hauptrolle.

Bei den Vermögensdelikten handelt es sich hauptsächlich um Einbrüche (in Wohnungen, Geschäfte oder Autos), die in der Nachbarschaft (aber nicht sehr häufig einem selbst) passiert sind, weiters um (Taschen)Diebstähle, räumlich konzentriert um den Bereich Meidlinger Hauptstraße, sowie um wahrgenommene Sachbeschädigungen. Einbrüche und Diebstähle werden zwar sicherlich als Indiz für Unsicherheit im Bezirk gewertet, bleiben aber häufig ohne persönlich-emotionalen Bezug und lösen nur geringe Sicherheits- und Bedrohungsängste aus.

Wo Kommunikation im Haus besteht, zeigen auch ältere Leute weniger Angst vor Wohnungseinbrüchen und hausfremden, „verdächtigten“ Personen. Erstaunlich ist die große Bedeutung, die Schwierigkeiten und Konflikten mit Nachbarn und Personen aus der unmittelbaren Wohnumgebung, gebündelt um die Lärmbelästigung, zukommt. Eine weitere, bedeutende Ursache von (Lärm)Belästigung in der Wohnumgebung betrifft Lokale und Gaststätten, die darüber hinaus öfter auch explizit als „Unsicherheitsfaktor“ bezeichnet werden (Ausländerlokale, türkische Gäste). Probleme mit Ausländern und deren Lebensweise werden so gut wie ausschließlich im Zusammenhang mit der Nutzung des öffentlichen Raumes genannt, besonders konzentriert auf diverse Parks, den Migazziplatz und den Meidlinger Markt. Eigene Erfahrungen von körperlicher Gewalt/Bedrohung sind relativ selten; meist handelt es sich bei den erzählten gewalttätigen Vorfällen um Berichte aus zweiter Hand oder um Beobachtungen. Großen Raum bei den berichteten Unsicherheitserfahrungen nehmen die Wahrnehmungen von „Problemgruppen“ (wie Drogenabhängige, Unterstandslose, Betrunkene, Jugendliche oder sonstige Herumstehende) im öffentlichen Raum ein, die durch ihre bloße Anwesenheit Gefühle der Bedrohungen auslösen (Stationsbereiche der U-Bahn-Linien). Dieses Problem, ergänzt um Hinweise auf sonstige der Zuhälterei und anderer krimineller Handlungen verdächtige Personen, wird auch unter dem Begriff „das Viertel verkommt“ thematisiert und im Zusammenhang mit „zweifelhaften“ und moralisch bedenklichen Lokalitäten vorgebracht.

Faßt man die Lärm- und Abgasbelästigung mit sonstigen Verkehrsproblemen zusammen, so spielt das Thema Verkehr eine nicht unwichtige Rolle unter den Unsicherheitserfahrungen in Wilhelmsdorf. Bei diesen Konflikten handelt es sich vielfach um Erfahrungen von Rücksichtslosigkeit oder um Gefährdungen durch Verkehrsteilnehmer. Das Problem Schmutz und Gestank ist in Wilhelmsdorf relativ unbedeutend.

Rund die Hälfte der befragten Bewohner im Untersuchungsgebiet um den Dornerplatz (17. Bezirk) verfügen über direkte oder indirekte Kriminalitätserfahrungen, meistens über Vermögensdelikte (Diebstahl, Wohnungs- und Kfz-Einbrüche durch unbekannte Täter). Von geringer Bedeutung sind dagegen Konfrontationen mit „Gewalt“ (Bedrohung, Körperverletzung, Nötigung), die am ehesten noch aus der Perspektive des Beobachters erfolgen: z. B. Streit und Tötlichkeiten in (Ausländer-)Subkulturen oder im Umfeld der (von Ausländern betriebenen und frequentierten) Lokale.

Im Kalvarienbergviertel werden Konflikte selten direkt und offen ausgetragen. Das bedeutet aber, daß vorhandene Konfliktstoffe vielfach latent bleiben und nur mit privat bleibendem Ärger, auch mit Resignation oder Angst beant-

wortet oder aber auf dem Weg der Einschaltung von Instanzen bzw. Autoritäten bearbeitet werden. Die Leute, die sich gestört und beeinträchtigt fühlen, reden nicht mit denen, die das nach ihrer Wahrnehmung verursachen.

Viele der Probleme dieses Viertels werden von der österreichischen Wohnbevölkerung mehr oder minder direkt, mehr oder minder zutreffend mit dem relativ hohen und zuletzt deutlich angestiegenen Ausländeranteil verknüpft. Die starke Zuwanderung von Ausländern macht sich in der vermehrten Nutzung des öffentlichen Raumes bemerkbar, durch gestiegene Verkehrsbelastung, vermehrte Beanspruchung der Infrastruktur und beengtere Wohnverhältnisse. Speziell in Häusern mit hohem Ausländeranteil, sind häufig Problemkumulationen und Verfallstendenzen anzutreffen, die auch maßgeblich durch die Verwertungsstrategien der jeweiligen Hausbesitzer erzeugt oder jedenfalls verschärft werden. Die Unsicherheitserfahrungen und Irritationen der österreichischen Wohnbevölkerung kreisen oft um den Themenkomplex Lärm, Schmutz, Vernachlässigung und resultieren aus Nutzungs-, Territorien- und Kulturkonflikten. Oft geht es dabei um die Grenzziehung zwischen privater und öffentlicher Sphäre, um die Nutzung des öffentlichen Raums und um die damit verbundenen „Belästigungen“ (im weitesten Sinn).

Kriminalität und Kriminalitätsängste im engeren Sinn erscheinen dagegen von nachrangiger Bedeutung, wenngleich der Kriminalitätsverdacht oder sogar Kriminalitätsvorwurf mitunter durchaus formuliert wird.

Die in den Befragungen gewonnenen Informationen über Konflikte und Irritationen, über Erfahrungen von Kriminalität und von Belästigtwerden müssen für die genaue Planung der Interventionen noch ergänzt werden: durch Recherchen vor Ort und durch Sammlung des Wissens, über das verschiedene Einrichtungen verfügen.

Vor der Interventionsphase sollen zunächst die Ergebnisse der Befragungen den Betroffenen in den Untersuchungsgebieten bekannt gemacht werden. Zugleich werden Angehörige der verschiedenen lokalen Einrichtungen und in Bürgerversammlungen dazu eingeladen, sich an Initiativen zur Bearbeitung verschiedener Probleme und Konflikte zu beteiligen. Das Prinzip der Intervention ist Eigenaktivität, Konfliktregelung, Beratung und Vernetzung vorhandener Einrichtungen.

Ein weiteres Forschungsprojekt betraf die Erstellung eines Baulückenkatasters, das voraussichtlich 1995 abgeschlossen sein wird. Auf Grund des hohen Baulandbedarfes in Wien sollen auch Flächen im bebauten und hier insbesondere im dichtbebauten Stadtgebiet systematisch im Hinblick auf mögliche Baulandmobilisierung untersucht werden. Dazu ist die Aufbereitung grundlegender Informationen über den Umfang und die Qualität der in Wien vorhandenen Baulücken im dichtbebauten Stadtgebiet eine notwendige Voraussetzung, die durch laufende Evidenzhaltung eines einmal erstellten Katasters nutzbar gemacht wird. Auf dieser Basis können baulandmobilisierende Maßnahmen gezielt angewendet werden. Die Erhebungen erstrecken sich im wesentlichen auf den in der Stadtentwicklungsplanung definierten Bereich des „dichtbebauten Wiener Stadtgebietes“, dessen Grenze sich weitgehend mit der Abgrenzung des Gebietes mit der Festlegung von mindestens Bauklasse III im gültigen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan (in den älteren Stadtgebieten) deckt. Mit Unterstützung des Baulückenkatasters und entsprechenden Maßnahmen, baulich ungenutzte oder mangelhaft genutzte Flächen im dichtbebauten Stadtgebiet einer sinnvollen Nutzung zuzuführen, kann das ohnehin beschränkte Siedungsflächenpotential im Randbereich der Stadt möglichst sparsam in Anspruch genommen werden. Damit kann dem Grundsatz einer ökonomisch, ökologisch und sozialverträglichen Stadtentwicklung weit eher entsprochen werden.

Die Gebietsbearbeitungen sind auf Grund der Änderung der Geschäftseinteilung ausgelaufen und fallen nun in die Zuständigkeit der MA 21 A, B, C. Die Arbeit in den Projektteams unter Leitung des Planungsdirektors zur Erstellung von städtebaulichen Leitbildern für die Stadtentwicklungszonen wurde vor allem aus der weiterhin gegebenen fachlichen Zuständigkeit der Abteilung für Verkehrsfragen fortgeführt und weitgehend abgeschlossen.

Die Verkehrsplanung bildet einen traditionellen Schwerpunkt in der Tätigkeit der Abteilung. In Anbetracht der Bedeutung und des Arbeitsaufwandes, welche das Verkehrskonzept einschließlich Maßnahmenprogramm im Jahr 1993 anzunehmen begann, erfolgte eine interne Umstrukturierung der mit Verkehrsfragen befaßten Gruppen: Die früher nebeneinander agierenden Bereiche ÖV-Planung und IV-Planung wurden zu einer Verkehrsgruppe zusammengefaßt, in der wiederum die Belange Verkehrspolitik, Verkehrskonzept und Parkraumbewirtschaftung einer Untergruppe zugeordnet wurden. Die fachliche Bearbeitung der Bereiche öffentlicher Verkehr und Individualverkehr blieben daneben bestehen, auch was deren Vertretung im Arbeitskreis Verkehrskonzept angeht.

Im Rahmen des Verkehrskonzeptes bzw. begleitend dazu waren für den öffentlichen Verkehr verkehrstechnische Untersuchungen, bautechnische Untersuchungen (Vorstudien) und Kostenuntersuchungen notwendig, die mit den jeweiligen Beteiligten (ÖBB, Verkehrsverbund Ostregion usw.) zu diskutieren und abzustimmen waren. Im Zuge der Wahrnehmung der Wiener Interessen im Bereich der Eisenbahn stand die Weiterbearbeitung der Generellen Planung der S 80, die als maßgebliche Erschließung für das Stadtentwicklungsgebiet entlang des „Marchegger Astes“ anzusehen ist. Hier standen besonders die Fragen der Einbindung in die Stammstrecke im Bereich Südtiroler Platz im Mittelpunkt der Untersuchungen. Weitere Themen waren der Lainzer Tunnel samt seinen Zulaufstrecken, der „Bahnhof Wien“, die Floridsdorfer Hochbahn, Lärmschutzprojekte und nicht zuletzt das Frachtenbahnhofskonzept für Wien, für welche gemeinsam mit der PGO eine Studie erstellt wurde. Mit letzterem in Verbindung steht auch das Entwicklungskonzept für ein Güterverkehrszentrum im Hafen Albern, das gemeinsam mit dem Wiener Hafen erarbeitet wurde. Zur Lösung der Probleme, die sich aus der niveaugleichen Parallelführung der Badener Bahn mit der B 17 ergeben, wurden Vorschläge für eine niveaufreie Führung der Badener Bahn ausgearbeitet.

Der Schwerpunkt der generellen U-Bahn-Planung lag auf der U 3 – Ost, Abschnitt Erdberg – Simmeringer Hauptstraße/Ostbahn und hier wiederum im Bereich der Simmeringer Hauptstraße. Während im Abschnitt bis zur Hauptstraße die Trassenführung einschließlich der Stationen Gaswerk und Hyblerpark bereits im Frühjahr festgelegt und danach auch das Generelle Projekt fertiggestellt werden konnte, mußten im 2. Abschnitt insgesamt 15 Varianten ausgearbeitet und gegenübergestellt werden, um eine Entscheidung vorzubereiten.

Zur Anpassung des Wiener Bundesstraßennetzes wurden von der Generellen Bundesstraßenplanung verkehrstechnische Untersuchungen durchgeführt, die eine Abstimmung mit den geänderten Zielsetzungen der Siedlungsentwicklung und der Verkehrspolitik zum Ziele hatten. Für zahlreiche Straßenabschnitte, vor allem im 21., 22. und 23. Bezirk, wurden Projektierungsarbeiten durchgeführt und generelle Projekte zur Vorlage an das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten vorbereitet. Damit sind die Voraussetzungen sowohl für die Umfahrung des Ortskernes Süßenbrunn wie auch für eine Entlastung des Zentrumsgebietes Floridsdorf (B 3 – B 227 – B 229) geschaffen worden. Eine Verordnung gemäß § 4 Bundesstraßengesetz konnte für eine neue Anschlußstelle Heiligenstadt (Verbindung vom 20. Bezirk auf die B 227 – Donaukanal Straße) erwirkt werden.

Die Diskussion um die Einführung der Parkraumbewirtschaftung, ausgehend vom Pilotprojekt 1. Bezirk auf die umliegenden Bezirke, war Anlaß für Analysen der gegenwärtigen Parkraumsituation zunächst in einem Teilbereich des erweiterten Gebietes.

Der Anteil des Radverkehrs sollte den Zielsetzungen des Verkehrskonzeptes entsprechend deutlich erhöht werden, daher wurde mit einer Überarbeitung des aus dem Jahr 1983 vorliegenden Radwegegrundnetzes begonnen. Eine Zählung des gegenwärtigen Radverkehrsaufkommens in ausgewählten Querschnitten gestattet durch den Vergleich mit Zählungen aus früheren Jahren eine Beurteilung des Trends und somit eine genauere Bedarfsabschätzung künftiger Radverkehrsanlagen.

Der neue Bereich „Sonderaufgaben“ umfaßt schwerpunktmäßig Projekte und Aktivitäten, die in enger Zusammenarbeit mit der Geschäftsgruppe Kultur und fallweise auch gemeinsam mit dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst durchgeführt werden. Anlässlich des 4. Wiener Architekturseminars in der Remise Vorgartenstraße konnten wiederum namhafte Architekten des In- und Auslandes gemeinsam mit Architekturstudenten aus den verschiedensten Ländern Vorschläge und Problemlösungsansätze für anstehende Fragen in Wien entwickeln. In den Räumen des ArchitekturZENTRUMS Wien im Wiener Messepalast wurden zahlreiche Veranstaltungen und Ausstellungen mit dem Schwerpunkt abgehalten, Bezüge zwischen Architekten aus den Bundesländern und aus dem Ausland mit der Wiener Architekturszene herzustellen.

Im Rahmen der fachlichen Öffentlichkeitsarbeit wurden zahlreiche Ausstellungen, vor allem in der Wiener Planungswerkstatt, durchgeführt. Daneben erfolgte aber auch eine Ausweitung auf das Ausland, wo vor allem die mit der MA 19 gestaltete Präsentation der Wiener Schutzzone in Italien, sowie die Ausstellung „Architektur – Stadtraum Wien“ in mehreren großen Städten der Vereinigten Staaten zu erwähnen sind. Das Programm in der Planungswerkstatt umfaßte neben der Ausstellung interessanter Beiträge aus anderen europäischen Städten oder bekannter österreichischer Architekten auch die Information der interessierten Bevölkerung über aktuelle Vorhaben der Wiener Stadtplanung. Durch das Näherbringen von guten Beispielen moderner Architektur soll der Wiener Bevölkerung eine Vorstellung vermittelt werden, in welcher Form die in Wien beabsichtigte Siedlungserweiterung vor sich gehen soll. Durch die neue Aufgabenstellung, die fachliche Öffentlichkeitsarbeit für alle Planungsabteilungen der Geschäftsgruppe zu betreiben, ergab sich eine wesentliche Ausweitung der Ausstellungstätigkeit in den Bezirken. Gemeinsam mit den inhaltlich zuständigen Abteilungen wurde in zahlreichen Bezirken über aktuelle Planungen informiert. Mehrere Publikationen in der Reihe „Beiträge zur Stadtforschung, Stadtentwicklung und Stadtgestaltung“ sowie ergänzende Veröffentlichungen zu den Planungen in den Stadtentwicklungsgebieten und zum Verkehrskonzept ergänzen das Informationsangebot für die fachinteressierte Öffentlichkeit. Die elf in der Reihe „Beiträge ...“ erschienenen Publikationen dokumentieren die Ergebnisse der Forschungstätigkeit der Abteilung, darin sind aber auch als „Sonderreihe“ Werkstattberichte in einfacher Form enthalten, die eher als Zwischenergebnisse laufender Diskussionen anzusehen sind. Weitere acht Veröffentlichungen hatten Berichte zu den einzelnen Verfahrensabschnitten der Planungen zu den Stadtentwicklungszonen einschließlich Endbericht oder auch eine Zusammenschau von bedeutsamen Planungen zum Thema.

Architektur und Stadtgestaltung

Im Rahmen der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehr sind der Abteilung Agenden der „Stadtgestaltung“ übertragen. Laut Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien sind darunter folgende Schwerpunkttätigkeiten zu verstehen:

- Mitwirkung an der Erstellung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen
- Erstellung von Entwürfen von Projekten für die Gestaltung öffentlicher Räume
- Vergabe von Architektenleistungen an Ziviltechniker und deren Betreuung, Anbots- und Rechnungsprüfung, Führung von Vertragsverhandlungen und Koordinieren des Planungsablaufes
- Verfassen von Plänen für städtische Hochbauten

- Architektonische Begutachtung und Beratung im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens, auch in Schutzzonen
- Beratung in architektonischen und städtebaulichen Gestaltungsfragen, Beauftragung von Studien und Durchführung von Architekturwettbewerben.

Die übertragenen Tätigkeiten werden in folgenden Referaten wahrgenommen:

1. Gestaltung öffentlicher Raum
2. Generelle Grundlagenplanung
3. Städtischer Nutzbau
4. Architektonische Begutachtung
5. Stadtbildpflege – Schutzzonen

Die unterschiedlichen Planungsaufgaben werden in Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen, Interessensvertretungen, politischen Institutionen und nicht zuletzt mit der Bevölkerung erarbeitet und tragen wesentlich zur Prägung des Stadtbildes bei.

Mit der Beauftragung von Ziviltechnikern (Architekten) und Konsulenten sind oft schwierige Vertragsverhandlungen und Gebührenberechnungen sowie umfangreiche Schlußabrechnungen für langfristige Bauvorhaben verbunden. Die Abteilung hat in diesem Fall die Preisprüfung für Architektenleistungen im Rahmen der Stadt Wien wahrzunehmen; sie wird laufend von Fachdienststellen, den Stadtwerken-Verkehrsbetrieben, Elektrizitätswerken, Kuratorien und sonstigen Institutionen zu Gebührenfragen beigezogen. Bei Überschneidungen von Ziviltechnikerleistungen sowie bei Bauvorhaben größeren Umfangs ist eine beratende Tätigkeit im Rahmen der MD-Stadtbaudirektion, Dezeranat 4, mit Prüfungen, Begutachtungen und Mitarbeit an den Vertragsverhandlungen wahrzunehmen. In Anbetracht der Besonderheit einzelner Projekte wurden Sonderregelungen getroffen, so daß Honorare eingespart werden konnten.

1. Referat „Gestaltung öffentlicher Raum“

Im Bereich „Gestaltung öffentlicher Raum“ stehen jene Planungen im Vordergrund, die neben verkehrsberuhigenden Maßnahmen vor allem die gestalterische und funktionelle Verbesserung des Wohnumfeldes zum Inhalt haben. Diese Tätigkeit umfaßt grundsätzlich drei Arbeitsbereiche:

- A) Oberflächenplanungen
- B) Möblierung des öffentlichen Raumes
- C) Diverse andere Gestaltungsaufgaben

A) Oberflächenplanungen

Projekte, die im Rahmen der U-Bahn-Planung betrieben werden, wurden weiterbearbeitet, wie z. B. 7, Stifgasse 6, Mariahilfer Platzl, 15, Meiselstraße (einschließlich Wiener-Wasser-Welt), 16, Ottakring für die U 3; für die U 6-Nord bzw. U 6-Süd wird die begleitende Oberflächengestaltung der diversen Stationsvorplätze bzw. der Straßenplanung fortgesetzt.

Oberflächenplanungen wurden weiterbearbeitet, wobei es sich teilweise um Architektenbeauftragungen handelt, z. B. Arbeitskreis 1, Donaukanalbereich – Innere Stadt, B 1 – Lothringerstraße, 3, Landstraßer Hauptstraße 2. Teil, 9, Julius-Tandler-Platz) bzw. um Eigenplanungen der Abteilung (7, Neubaugasse 8, 9, Alser Straße, 15, Äußere Mariahilfer Straße und weitere rund 25 kleinerer Projekte, z. T. in Verbindung mit Tiefgaragenprojekten).

Eine umfangreiche Tätigkeit des Referates „Gestaltung öffentlicher Raum“ betrifft die neuen Oberflächenplanungen in den diversen Stadterweiterungsgebieten (11., 21. und 22. Bezirk). In Abstimmung mit den diversen Planungsträgern, den befaßten Architekten und den beteiligten Dienststellen werden konzeptionell Straßenquerschnitte erarbeitet, wo mit möglichst geringem finanziellem Aufwand optimale Gestaltungsstrukturen entstehen sollen.

B) Möblierung des öffentlichen Raumes

In den letzten Jahren war die Überarbeitung der gesamten Stadtmöblierung ein ganz wesentlicher Bestandteil der Tätigkeit des Referates „Gestaltung öffentlicher Raum“, wobei Neuentwicklungen 1993 ausgearbeitet und in Form von Prototypen der Öffentlichkeit präsentiert wurden. Ein Schlußbericht über das gesamte Verfahren ist in Ausarbeitung.

Eine Weiterbearbeitung des Konzeptes zur Ringstraßenbeleuchtung einschließlich der technischen oberirdischen Infrastruktur ist ein ebenso bedeutendes Bearbeitungsgebiet, um eine phasenweise Verwirklichung möglichst ohne verlorenen Aufwand bei einer Umstellung zu gewährleisten.

C) Diverse andere Gestaltungsaufgaben bzw. damit zusammenhängende Agenden

Die gestalterische Begleitbearbeitung bzw. Begutachtung von Straßenprojekten der MA 28, U-Bahn-Planungen, Teilnahme an Besprechungen der Dezentralisierung, Bürgerdiskussionen und Öffentlichkeitsarbeiten werden durchgeführt, ebenso bei Brücken der MA 29, bei Brücken im Zuge der U-Bahn-Planungen und an Bürgerdiskussionen teilgenommen, um Planungswünsche für diverse Projekte von der Bevölkerung zu erhalten.

Öffentlichkeitsarbeit wurde im Zuge von Pressekonferenzen und Ausstellungen geleistet, wie z. B. gemeinsam mit der MA 18 die Broschürenveröffentlichung über die Gestaltung öffentlicher Räume, die seit 1985 in Wien realisiert wurden (Titel: Stadt-Raum-erleben).

2. Referat „Generelle Grundlagenplanung“

Im Rahmen dieses Referates werden grundsätzliche stadtgestalterische Fragestellungen und Themen behandelt, sowie städtebauliche Großprojekte in Hinblick auf ihre stadtgestalterische Relevanz überprüft, sowie gegebenenfalls deren Entwicklung bzw. Umsetzung begleitet.

Stadterhaltungskonzept

Schwerpunktmäßig stand die Entwicklung eines neuen Stadterhaltungskonzeptes hinsichtlich einer Neuformulierung des Schutzzonengedankens im Vordergrund. Aufbauend auf den Ergebnissen der Teilplanungen 1992 wurde das Konzept für ein modifiziertes Stadterhaltungsmodell konkretisiert. Dieses Modell geht, anlehnend an ausländische Beispiele, von einer Differenzierung der Schutzzonenbestimmungen aus. Die Inhalte des Modells wurden in mehreren Studien bzw. Pilotprojekten in Form von Architektenbeauftragungen erarbeitet. So wurde z. B. eine weitere Bereichsbearbeitung im 6. Bezirk durchgeführt, die Aufschlüsse über künftige Schutzzonenabgrenzungs- bzw. Kategorisierungs- und Inventarisierungsvorgangsweisen brachte, wie auch eine Weiterführung der Studie über Schutz- und Erhaltungsmaßnahmen in den alten Ortskernen. Mit Hilfe der schon erarbeiteten methodischen Grundlagen für fünf Ortskerne im 22. Bezirk wurden vier Ortskerne im Süden Wiens (Inzersdorf, Rothneusiedl, Oberlaa und Unterlaa) untersucht. Wichtig bei der Festlegung von Schutz- und Erhaltungsmaßnahmen in den Ortskernen waren nicht nur die gängigen Kriterien – kulturhistorisch, geschichtliche Gegebenheiten –, sondern auch die Berücksichtigung von notwendigen Veränderungsprozessen und baulichen Entwicklungen auf Grund der Stadterweiterung. Weitere Inhalte flossen im Zuge des Erfahrungsaustausches mit italienischen Städten (Florenz, Rom, Triest) im Rahmen der Wanderausstellung „Stadterhaltung – Wiener und ausländische Beispiele“ ein. Daraus resultieren Vorschläge zu Gesetzesänderungen im Rahmen der Bauordnung für Wien, sowie ein künftig zu erstellendes, umfangreiches Grundlagenerarbeitungsprogramm (Bualterplan, Schutzkategorienplan, Kulturgüterkataster usw.) zur Objektivierbarkeit der jeweiligen Schutzzonenfestlegungen.

Im Rahmen der laufenden Überarbeitungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes wurde die Feststellung von Ensemblegebieten z. B. in den Bezirken 3, 9 und 11 in Eigenbearbeitungen erbracht.

Der seit 1991 aufliegende Schutzzonenatlas wurde auf Grund der jeweiligen Neufestlegungen entsprechend aktualisiert.

Koordinierung von Planungsabläufen

Donau-City

Die städtebauliche Entwicklung der künftigen Donau-City, die Gestaltung der öffentlichen Bereiche innerhalb und in den Randzonen des neuen Stadtteils sowie der sozialen Infrastruktur wurden in Arbeitskreisen unter Mitwirkung der Abteilung koordiniert, so z. B. eine Vorstudie zu einer Volksschule und deren Umbereich im südwestlichen Eckpunkt des Areals (Planung Prof. Hollein).

Franz-Jonas-Platz

Die städtebaulichen Möglichkeiten im Umfeld des Franz-Jonas-Platzes im Zuge des U6-Neubaus und des S-Bahn-Umbaus wurden im Rahmen von weiteren Teiluntersuchungen so weit konkretisiert, daß die künftige Oberflächengestaltung festgelegt und ein Flächenwidmungs- und Bebauungsplanentwurf erstellt werden konnte.

Wienflußmündung

Geänderte Randbedingungen ergaben Abänderungen für das Oberflächenprojekt im Zusammenhang mit den Planungen des rechten Hauptsammelentlastungskanales.

Nordsteg

Die notwendige Sanierung der Nordbrücke erfordert die Errichtung einer 2spurigen Ersatzbrücke über die Donau und Neue Donau. Diese Brücke soll so gestaltet werden, daß sie künftig nach der Brückensanierung dauerhaft für Radfahrer und Fußgänger genutzt werden kann. Die architektonische Begleitplanung wird von der Abteilung betreut und koordiniert.

380-KV-Leitungen

In enger Zusammenarbeit mit den Wiener Stadtwerken – Elektrizitätswerken und Ziviltechnikern (Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen) werden laufend für aktuelle Projekte (z. B. 380-kV-Leitung Bisamberg im Bereich SZ-Hagenbrunner Straße, Umlegung der Freileitung Kraftwerk Donaustadt-Simmering) an Hand von Fotomontagen und Ortsbegehungen verschiedene Trassenvarianten und Gestaltungsmöglichkeiten erarbeitet.

Visualisierung

Um Planungsabsichten gegenüber Dritten objektiver vermitteln zu können, müssen moderne Technologien (CAD, CDI) auf ihre Einsatzfähigkeit überprüft werden. Eine Vorstudie – gemeinsam mit der MA 18 – für ein Projekt zur Visualisierung der städtebaulichen Projekte an der U1-Achse (Donaukanal – Kagran) zeigte diesbezügliche Möglichkeiten auf.

Kleingartenstudie

Für die neue Widmungskategorie Ekl-W (Kleingartengebiet für ganzjähriges Wohnen) wurde mittels einer Architektenbeauftragung eine Studie erstellt. Beispielhaft wurden 50-m²-Kleingartenwohnhäuser, Erweiterungen von 35 m² großen Kleingartenhäusern zu Kleingartenwohnhäusern, Kupplungsmöglichkeiten usw. dargestellt, sowie Problempunkte aufgezeigt, die in einer weiterführenden Studie (Teil 2) behandelt werden sollen (z. B. Raum- und Gebäudehöhen).

Es wird beabsichtigt, das Wiener Kleingartengesetz entsprechend dieser Studienerkenntnisse zu novellieren. Eine Veröffentlichung in Buchform, unter dem Titel „Ekl-W-Handbuch“ (ähnlich dem „Handbuch für Wiener Kleingärtner“), ist vorgesehen. Das Buch soll Kleingärtnern, Baumeistern und Architekten als Planungshilfe dienen.

Gutachterverfahren

HBW-Werk Rosiwalgasse, 1230 Wien

Von der Abteilung wurde zur Gestaltungsfindung eines zu errichtenden Heizwerkes in der Rosiwalgasse ein Gutachterverfahren durchgeführt. Das Siegerprojekt (Architekt Kohlbauer) sieht eine Bebauung in Form eines liegenden Halbzylinders (Tonne) vor. Ziel dieser Gestaltung ist es, den Industriebau in das örtliche Erscheinungsbild, das von zahlreichen Industriebauten unterschiedlichsten Aussehens geprägt ist, als deutlich eigenständige Architektur zu integrieren.

Mitarbeit in Arbeitskreisen

Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit

Der Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit, der unter anderem von Vertretern der Magistratsabteilung 18, 19, 21-A, 21-B, 21-C gebildet wird, hat die Aufgabe, die Tätigkeiten der Abteilungen öffentlich wirksam darzustellen und zu koordinieren (Ausstellungen, Grätzelfeste usw.). Insbesondere werden Kontakte zum Stadtratbüro, zu Pressestellen der Stadt Wien (die ebenfalls Vertreter in den Arbeitskreis entsenden) sowie zu öffentlichkeitswirksamen Institutionen koordiniert (Architekturzentrum, Wiener Planungswerkstatt u. a.).

FNA 133

Dieser Fachnormausschuß beschäftigt sich mit der Normierung „graphischer Öffentlichkeitsinformationen“ (Bildzeichen). Er setzt sich aus Vertretern der Privatwirtschaft (Semperit), Handelskammer, Österreich-Werbung und Vertretern der Stadt Wien, u. a. der Abteilung, zusammen.

Flächenwidmungs- und Bebauungsplan, Bezirksentwicklungspläne

Zu den laufenden Überarbeitungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes sowie zu den Entwürfen der Bezirksentwicklungspläne wurden Stellungnahmen aus Sicht der Stadtgestaltung abgegeben.

3. Referat „Städtischer Nutzbau“

In diesem Referat sind alle städtischen Hochbauplanungen mit Ausnahme des Wohnbaues zusammengefaßt, wobei eine weitere Aufgliederung vorgenommen wurde, wie in

3.1. Schulbau

3.2. Kindergärten, Heime

3.3. Sport- und Bäderbau, Amtshäuser, Museen, Feuerwehr, Rettung und diverse Nutzbauten

3.4. Krankenanstalten und Pflegeheime.

Die anfallenden Planungsaufträge werden teils durch Eigenplanungstätigkeit, teils durch Vergabe an Ziviltechniker erfüllt, wobei es dem Referat obliegt, ausgehend von der Grundlagenbeschaffung den Planungsablauf bis zur Fertigstellung der Bauwerke zu koordinieren.

Bei Fremdvergaben sind Vertragsverhandlungen zu führen, Honoraransprüche bis zur Schlußrechnung zu prüfen und gestalterische und funktionelle Anliegen während der Planungs- und Bauphase zu wahren. Die Projekte werden nach Ausarbeitung des Vorentwurfes den politischen Gremien zur Entscheidung vorgelegt.

3.1. Schulbau

Im Schulbau der Stadt Wien haben verschiedene, zum Teil bereits einige Jahre zurückliegende gesetzliche Maßnahmen zur Schulorganisation, wie Reduktion der Klassenschülerhöchstzahl, Einführung von Förder- und Leistungsgruppen, Integration von behinderten Kindern sowie diverse Schulversuche, zusammen mit steigenden Geburtenraten und Zuwanderung zu einem erheblichen Mehrbedarf an Klassenraum geführt. Seit Juli 1993 gibt es außerdem gesetzliche Grundlagen für ganztägige Schulformen, wofür ebenfalls Schulraum (Freizeitbereich, Küche, Speisesaal usw.) geschaffen werden muß. Diesem Umstand wurde im Rahmen der Schulraumkommission Rechnung getragen und zur Deckung des Schulraumbedarfes ein eigenes Bauprogramm aufgestellt. Unter dem Titel „Schulbauprogramm 2000“ wurde seit 1990 die Planung für 60 Schulneubauten und Schulerweiterungen aufgenommen, wofür Investitionen von knapp 9,3 Milliarden Schilling aufzuwenden sind. Die Umsetzung der von der Schulverwaltung eingereichten Raumprogramme ist in Entwurf und Planung Aufgabe der Abteilung. Sie gestaltet sich in vielen Fällen äußerst schwierig, da vor allem im innerstädtischen Gebiet nur kleine Bauplätze zur Verfügung stehen. Die Folge sind längere und aufwendigere Planungs- und Bauphasen, verbunden mit etappenweiser Errichtung und Abbruch von Altgebäuden. Als Entscheidungsgrundlage für die Auswahl der Standorte und für Planungsbeauftragungen wurden im Schulbaureferat Bebauungsstudien erstellt. Durch eine solche gewissenhafte Aufbereitung von Planungsvorhaben konnte die Beschlußfassung in den übergeordneten Gremien erleichtert und somit auch der Ausbauwunsch der Schulverwaltung rascher erfüllt werden. Im letzten Jahr wurden Bebauungsstudien für die Erweiterung bzw. den Neubau folgender Schulstandorte erstellt und zwar für die Volks- und Hauptschule in 2, Kleine Sperlasse, Hauptschule in 2, Wittelsbachstraße, Volksschule in 5, Einsiedlerplatz, das Zentralberufsschulgebäude in 6, Mollardgasse, das Pädagogische Institut in 7, Burggasse, das Zentralberufsschulgebäude in 10, Ettenreichgasse – Dieselgasse, den Polytechnischen Lehrgang in 20, Engerthstraße – Stromstraße, die Volks- und Hauptschule in 23, Bendagasse und die Volksschule in 23, Kirchenplatz. Das „Schulbauprogramm 2000“, für das im vergangenen Jahr für allgemeinbildende Pflichtschulen 1,0 Milliarden Schilling und für berufsbildende Pflichtschulen 190 Millionen Schilling zur Verfügung standen, wurde mit neuen Vorentwurfsplanungen weitergeführt. Die Planungen für neue Schulbauprojekte wurden begonnen, wie für den Zubau zur Volks- und Hauptschule in 2, Kleine Sperlasse, den Neubau des Polytechnischen Lehrganges in 3, Baumgasse, den Turnsaalzubau zur Hauptschule in 7, Neubaugasse, für den Neubau (Wettbewerb) einer Volks- und Hauptschule in 11, Leberberg, den Zubau zur Sonderschule in 17, Kastnergasse, den Neubau eines Polytechnischen Lehrganges in 20, Engerthstraße – Stromstraße, den Turnsaalzubau zur Hauptschule in 21, Reisingasse, den Neubau der Hauptschule in 22, nördlich Simonsgasse, den Neubau der Volksschule in 22, Kirschenallee, den Zubau zur Volksschule in 22, Konstanziagasse, den Neubau zur Volksschule in 22, Donau-City, den Neubau der Volksschule in 22, nördlich Jehdengasse, sowie den Neubau der Volks- und Hauptschule in 23, Bendagasse. Laut dem Schulbauprogramm 2000 werden 1993 und 1994 je 12, 1995 14, 1996 16 und 1997 3 Schulen eröffnet.

3.2. Kindergärten und Heime

Steigende Geburtenzahlen sowie eine verstärkte Zuwanderung führten in den letzten Jahren zu einer raschen Bevölkerungszunahme. Parallel zu den zu errichtenden Wohnungen ist ein flächendeckender Ausbau von Kindertagesheimen angelaufen. Prinzipiell wurde von einem Verhältnis von den neu zu errichtenden Wohnungen zu einer Kindergartengruppe von 90 : 1 ausgegangen, wobei als Zielvorstellung die Nutzfläche pro Gruppe mit 140 m² und die Freifläche mit 600 m² pro Gruppe angenommen wurde. 1993 betrug der Anteil an städtischen Kindergärten 54 Prozent. In 330 Kindergärten wurden insgesamt 32.900 Kinder betreut. Das Programm zur Abdeckung des Kindergartenfehlbestandes ist 1993 angelaufen und sieht bis 1996 die Errichtung von 95 städtischen Kindergärten mit 384 Gruppen und 78 Mehrzweckräumen vor. Die Gesamtinvestition dafür beträgt 2,772 Milliarden Schilling. Von den 95 Projekten werden 81 im Zuge von Wohnbauvorhaben errichtet, 14 Kindertagesheime werden direkt aus dem Budget der Stadt Wien finanziert. Fertiggestellt wurden 1993 die Projekte in 10, Wienerberg II, 10, Geiselbergstraße 26–32, 11, Simmeringer Hauptstraße 30–32, 13, Angermayergasse – Girzenberg, 21, Anton-Schall-Gasse, 22, Hardegasse – Mühlgrundweg und 22, Marburggasse – Mannaberggasse. Derzeit in Bau sind die Projekte in 6, Mittelgasse 25, 20, Hartlgasse 40, 20, Pappenheimgasse 10–14, 21, An der oberen alten Donau, 21, westlich Brünner Straße/nördlich Gerasdorfer Straße, 21, Empergergasse, 21, Prager Straße – Rudolf-Virchow-Gasse, 21, westlich Brünner Straße/nördlich Marchfeldkanal, 21, westlich Brünner Straße/südlich Marchfeldkanal, 22, Sozialmedizinisches Zentrum Ost, 22, Kapellenweg – Langobardenstraße, 22, Hagedornweg – An den alten Schanzen, 22, Süßenbrunner Straße und in 23, Carlberggasse. Derzeit in Planung sind die Projekte in 5, Mateotihof, 11, Leberberg, 20, Handelskai 86, 22, Schödlberggasse 7, 22, Lange Allee, 22, Marshallhof (Überplattung), 22, Saikogasse, 22, Satzingerweg, 22, European und in 22, Genoch Süd.

3.3. Sport- und Bäderbau, Amtshäuser, Museen, Feuerwehr, Rettung und diverse Nutzbauten

Neben laufenden Erhaltungs- und Strukturverbesserungsmaßnahmen wurde die Planung für den Neubau eines Allwetter-Erlebnisbades in Penzing aufgenommen, sowie eine Studie für ein Sommerbad zum bestehen-

den Hallenbad Brigittenau abgeschlossen. Für das Laaerbergbad wurde ein Farbkonzept erarbeitet, das Theresienbad bei den Sanierungsmaßnahmen künstlerisch betreut. Die Arbeiten an der Neuerrichtung der Eissporthalle in 22, Attemsgasse, wurden dem Wettbewerbsprojekt entsprechend, weitergeführt, so daß eine Inbetriebnahme Ende 1994 angenommen werden kann.

In diversen Amtshäusern wurden Strukturverbesserungen und Renovierungsarbeiten durchgeführt. Anzuführen sind hier Umbauarbeiten in den Bezirksvorstehungen Währing und Josefstadt sowie die Neugestaltung des Festsalles im Amtshaus Favoriten. Zahlreiche neue Amtsräume für den Bürgerdienst wurden gestaltet. Renovierungsarbeiten an Fassaden, meist verbunden mit Fensterauswechslungen, wurden architektonisch betreut. Möglichkeiten für behindertengerechte Zugänge und Lifteinbauten wurden untersucht. Die Planung für den Neubau der Hauptfeuerwache Floridsdorf wurde soweit vorangetrieben, daß der Baubeginn im Herbst 1993 erfolgen konnte. Im Zuge einer flächendeckenden Versorgung des Stadtgebietes mit infrastrukturellen Einrichtungen wurde die Planung für ein Betriebsgebäude der MA 31 am Wienerberg, für einen Stützpunkt der MA 48 in 22, Am Mühlwasser, für Rettungsstationen in 11, Kaiserebersdorfer Straße, 3, Arsenal, und 21, Siemensstraße, aufgenommen. Die KFZ-Verwahrstelle Simmering wurde fertiggestellt. Für die kulturhistorisch bedeutenden Objekte in 3, Urania und 11, Luegerkirche – Zentralfriedhof wurden Sanierungskonzepte beauftragt. Für die Volkshochschulen Liesing, Brigittenau, Hietzing und Favoriten wurden Erweiterungsmöglichkeiten untersucht, da für einen vermehrten Besuch zusätzliche Kursräume geschaffen werden müssen.

3.4. Krankenanstalten und Pflegeheime

Durch die Schaffung des Wiener Krankenanstaltenverbundes mit 1. Jänner des Jahres 1993 ergaben sich für die Spitalsplanungsgruppe der Abteilung gravierende Änderungen im Planungsablauf. Unter dem Stichwort „Dezentralisierung“ wurde von der Generaldirektion des Krankenanstaltenverbundes eine Entwicklung in Gang gesetzt, an deren Ende eine weitgehende Autonomie der einzelnen Krankenanstalten stehen soll. Auswirkung auf die Planungstätigkeit der Spitalsplanungsgruppe hat dies insofern, als durch den Wegfall einer zentralen Projektsteuerung nunmehr verstärkt auf die unterschiedlichen Interessen der einzelnen Anstalten eingegangen werden muß. So war das Jahr 1993 hinsichtlich der Planungstätigkeit der Abteilung durch die Umstellung auf diese neuen Organisationsstrukturen gekennzeichnet, die neben den üblichen realisierten Bauprojekten eine gravierende große Zahl von Studien bzw. Voruntersuchungen zur anstaltsinternen Entscheidungsfindung mit sich brachte. Insgesamt betrachtet kann man die Planungsleistungen, die im Jahr 1993 von der Abteilung für den Wiener Krankenanstaltenverbund erbracht wurden, in der Hauptsache unter dem Titel „Komfort-, Struktur- und Standardverbesserungen, Schaffung dezentraler Rechenzentren, Baulichkeiten für Abfall und Sondermüllentsorgung, Brandschutzmaßnahmen, Fassadenerneuerungen, Fenstertausch und Mitarbeit an Spitalsentwicklungsplänen“ zusammenfassen. So wurde das Projekt für die Generalsanierung des Pavillons 5 im Pflegeheim Baumgarten, den Einbau einer Station der Dermatologischen Abteilung im Pavillon 16 des Pflegeheimes Lainz sowie der Entwurf für den Ausbau des Dachgeschosses des Pavillons 3–5 im Krankenhaus Lainz erstellt. Im Pflegeheim Klosterneuburg wurde nach Plänen der Abteilung eine Liegehalle, im Neurologischen Krankenhaus Rosenhügel eine Entsorgungsstation errichtet. Ausgeführt wurden des weiteren die Komfortzimmerstation im Pavillon G – Franz-Josef-Spital und der Ambulanzumbau der Augenabteilung im Krankenhaus Lainz. Hierzu wurden die Einreich- und Ausführungspläne erstellt. Einen wichtigen Bestandteil der Arbeit in der Spitalgruppe bildeten die durch die Einführung des computerunterstützten Planens verbundenen Tätigkeiten, wie Entwicklung und Anpassung des CAD-Systems an die Erfordernisse der Stadt Wien, sowie Beauftragungen von Ziviltechnikern zur Anfertigung von computergerechten Bestands- und Brandschutzplänen. Derzeit sind im Bereich der städtischen Krankenhäuser und Pflegeheime rund 50 Prozent der Grundrißflächen digital erfaßt. Die Einrichtungsplanung für die zweite Bauetappe der Umgestaltung der Abteilung für Kinderinfektionskrankheiten im Wilhelminenspital wurde zu Ende geführt, und mit der kürzlich erfolgten Baufertigstellung konnten die Pavillons zur Benützung an die Anstalt übergeben werden. Damit wurde die Modernisierung eines Teiles der Gebäude des ehemaligen „Kaiser-Franz-Josefs-Regierungs-Jubiläums-Kinderspitals“ abgeschlossen. Für das Wilhelminenspital wurden Grundsatzstudien für die Aufstockung des Lehrsaaltraktes der Schwesternschule und die Einrichtung von zwei zusätzlichen Hörsälen sowie für den Neubau von Garage, Küche, Speisesaal, Kindertagesheim und Personalwohnheim erarbeitet. Im Pavillon 26 wurde eine Intensivüberwachungseinheit geschaffen. Zusätzliche, dringend benötigte Funktionsräume wurden durch den Verbau der nicht mehr erforderlichen Liegehalle beim Pavillon Vindobona des Pulmologischen Zentrums geplant. Eine Studie zum Umbau des Pavillons 14 und die Einrichtung einer Drogenstation erforderte umfangreiche Planungsarbeiten in dieser Anstalt. Für das Pflege- und Therapiezentrum Ybbs/Donau wurden entsprechend den Planungsaufträgen des Krankenanstaltenverbundes Projekte zur Struktur- und Komfortverbesserung erstellt. Dies betraf insbesondere die Stationen 7, 9, 12 und 17. Die Ausbauarbeiten der 1. und 2. Baustufe des Sozialmedizinischen Zentrums Ost wurden termingerecht abgeschlossen, mit den Bauarbeiten der 3. Baustufe wurde begonnen. Zahlreiche Künstler wurden als Preisträger geladener Wettbewerbe mit der künstlerischen Ausgestaltung des Krankenhauses beauftragt.

4. Referat „Architektonische Begutachtung“

Der Aufgabenbereich dieses Referates liegt in der Begutachtung von Bauansuchen in architektonisch-stadtgestalterischer Hinsicht im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens für das gesamte Wiener Stadtgebiet ausschließlich der Schutzzonen. Die Tätigkeit stellt eine direkte objektbezogene Auseinandersetzung mit Stadtbildfragen dar und erstreckt sich auf Neu-, Zu- und Umbauten, Verkaufsstände, Portale, Reklameanlagen, sowie Fensterauswechslungen und Außenwandöffnungen. Bei der Beurteilung der Projekte wird aktiv darauf Einfluß genommen, daß die beabsichtigten Bauführungen keine optische Beeinträchtigung des Stadtbildes bewirken (§ 85 der Bauordnung für Wien). Zur Visualisierung und Rückkoppelung der Tätigkeit des Referates wurde begonnen, eine Sammlung von signifikanten Beispielen zu stadtspezifischen Themen anzulegen. Diese exemplarische Fotodokumentation von Positiva und Negativa soll die Beratungstätigkeit des Referates unterstützen bzw. auch transparenter für den Bauwerber gestalten, darüber hinaus für die Zukunft als Grundlage für Öffentlichkeitsarbeit über Problembereiche des aktuellen Baugeschehens dienen. Im Zusammenhang der Tätigkeit dieses Referates wurden 1993 9.700 Bauansuchen sowie rund 4.200 Akte in Verbindung mit Fensterauswechslungen und Abgasstutzen bearbeitet und an die Baupolizei weitergeleitet.

5. Referat „Stadtbildpflege – Schutzzonen“

In diesem Referat werden aus architektonischer und kulturhistorischer Sicht Bauvorhaben in den erhaltungswürdigen Gebieten begutachtet, die im Bebauungsplan als Schutzzonen ausgewiesen wurden. Zu baupolizeilichen Bewilligungsverfahren in Schutzzonen wurden 1993 etwa 900 schriftliche Begutachtungen abgegeben. Mitarbeiter des Referates nahmen in diesem Zusammenhang auch an wichtigen Bauverhandlungen teil. Für geplante Fensteränderungen und Außenmaueröffnungen wurden etwa 150 Begutachtungs- und Bewilligungsverfahren durchgeführt.

Für Projektierungen von Neu-, Zu- und Umbauten in Schutzzonen fanden rund 1.900 Besprechungen während der Amtsstunden und etwa 550 Begehungen an Ort und Stelle statt. Eine neue Form der EDV-unterstützten Inventarisierung von Schutzzonenobjekten wurde entwickelt und die systematische Aufnahme mit 200 Beispielen begonnen.

Im Rahmen städtischer Projektierungen leistet das Referat Beiträge aus kulturhistorischer Sicht. Diese Tätigkeit erstreckt sich auch auf die Betreuung von wissenschaftlichen Projekten zur Untersuchung des gesamten Stadtbildes, die die Abgrenzung sowie auch die im Rahmen eines Stadterhaltungskonzeptes vorgeschlagene Wertestrukturierung der Schutzzonen begründet. In konzeptioneller Hinsicht wurde der Vorschlag zur Novellierung der das Stadtbild und die Schutzzonen betreffenden Paragraphen der Wiener Bauordnung überarbeitet. Auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit sind der Entwurf für eine in Buchform geplante Präsentation der Tätigkeit der Abteilung im Bereich der Stadtbildpflege und ein Szenarium für einen Teil der Ausstellung „Stadterhaltung in Wien“ zusammengestellt.

Druckerei und technische Dokumentation

Die Abteilung steht der Stadtverwaltung als Informationsstelle und Dienstleistungsträger für alle technisch-grafischen Belange zur Verfügung. Dazu gehören alle Formen der Vervielfältigung, des Mikrofilms, der technischen und allgemeinen Fotografie, der verschiedenen Reproduktionstechniken, der Druckvorbereitung und des Druckes. Diese werden ergänzt durch die Serviceleistungen der zentralen Beschaffungsstelle für alle grafischen Spezialerfordernisse, der Verkaufsstelle für die Kartenwerke der Stadt Wien sowie einer umfangreichen technisch-wissenschaftlichen Bibliothek. Abgerundet werden die Serviceleistungen durch die Beistellung von Vermessungshilfspersonal samt der Beschaffung und Instandhaltung der notwendigen technischen Ausrüstung an die technischen Dienststellen des Magistrats.

Dem Trend der Vorjahre folgend wurde auch 1993 wieder größtes Augenmerk auf die Erzeugung anspruchsvoller Druckwerke im Rahmen der vorhandenen technischen Möglichkeiten gelegt. Engagierte und fachlich erstklassig qualifizierte Mitarbeiter sowie zeitgemäße technische Einrichtungen sorgen dafür, dem Kunden Ergebnisse zu liefern, die weit über das Niveau solcher interner Dienstleistungen hinausgehen und auch den Vergleich mit technischen Gewerbebetrieben durchaus nicht zu scheuen brauchen. Dabei erzielte finanzielle Einsparungen gegenüber einer Vergabe an das Gewerbe sind die durchaus wünschenswerten Konsequenzen für die Stadt Wien. Die grafische Produktion der Abteilung gliedert sich nach wie vor in zwei Teilbereiche, nämlich in die Reproduktionsanlage im Rathaus und die Druckerei in 3, Am Modenapark. Diese durch das Fehlen geeigneter Räumlichkeiten an nur einem Standort bedingte Situation erfordert hohen Aufwand an Organisation, Planung und Arbeitsvorbereitung, um auch wirtschaftlich vertretbare und technisch vernünftige Leistungen zu erzielen.

In der Reproduktionsanlage im Rathaus konnte eine neue Offsetdruckmaschine für das Format A 3 beschafft werden, die nun auch den Druck kleinformatiger Plandokumente in besonders wirtschaftlicher Form erlaubt, sich daneben aber auch bei der Herstellung zahlreicher Druckwerke im PR-Bereich ausgezeichnet bewährt hat. Erwähnt seien hier Faltprospekte für die MD-BD (Berufsmesse), für die Planungswerkstatt der MA 18, für die MD ADV (UDNS-Kongreß), für den Krankenanstaltenverbund, Ansichtskarten für Pflegeheime, für die EG-Informationsbroschüren der MD-KOB und vieles andere mehr. Das Konzept, mit dieser kleinformatigen Druckmaschine eine „ad hoc“-Druckerei einzurichten, die in der Lage ist, auch kurzfristige Aufträge zu erledigen, und die durch die Situierung im Rathaus entsprechende Nähe zu den meisten Auftraggebern hat, hat bisher ein positives Echo bei den Kunden hervorgerufen und die Richtigkeit der Investition bestätigt. Der großformatige Druck von Plandokumenten, thematischen Karten und Plakaten für Planungswerkstatt und andere Auftraggeber hat auch 1993 hervorragende Ergebnisse erbracht.

Die Mikrofilmstelle konnte um ein EDV-gestütztes System für die Beschriftung von Lochkarten, Jackets und Fiches erweitert werden. Zahlreiche Auftraggeber, die infolge des Fehlens einer derartigen Möglichkeit Mikroverfilmungen an das Gewerbe vergeben mußten, konnten dadurch als Kunden wiedergewonnen werden. Es zeigt sich nach wie vor, daß der Mikrofilm trotz massiven Einsatzes der EDV als kostengünstiges, überaus dichtes Langzeitspeichermittel Akzeptanz findet. Auch der verstärkte Einsatz des Farbmikrofilmes mit besonders hoher Aussagekraft führt zu einer zufriedenstellenden Auslastung der Mikrofilmstelle, deren Leistungen neben den technischen Dienststellen besonders auch von Dienststellen des Kulturbereiches in Anspruch genommen werden. Das Angebot der Kopierstelle im Rathaus konnte durch Aufstellung eines digitalen Kopiergerätes erweitert werden. Diese neue Technologie erlaubt nun selbst bei Fotografien Kopien in Druckqualität. Alle anderen Referate der Reproduktionsanlage, wie technische Fotografie, Lichtpause, Offsetkopie, Astralonkopie, Adressieranlage, waren durch gute Auslastung und qualitativ erstklassige Leistungen gekennzeichnet.

Die Druckerei in 3, Am Modenapark, setzte den Trend, neben dem notwendigen und das Gros der Aufträge ausmachenden Formulardruck auch qualitativ hochwertige Farbdrucke herzustellen, 1993 fort. Ein weiterer Band der „Wiener Schriften zur Kartografie und Geografie“ konnte fertiggestellt werden. Dieses mit zahlreichen kartografischen Farbdrucken versehene Werk entstand aus einer Zusammenarbeit der MD ADV, grafische Datenverarbeitung, und der Universität Wien und zählt durch seine bisher erschienenen und in der Abteilung produzierten Bände bereits zu in der Fachwelt anerkannten, wissenschaftlichen Publikationen. Positiv ist auch zu vermerken, daß durch die eigene Vergabekompetenz des Wiener Krankenanstaltenverbundes, der nun Aufträge ohne Befassung, der MA 54 direkt an die Abteilung vergeben kann, auch aus diesem Bereich mehr hochwertige Aufträge der Druckerei zukommen. Hervorgehoben sei in diesem Zusammenhang ein mehrfärbiger Faltprospekt der Krankenhausesseelsorge, der in einer Auflage von 250.000 Stück produziert wurde und mit verschiedenen Eindrücken der einzelnen Krankenhäuser versehen wird.

An technischen Neuerungen in der Druckerei ist der schrittweise Übergang vom bisherigen Fotosatzsystem Cr-Tronic mit Kathodenstrahlbelichtung auf ein Apple-MacIntosh-Satzsystem mit Laserbelichtung zu erwähnen. 1993 wurde hierfür die notwendige Hardware, bestehend aus einer Apple-MacIntosh Komponente, einem Laserbelichter und Scanner durch die Abteilung beschafft. Dieses Apple-Satzsystem wurde mit Hilfe der MD-ADV Zug um Zug installiert und ist softwaremäßig so ausgelegt, daß auf Cr-Tronic abgelegte Satzdaten übernommen werden können. Die neue Technologie wird wieder zu einer Steigerung der Qualität der Druckprodukte beitragen und erlaubt neben der Textbearbeitung auch elektronische Montage sowie Bildbearbeitungen in Farbe und Schwarz-weiß. Der Umsatz an grafischen Produkten für das Jahr 1993 betrug 24.733.942 S; dies entspricht einer Steigerung von mehr als 12 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Der Buchbestand der Technisch-wissenschaftlichen Bibliothek stieg um 312 Titel auf 18.413 bzw. um 969 Bände auf 32.317. Die Anzahl der Entlehnungen von Fachbüchern, Vorschriften, Normen, Gesetzen und EG-Rechtsdokumenten erhöhte sich auf 8.101. Für Neubestellungen, Abonnements und Bestandergänzungen wurden mit 1.062 Rechnungen über 2.100.000 S überwiesen. Von den 369 Fachzeitschriften-Abonnements werden 95 direkt versandt, 274 im wöchentlichen Rundlauf an 214 Leser, was einen Jahresumsatz von 38.344 Einzelheften ergibt. Auf dem Kopiergerät mußten über 101.000 Seiten kopiert werden.

Die Verkaufsstelle für die Kartenwerke der Stadt Wien hat sich 1993 wie auch schon in den vergangenen Jahren bestens bewährt und ist mittlerweile sowohl für private Nutzer wie Studenten, Architekten und Zivilingenieure, Immobilienmakler und Bauträger, als auch insbesondere für alle Stellen der Stadtverwaltung zu einer Institution geworden, deren Engagement und Flexibilität allseits auf positives Echo stößt. Ein Jahresumsatz von 693.224 S für Plandokumente und Stadtkarten rechtfertigt die Notwendigkeit dieser Einrichtung.

Durch die laufenden Neuerfassungen und die ständige Erweiterung der Produktpalette bzw. des Vermessungsbereiches der Mehrzweckkarte, die gemeinsam von der MA 41 und der MD-ADV produziert und von der Abteilung vertrieben wird, konnte eine permanente Erweiterung des Kreises der Interessenten erzielt werden. Die Mehrzweckkarte ist sowohl in analoger Form – als Computerplott der erfaßten Daten – als auch digital auf Datenträgern erhältlich. Die sich daraus ergebende größtmögliche Flexibilität inhaltlicher Art ermöglicht es, immer diffizileren Anforderungen zu entsprechen und dadurch immer höhere Akzeptanz durch private wie auch magistratsinterne Nutzer zu finden. Ständig steigende Auftragszahlen mit verrechneten Aufträgen von 12.990.082 S und unverrechneten Lieferun-



Amtsführender Stadtrat für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Verkehr, Dr. Hannes Swoboda, und Bürgermeister Zilk bei der Spatenstichfeier für den Akademiehof

Foto: Hutterer/PID

Die Ausstellung „Planungen für Kagran“

Foto: Votava/PID





Bewerbung der Kurzparkzone Innere Stadt

Foto: Votava/PID

gen an Dienststellen der Hoheitsverwaltung im Wert von 38,514.731 S ergeben einen statistischen Jahresumsatz von 51,504.813 S. Die Bearbeitung der Bestellvorgänge erfolgte von Anfang an EDV-unterstützt, mittlerweile wurde mit dem Aufbau einer PC-orientierten Auftragsvidenz begonnen, um den Mehraufwand durch ständig steigende Nachfrage zu kompensieren.

Stadtteilplanung und Flächennutzung Innen-West (Bezirke 1 bis 9 und 14 bis 20)

Gemäß der geänderten Geschäftseinteilung hat die Abteilung Anfang 1993 ihre Tätigkeit aufgenommen. Obwohl naturgemäß mit diesen organisatorischen und administrativen Änderungen zusätzliche Belastungen gegeben waren, konnte das Leistungsergebnis nachvollziehbar gesteigert werden.

Zentrales Thema der Stadtplanung ist, das neue Stadtwachstum zu bewältigen. Die in den Leitlinien für die Wiener Stadtentwicklung am 19. April 1991 vom Wiener Gemeinderat beschlossene Ziele gilt es nun, auf allen Planungsebenen nachzuführen. Ausgehend von der Errichtung von 8.000 bis 10.000 geförderten Wohnungen pro Jahr hat die Stadtplanung die Aufgabe, die planungsrechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Der von der Abteilung betreute dichtbebaute Stadtbereich soll dazu etwa die Hälfte der Wohnbauleistung einschließlich der erforderlichen Folgeeinrichtungen (Arbeitsplätze, Schulen usw.) aufnehmen. Die Tätigkeit der Abteilung konzentrierte sich deshalb 1993 auf Maßnahmen intensiverer Flächennutzung, ohne Konflikte hinsichtlich der Stadterhaltung zu erzeugen. Der Bogen spannt sich dabei von Großprojekten mit Hunderten Wohnungen und Arbeitsplätzen (2. Bezirk Lassallestraße – Nordbahnhof), über Nutzungsintensivierungen auf Remisenflächen der Wiener Verkehrsbetriebe bis zur Umwidmung von Kleingärten für ganzjähriges Wohnen.

Diese Fragestellungen werden auf zwei Planungsebenen behandelt:

- A. Stadtteilplanung als großräumige und generelle Strukturplanung zur Steuerung von räumlichen Entwicklungsprozessen
- B. Flächennutzungsplanung mit der Erstellung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne als rechtsverbindliches, projektsbezogenes Planungsinstrument

A. Stadtteilplanung

Für den Bereich Stadtteilplanungen, für Verkehr, Strukturverfahren und Ausstellungen wurden rund 7 Millionen Schilling ausgegeben. Über externe Budgetfinanzierung wurden vier Gutachterverfahren eingeleitet, deren Abwicklung bei der Abteilung lagen: Die Gutachterverfahren für 9, Überbauung Betriebsbahnhof Michelbeuern und 15, Geibelgasse, wurden im Jahre 1993 abgeschlossen, die Verfahren für die Remisen in Maroltingergasse (16. Bezirk) und Kreuzgasse (18. Bezirk) werden im Frühjahr 1994 abgeschlossen.

Stadtteilplanungen bzw. Entwicklungskonzepte wurden für den 3. Bezirk, Bereich Erdberger Mais, 16. Bezirk, Bereich U 3 – Endstelle, 16. Bezirk, Bereich Brunnenmarkt, 19. Bezirk, Bereich beidseitig der Muthgasse, sowie 20. Bezirk, Bereich Höchstädtplatz erstellt.

Bei den Planungen ging es vor allem darum, mögliche Neunutzungen vorhandener Potentiale auszuloten und sinnhafte Entwicklungsmöglichkeiten ganzheitlich (verkehrlich, strukturell, gestalterisch) zu betrachten. Bezirksübergreifende Verkehrskonzepte wurden für den 3. und 4. Bezirk, sowie für den 6., 7. und 8. Bezirk erarbeitet. Im Vordergrund stand dabei die Erarbeitung von punktuellen Maßnahmen bzw. Variantenvorschläge für die Neugestaltung und Organisation einzelner Straßenzüge, wie z. B. für die Neubaugasse, Gumpendorfer Straße, Prinz-Eugen-Straße usw. Für die Neugestaltung der Neubaugasse als Fußgeherzone wurde ein Bürgerbeteiligungsverfahren eingerichtet. Darüber hinaus wurden Bebauungsstudien kleineren Umfanges für den Berliner Hof im 16. Bezirk, sowie für Bereiche im 2. und 7. Bezirk erarbeitet. Bezirksausstellungen fanden im 9. und 17. Bezirk statt, Ausstellungsbeiträgen im 16. Bezirk im Rahmen des Ottakringer Kirtages sowie bei der Ökologieausstellung.

Ein besonderer Schwerpunkt der Bearbeitungen lag auf der Überprüfung von Überbaumungsmöglichkeiten des Westbahnhofes und Penzinger Bahnhofes. Beide Areale stellen ein beträchtliches Potential für die innere Stadterweiterung dar, jedoch ist vor allem beim Westbahnhof auf Grund technischer und struktureller Rahmenbedingungen mit extrem hohen Kosten zu rechnen, die einen Wohnbau zu sozialverträglichen Kosten in weiten Bereichen ausschließen. Ein für Frühjahr 1994 vorgesehenes internationales Expertenforum wird sich mit den Ergebnissen der Bearbeitung auseinandersetzen und Empfehlungen für die weitere Vorgangsweise festlegen.

Die Planungen zum städtebaulichen Leitbild Nordbahnhof wurden soweit fertiggestellt, daß 1994 die Vorlage an den Gemeinderat erfolgen kann. Auf dem rund 74 ha großen Areal soll ein vollausgestatteter Stadtteil mit rund 9.000 Wohnungen und 17.000 Arbeitsplätzen entstehen. Die Entwicklung soll in vier Etappen erfolgen, sobald die Verkaufsverhandlungen mit den Österreichischen Bundesbahnen positiv abgeschlossen sind.

B. Flächennutzungsplanung

1993 wurden über 2,5 Millionen Schilling für Bestandserhebungen, städtebauliche Studien und Neufassung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne von der Abteilung aufgewendet. Von Auftragnehmern wurden dabei städtebauliche Bestandsaufnahmen und Vorentwürfe für Teilgebiete des 2., 6., 9., 14., 18. und 20. Bezirkes ausgearbeitet.

Zur Erhaltung, Wiederherstellung bzw. Entwicklung eines charakteristischen Ortsbildes und -gefüges, unter intensiver Einbindung der Bevölkerung in einen diesbezüglichen Planungsprozeß, wurde in Teilbereichen des 6., 8., 9., 16., 17., 18. und 19. Bezirkes Schutzzonen definiert.

Die Inhalte der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne der Abteilung sind recht unterschiedlich und reichen von punktuellen Korrekturen bis zu Großprojekten und der Bearbeitung ganzer Stadtteile. Folgende Kategorien lassen sich unterscheiden:

– Stadtteile:

In diesem Fall sind großflächige Bearbeitungen von Bezirksteilen nach bestimmten Zielsetzungen, wie Erhaltung von Ortskernen, Sicherung bau- und kulturhistorisch wertvoller Bebauung, Absicherung privater und öffentlicher Grünflächen, Entkernung, Erhaltung charakteristischer Straßenräume, Anpassung der Verkehrsflächen an die Erfordernisse, Wohnzonen usw. (z. B. 4, Wiedner Hauptstraße, 7, Neubaugassenviertel, nordwestlicher Teil des 8. Bezirkes, der alte Ortskern von Ottakring, der Schafberg und nördlich der Pötzleinsdorfer Straße im 18. Bezirk, im 19. Bezirk der Ortskern von Unterdöbling) zu erstellen.

– Projektbezogene Festsetzungen:

In diesem Bereich sind Projekte größerer bis sehr großer Dimension für gemischte Nutzungen dominierend (z. B. 2, Lassallestraße, 3, Wien-Mitte, 16, Zahnradfabrik) mit Geschäften, Wohnungen, Freizeiteinrichtungen und erheblichem bis überwiegendem Büroanteil. In der Regel sind es bestens erschlossene Standorte. Etwas anders gelagert sind Projekte auf gut erschlossenen Standorten, wo auf untergenutztem oder freiwerdendem Betriebsbaugelände zumeist Wohnprojekte mit geringem Büro- und Geschäftsanteil zum Tragen kommen (16, Heigerleinstrasse, 16, Wattgasse, 17, Franz-Glaser-Gasse, 20, Hofbauergründe, 20, Forsthausgasse) oder wo wieder Betriebe angesiedelt werden (9, Österreichische Nationalbank, 16, Seeböckgasse). Bei entsprechender Größenordnung sind durchwegs integrierte Kindergärten, Wohnquartiersgaragen und spezielle Wohnformen (Personalwohnungen für Krankenschwestern, Altenwohnungen, Studentenheim) enthalten.

– Auf Grund der allgemeinen baulichen Dynamik sind weiters projektsbezogene Erweiterungen öffentlicher Einrichtungen (Schulen, Krankenhäuser) typisch.

– 1993 wurde die Widmung für zahlreiche Garagen, primär Wohnquartiersgaragen in Bereichen hoher Stellplatzdefizite festgesetzt. Tiefgaragen (16, Hofferplatz, 16, Brüßlgasse, 16, Spetterbrücke), Park-and-ride-Plätze oder in Projekten integrierte, zusätzliche Stellplatzangebote enthalten rund 2.500 Stellplätze. Die Garage Grinzing als Sonderfall bietet auch Busstellplätze (rund 85) in größerem Umfang.

– Zahlreiche Projekte beziehen sich auf primär betrieblich und gewerblich genutzte Flächen. Durch die Veränderungen der Wirtschaftsstruktur ist jedoch auch hier ein Steigen der Büro- und Verwaltungsanteile zu beobachten, womit auch in Betriebsbaugeländen mehrgeschossige, höhere Bauformen zunehmen. Beispielhaft sei der Handelskaibereich des 2. Bezirkes genannt, in dem internationale Firmen (Mitsubishi, Sharp, Hyundai) ihre Geschäftszentren aufbauen und von Wien aus Österreich sowie den osteuropäischen Wirtschaftsraum bedienen.

Allein die 1993 beschlossenen und vorgesehenen Widmungen in den Bezirken 1–9 und 14–20 werden die baurechtlichen Voraussetzungen für mindestens 12.000 Arbeitsplätze schaffen (Wien-Mitte 4.000, Lassallestraße 5.000, Handelskai 1.000 usw.). Dabei ist nicht gerechnet, daß in Einkaufszentren, Schulen und in diversen Streulagen noch kleinere Einheiten enthalten sind.

– Stadterneuerung:

Größere Flächen im 2., 4., 5., 7. und 8. Bezirk sowie außerhalb des Gürtels wurden mit neuen Bebauungsbestimmungen auf die aktuellen Planungsziele ausgelegt. Festlegungen von Schutzzonen und Wohnzonen und die Erhaltung der Grünbestände weisen auf die erwünschte Qualitätserhaltung im urbanen Bereich hin. Trotzdem werden die Spielräume für Sanierungen, Erneuerungen und bauliche Änderungen genutzt. Blocksanierungskonzepte, Wohnquartiersgaragen und Haussanierungen werden berücksichtigt. Der im 7. und 8. Bezirk zu beobachtende Boom an Aufstockungen und Dachgeschoßausbauten zeigt, daß auch im qualitativ hochwertigen, frei finanzierten Wohnbau sich einiges tut. Standortgunst und ausgezeichnete Versorgung sorgen dafür, daß das dichtbebaute Gebiet für höhere Einkommenschichten wieder an Attraktivität gewinnt.

– Gebietsbearbeitungen:

Besonders am Westrand mit den sensiblen Grün- und Wohnstrukturen werden unter dem Ziel „strukturerhaltender Maßnahmen“ neue Flächenwidmungspläne erarbeitet. Die Sicherung des Wald- und Wiesengürtels, die Aus-

weisung der bestehenden Kleingartenanlagen, von Gartensiedlungsgebieten und der offenen Einfamilienhausbebauung unter Berücksichtigung moderater Entwicklungsspielräume sind hier vorrangig. Teilweise konnten auch bereits dauerbewohnte Kleingärten ausgewiesen werden. Nicht zuletzt wird durch Ausweisung von Fußwegen oder durch die Reduzierung von Straßenbreiten in Teilbereichen das Ziel der Verkehrsberuhigung verfolgt.

– Wohnen:

1993 sind in den Bezirken 1–9 und 14–20 rund 3.100 Wohnungen gewidmet worden. Die Ausweisung von Wohnzonen zum Schutz der bestehenden Wohnungen und die Festlegung diverser baulicher Entwicklungsspielräume kann hier quantitativ nicht erfaßt werden, schlägt sich aber in zahlreichen Wohnhaussanierungen, Aufstockungen oder Dachgeschoßausbauten nieder.

Von der Abteilung wurden im Jahre 1993 63 Anträge an den Gemeinderat bzw. an die örtlich zuständige Bezirksvertretung gestellt. 50 Anträge betrafen Abänderungen und Neufestsetzungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes. 13 Anträge wurden wegen Verhängung und Verlängerung von Bausperren gestellt. Außerdem wurden zwei Anträge zur Festsetzung von Assanierungsgebieten vorgelegt. Eine Vielzahl von Antragsentwürfen – insbesondere bei größeren Bearbeitungsgebieten – wurde im Einvernehmen mit den Bezirksvertretungen in gesonderten Informationsveranstaltungen im Rahmen der öffentlichen Auflage entweder bei der Bezirksvorstehung oder im Plangebiet selbst durch Mitarbeiter der Abteilung der Bevölkerung vorgestellt, mit dieser diskutiert, und Vorschläge und Anregungen von Bewohnern, Eigentümern und Betriebsinhabern wurden bei der Ausarbeitung der neuen Widmungen berücksichtigt.

Dem Fachbeirat für Stadtplanung und Stadtgestaltung wurden in 10 Sitzungen 37 Flächenwidmungs- und Bebauungsplanentwürfe, die Abänderungen bzw. Aufhebungen und Neufestsetzungen des Flächenwidmungsplanes und Bebauungsplanes zum Ziel hatten, vorgelegt.

Insgesamt wurde im Jahre 1993 eine Fläche von 850,3 ha, das sind 2 Prozent der Stadtfläche in 50 Anträgen behandelt. Mit den Bausperren, die im Jahre 1993 behandelt wurden, stehen 272,4 ha unter Bausperre. Das bedeutet, daß für rund 2,6 Prozent des Stadtgebietes neue Flächenwidmungs- und Bebauungspläne vorbereitet wurden und Bauführungen in diesem Gebiet nur mit dem Einverständnis der Planung und in Übereinstimmung mit den künftigen Bebauungsbestimmungen durchgeführt werden können.

Die große Anzahl der Stellungnahmen, der umfangreichen Motivenberichte und die Verständigungen der Einschreiter im Verfahren bei den Abänderungen und Neufestsetzungen zu den Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen brachte einen großen Arbeitsaufwand.

Der Abteilung wurden 1.875 Ansuchen um Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen von der Baubehörde (MA 37, MA 41) zur Behandlung zugeleitet. 1.371 Ansuchen bzw. Anfragen von Privaten und von Dienststellen, den Flächenwidmungsplan und Bebauungsplan betreffend, wurden untersucht und behandelt und 93 Ansuchen um Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes überprüft.

Stadtteilplanung und Flächennutzung Süd (Bezirke 10 bis 13 und 23)

Seit 1. Jänner 1993 werden die Flächenwidmungs- und Bebauungspläne von drei Magistratsabteilungen bearbeitet und nach den jeweiligen Zielsetzungen überprüft. Die laufenden Überarbeitungen wurden in Abstimmung mit neuen Erkenntnissen, wie vor allem der Stadterweiterung, und der damit verbundenen Schaffung von neuen Lebensräumen durchgeführt. Die Abteilung hat daher für die Bezirke 10, 11, 12, 13 und 23 die erforderlichen Erhebungen, die Entwürfe und die städtebaulichen Studien erstellt, inhaltlich jedoch neben den bisherigen Schwerpunkten alte Ortskerne, Stadterneuerung und Kleingartenfragen auch die Ausarbeitung von Expertenverfahren für Wohnprojekte in Stadtentwicklungszonen ausgerichtet. Die Arbeiten wurden entweder von Mitarbeitern der Abteilung selbst oder im Auftragswege durchgeführt.

Es wurden 1993 rund 10,9 Millionen Schilling für Bestandserhebungen, städtebauliche Studien und Erarbeitung von Entwürfen zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan durch Architekten, die Ausrichtung von Expertenverfahren und die Durchführung von Ausstellungen anlässlich der öffentlichen Auflagen von Planentwürfen von der Abteilung aufgewendet. Von den Auftragnehmern wurden dabei städtebauliche Bestandsaufnahmen und Vorentwürfe für Teilgebiete im 10. Bezirk in den Bereichen Absberggasse und Kurzentrum Oberlaa, im 11. Bezirk in den Bereichen Altsimmering, Ostbahn-A4 und Beschußamt Simmering, im 12. Bezirk in den Bereichen Rosasgasse und Gaudenzdorf, im 13. Bezirk im Bereich Hietzing und im 23. Bezirk in den Bereichen Siebenhirten-Kellerberg, Haymoggasse und Perfektastraße erarbeitet.

Bebauungsstudien, Studien für Verkehrsorganisationen, Grünraum- und Landschaftsplanungen wurden im 10. Bezirk für die Bereiche Hintere Liesingbachstraße, Altes Landgut, Kurzentrum Oberlaa und Klederinger Straße, im

11. Bezirk für den Bereich Leberberg, im 13. Bezirk für die Bereiche Lainzerbachstraße und Furtwänglerplatz und im 23. Bezirk für die Bereiche In der Wiesen und Kellerberg ausgearbeitet.

Zur Findung der bestmöglichen Bebauung für einzelne Bereiche in den Entwicklungszonen wurden Expertenverfahren im 10. Bezirk für die Bereiche Am Liesingbach, Gudrunstraße und Grundäcker und im 23. Bezirk für die Bereiche In der Wiesen, Alt Erlaa – Seniorenresidenz und Perfektastraße durchgeführt.

Darüber hinaus wurde die Studie „Draußen einfach sicher“ mit dem Ziel erstellt, mehr Stadträume den Bedürfnissen der Frauen entsprechend zu gestalten.

Von der Abteilung wurden im Jahre 1993 43 Anträge an den Gemeinderat bzw. an die örtlich zuständige Bezirksvertretung gestellt. 29 Anträge betrafen Abänderungen und Neufestsetzungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes. 14 Anträge wurden wegen Verhängung und Verlängerung von Bausperren gestellt.

Eine Vielzahl von Antragsentwürfen – insbesondere bei größeren Bearbeitungsgebieten – wurde im Einvernehmen mit den Bezirksvertretungen (im 10., 11. und 12. Bezirk) in gesonderten Informationsveranstaltungen im Rahmen der öffentlichen Auflage entweder bei der Bezirksvorsteherung oder im Plangebiet selbst durch Mitarbeiter der Abteilung der Bevölkerung vorgestellt, mit dieser diskutiert; Vorschläge und Anregungen von Bewohnern, Eigentümern und Betriebsinhabern bei der Ausarbeitung der neuen Widmungen wurden berücksichtigt.

Die Schwerpunkte der Neufestsetzungen der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne lagen dabei im 10. Bezirk in den Bereichen der Per-Albin-Hansson-Siedlung West, Kurzentrum Oberlaa, Wienerberg West, Eibesbrunnergasse und Favoriten Ost, im 11. Bezirk in den Bereichen Herderpark und Warneckestraße, im 12. Bezirk im Bereich Hohenbergstraße und im 13. Bezirk im Bereich Lainzer Vorfeld.

Zur Erhaltung von für das örtliche Stadtbild wesentlicher Ensembles wurden im Jahre 1993 in den Teilbereichen 11, Kobelgasse – Mühlgasse und 12, Hohenbergstraße, Schutzzonen im Einvernehmen mit den zuständigen Fachdienststellen vorgeschlagen bzw. der Beschlussfassung zugeführt.

Die eingeleitete Überprüfung der bestehenden Kleingartenanlagen und kleingärtnerisch genutzten Flächen im Hinblick auf deren widmungsmäßige Sicherung bzw. Sanierung wurde fortgesetzt. Die Ansuchen, betreffend das ganzjährige Wohnen in den Kleingartenanlagen, die bezirkswise in einzelnen Veranstaltungen mit den Bezirksvertretungen und der Bezirkskleingartenkommission abbesprochen waren, wurden berücksichtigt. Unter Einschluß von Flächen, die für eine Neuaufschließung von Kleingartenanlagen vorgesehen sind, konnten dem Gemeinderat Flächenwidmungs- und Bebauungspläne, die zusammen 41,2 ha an Erholungsgebiet-Kleingarten-Flächen ausweisen, zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Dabei wurden bestehende Anlagen widmungsmäßig gesichert bzw. Kleingartengebiete für ganzjähriges Wohnen ausgewiesen, und zwar im 10. Bezirk am Friesenplatz, im 11. Bezirk in Kaiserbersdorf-Fuchsbodengasse, im 12. Bezirk Sagedergasse-Altmanndorfer Anger und in der Eibesbrunnergasse und im 13. Bezirk Gallgasse und Ober St. Veit-Lainzer Vorfeld.

Die Abteilung hat alle für die Tätigkeit des Fachbeirates für Stadtplanung erforderlichen Bürogeschäfte gemäß der Geschäftseinteilung des Magistrates der Stadt Wien abgewickelt. Dem Fachbeirat für Stadtplanung und Stadtgestaltung wurden in 10 Sitzungen 3 Schutzzonen und 92 Flächenwidmungs- und Bebauungsplanentwürfe, die 27 Abänderungen bzw. 65 Aufhebungen und Neufestsetzungen des Flächenwidmungsplanes und Bebauungsplanes zum Ziele hatten, und 14 Planungsvorhaben von der MA 19 vorgelegt.

Insgesamt wurden von den drei Magistratsabteilungen 21A, B und C 139 Anträge ausgearbeitet. Diese Beschlüsse des Gemeinderates bzw. der diversen Bezirksvertretungen wurden in Form von Plandokumenten kundgemacht, von der Abteilung an die Magistratsdienststellen versendet und im Wege der MA 20 für den Verkauf vorbereitet. Von der Abteilung wurden alle Akten der beschlossenen Plandokumente archiviert und die Einschreiter zu allen Beschlüssen, die von den drei Magistratsabteilungen ausgearbeitet wurden, verständigt.

Insgesamt wurde im Jahre 1993 eine Fläche von 2.971 ha in den 139 Anträgen behandelt. 2.179 ha wurden von Abänderungen, Aufhebungen und Neufestsetzungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes betroffen. Mit den 792 ha Bausperren, die im Jahre 1993 behandelt wurden, standen zum Jahreswechsel 1993/94 1.076 ha unter Bausperre. Das bedeutet, daß für rund 10,8 km² des Stadtgebietes neue Flächenwidmungs- und Bebauungspläne vorbereitet werden und Bauführungen in diesem Gebiet nur mit dem Einverständnis der Planung und in Übereinstimmung mit den künftigen Bebauungsbestimmungen durchgeführt werden können.

Die große Anzahl der Stellungnahmen, der umfangreichen Motivenberichte und die Verständigungen der Einschreiter im Verfahren bei den Abänderungen und Neufestsetzungen zu den Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen konnte mit der gemeinsam mit der MD-ADV bereits 1986 entwickelten speziellen Nutzung des IBS bewältigt werden. Ohne die Computerunterstützung wären die zahlreichen Berichte zu den Stellungnahmen und die Änderungen in den Motivenberichten, die in den einzelnen Antragsphasen immer wieder neu gefaßt und geschrieben werden müssen, nicht zu bewältigen.

Im Jahre 1993 wurden über 20.400 Adreßänderungen bzw. Zuordnungsänderungen bei der Fortführung des RBW (Räumliches Bezugssystem Wien) durchgeführt und damit den Anforderungen des vergrößerten Anwenderbereiches Rechnung getragen. Die Schwerpunkte lagen dabei bei den Adreßabgleichen zu den Daten des Grundbuches, der Fortführung für die Wählerevidenz und den Änderungen zum IBS (Adreßprotokoll Profi) für die Gebührenvorschreibung, Verrechnung und Verwaltung.

Mit den dezentralen grafischen Arbeitsplätzen (mit Bildschirm, Digitalisierbrett und Kontrollplotter), die von einem mit dem Zentralrechner gekoppelten Kleinrechner gesteuert werden, wurde die Nachjustierung bzw. die Abstimmung des generalisierten Flächenwidmungsplanes auf die Blockstrukturen des RBW und die Nutzungseinheiten fortgesetzt und die neuen Beschlüsse eingearbeitet. Die Blockstrukturen des RBW, die Netzknoten, aber auch die Nutzungseinheiten pro Block wurden auf Grund des von der MA 41 bearbeiteten Bildfluges 1991 überarbeitet.

Auf dem 1989 installierten Anschluß an das Bundesrechenzentrum wurden 1993 über 23.000 Einzelabfragen von der Grundstücksdatenbank als Grundlagen für die Bebauungsplanbearbeitung von Mitarbeitern der Abteilung vorgenommen.

Für die von der MA 7 im Wege des Gemeinderatsausschusses für Kultur verfügten Neubenennungen bzw. Umbenennungen von Verkehrsflächen, Park und Wohnhausanlagen wurden 74 Ansuchen behandelt, von denen 68 einer amtlichen Benennung zugeführt werden konnten. Die grafischen Unterlagen für die Bekanntgabe im Amtsblatt der Stadt Wien wurden von der Abteilung angefertigt.

Die Baubehörde (MA 35, MA 37) hat der Abteilung 1.083 Ansuchen um Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen übermittelt. Weiters wurden 920 Ansuchen bzw. Anfragen von Privaten und von Dienststellen, den Flächenwidmungsplan und Bebauungsplan betreffend, untersucht und behandelt. Die Vertreter der Abteilung nahmen an 478 Verhandlungen als Amtssachverständige teil.

Auf Grund des Wohnhaussanierungsgesetzes wurden 2.188 Ansuchen auf ihre Vereinbarkeit mit dem Flächenwidmungsplan und dem Bebauungsplan geprüft. Davon waren 2.121 Anfragen des Amtes der Wiener Landesregierung hinsichtlich Wohnungsverbesserungen; 67 Anfragen wurden vom Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds bzw. von Privaten im Hinblick auf beabsichtigte Sanierungsmaßnahmen an Wohnhäusern bei der Abteilung eingebracht.

Stadtteilplanung und Flächennutzung Nordost (Bezirke 21 und 22)

Die städtebaulichen Planungen und die Flächennutzungsplanungen sind mit den aktuellen gesellschaftspolitischen Entwicklungen und den darauf aufbauenden Zielen der Stadtentwicklung abzustimmen. Unter Berücksichtigung von laufend neu gewonnenen Planungskenntnissen sind daher auch die Flächenwidmungspläne und Bebauungspläne ständig zu überarbeiten.

Die mit Jahresbeginn 1993 wirksame Neuorganisation der Planungsabteilungen des Magistrates erbrachte die Zuständigkeit der Abteilung für das nordöstliche Stadtgebiet. Die hier betroffenen Bezirke Floridsdorf und Donaustadt umfassen mehr als ein Drittel der Fläche des Wiener Stadtgebietes und enthalten die größten Stadtentwicklungszonen Wiens.

Vor allem folgende Kriterien waren bei der Planungsarbeit zu berücksichtigen:

- Erheblicher Flächennutzungsbedarf, insbesondere für Wohnungen, der überwiegend in Entwicklungsgebieten abgedeckt werden muß.
- Erhöhter Anspruch an die Wohn- bzw. Wohnumfeldqualität im Rahmen der Stadtentwicklungsprojekte im Sinne attraktiver neuer urbaner Lebensräume.
- Vermehrte und intensiviertere Einbindung der betroffenen Bevölkerung in die Planungsabläufe (integrierte „Bürgerbeteiligungsverfahren“).

Zu diesen gestiegenen qualitativen und quantitativen Ansprüchen an den Planungsumfang und die Planungsleistung kam noch die Anforderung nach Abwicklung von Stadtteilplanungen im vermehrten Umfang. Zuzufolge der vorhandenen Kapazitätsengpässe konnten diese Aufgaben jedoch nicht immer im wünschenswerten Ausmaß entsprochen werden.

A Bezirksübergreifende Arbeiten:

- Stadtentwicklungsplan:

Vor allem für den Abschnitt Stadtentwicklungsbereiche/Siedlungsschwerpunkte sowie für die STEP-Karten wurden von Mitarbeitern der Abteilung umfangreiche Beiträge geleistet.

- Buskonzept:

Erste konzeptive Überlegungen wurden vor allem für den 22. Bezirk im Rahmen eines Arbeitskreis von Vertretern mehrerer Abteilungen und aus der Bezirksvorstehung erarbeitet.

- Radwegenetz:

In diesem Bereich soll eine Bestandsaufnahme als erster Planungsschritt durchgeführt werden.

B Projektteams Donaufeld-Kagran und Marchegger Ast:

In diesem Jahr standen die Fortführung und der Abschluß von Planungsarbeiten der Projektteams im Vordergrund. Die hier eingebrachte Planungsarbeit wurde zum überwiegenden Teil von Mitarbeitern der Abteilung geleistet und von Angehörigen der MA 18 und 19 unterstützt. Die für die verschiedenen Planungsaktivitäten erforderlichen finanziellen Aufwendungen wurden aus dem im Rahmen der MA 18 eingerichteten „Sonderbudget“ gedeckt.

- Das Projektteam für den Stadtentwicklungsbereich Donaufeld-Kagran konnte 1993 das Leitprogramm als Grundlage für weiterführende Planungen fertigstellen. Dieses Programm besteht aus dem Leitbild, das die Grundzüge und Ziele der angestrebten Entwicklung festhält, und dem räumlichen Entwicklungskonzept, das näher auf die Entwicklung der Teilräume (Floridsdorf-Ost, Grünzug Donauefeld-Alte Donau, Kagran-West), auf Maßnahmen sowie auf die Umsetzung des Entwicklungsprogramms eingeht und auch Vorschläge für den zeitlichen Ablauf beinhaltet. Besonderes Anliegen der Planung ist die phasenweise Entwicklung von funktionell ausgewogenen und qualitativ hochwertigen Stadtvierteln.
- Für den Stadtentwicklungsbereich „Marchegger Ast“ hat das Projektteam 1993 das Leitprogramm nahezu fertiggestellt. Es hat den schrittweisen Prozeß zur Entwicklung des Planungsraumes Stadlau/Aspern/Eßling – Hirschstetten/Hausfeld/Altes Flugfeld und die qualitativen Grundlagen, nach denen er vor sich gehen soll, zum Gegenstand. Ein Vorentwurf, abgeleitet aus zwei unterschiedlichen Entwicklungsszenarien, wurde im Jänner 1993 dem international besetzten Beirat für die Stadtentwicklungsbereiche präsentiert und in der Folge inhaltlich und im Aufbau weiter differenziert.

Das Leitprogramm besteht nun aus dem Leitbild (A), das die übergeordneten Zielsetzungen enthält, und dem „genaueren“ Entwicklungskonzept (B), das als Richtlinie für Fachplanungen detaillierter auf räumliche Strukturen, Fristigkeiten und Umsetzungserfordernisse eingeht. Teilbroschüren für einzelne Stadtteile, die die Ziele und Maßnahmen veranschaulichen, wurden für zwei der sechs Entwicklungsbereiche (Stadlau und Eßling) beispielhaft fertiggestellt, für zwei Bereiche (Hirschstetten-Hausfeld, „Wiener Anteil am Marchfeld“) liegen Entwürfe vor.

Gewisse Planungsfragen und räumliche Teilgebiete wurden in vertiefter Form genauer untersucht. Ein Workshop zur künftigen Gestaltung der städtebaulichen Achse entlang der S80 erbrachte wertvolle Anregungen und Klärungen zugunsten einer künftigen Hochlage der Schnellbahn. Auch Fragen des Verlaufs der B3d und ihrer Einbindung sowie der Straßenbahnerschließung wurden gesondert behandelt, ebenso fachliche Aspekte wie die Siedlungs- und Wohnstruktur, die soziale Infrastruktur und die Grünraumstruktur.

Die Installierung eines begleitenden Verfahrens zur Bürgerbeteiligung war ein weiterer Arbeitsschwerpunkt. Drei Arbeitskreise („Übergeordnete Verkehrssysteme“, „Lokale Verkehrsorganisation und Verkehrsberuhigung“, „Soziale, technische und bildungsbezogene Infrastruktur“) bieten den interessierten Bewohnern der Stadtentwicklungsbereiche Gelegenheit zur Information und zur Beteiligung, eine eigene Stadtteilzeitung informiert regelmäßig über die laufenden Entwicklungen.

C 21. Bezirk:

Neben den in der Übersicht angeführten Widmungsverfahren wurden folgende Arbeitsschwerpunkte gesetzt:

- koordinative Betreuung zu Fragen des Stadterweiterungsgebietes Brünner Straße; Nachbearbeitungen vor allem im Bereich der sozialen Infrastruktur; Dokumentation des Planungsablaufes und Vorbereitung der Bewohnerinformation
- koordinative Betreuung des Stadterweiterungsgebietes Satzingerweg; Ausarbeitung eines Grünordnungskonzeptes mit zum Teil detaillierten Nutzungsvorschlägen
- Stadterweiterungsgebiet Mühlweg; Erstellung eines Grünordnungsplanes auch für eine weitere Ausbaustufe
- Wirkungsanalyse und Nutzungsvariantenvergleich der „Betriebsachse“ entlang der künftigen B232
- grobe Variantenuntersuchung über Möglichkeiten zum Thema „Wohnbau im Gaswerk Leopoldau“
- Beiträge zur Entscheidungsfindung für den Trassenverlauf einer neuen Straßenbahnlinie 27
- diverse Untersuchungen für Anforderungen an Schulstandorten und anderen Einrichtungen der sozialen Infrastruktur
- Betreuung und teilweise Durchführung des städtebaulichen Gutachterverfahrens für den Bereich KGM-Triller-gasse
- Vorarbeiten für ein Gutachterverfahren Universität Wien (BWZ) auf Standortteile der ehemalige Elin-Werke
- Betreuung des Gutachterverfahrens „Florido-Plaza“ samt Verkehrsgutachten sowie Erstellung einer Nutzungsstudie
- Abhaltung eines Gutachterverfahrens im Bereich Carminweg – „Frauen-Werk-Stadt“ (gemeinsam mit MA 57)

D 22. Bezirk:

Neben den in der Übersicht angeführten Widmungsverfahren wurden folgende Arbeitsschwerpunkte gesetzt:

- Donau-City und Wagramer Straße:
 - Teilnahme an mehreren Gesprächen über die beabsichtigten Nutzungsentwicklungen der Donau-City

- Nutzungsüberlegungen zu städtebaulichen Entwicklungen nördlich der Wagramer Straße.
- Marshallhof (A22-Überplattung):
 - Erarbeitung des Leitprojektes in enger Kooperation mit dem Projektanten der A22-Überplattung (Kostenminimierung) und Erstellung eines Verkehrsgutachtens
 - Diskussionsveranstaltungen mit Bevölkerung
 - Entwurf Flächenwidmungs- und Bebauungsplan.
- Kagran-West:
 - Abhaltung des Gutacherverfahrens für das Stadtentwicklungsgebiet nördlich der Prandauergasse
 - Erarbeitung von Nutzungsstrukturen für den Bereich des Zentrums Kagran und den Bereich der neuen Remise
 - Abschluß der städtebaulichen Arbeiten für den Bereich Ullreichgasse-Saikogasse
 - Ausstellung der verschiedenen Planungen im Donauzentrum.
- Städtebaulicher Ideenwettbewerb Süßenbrunn:
 - Vorbereitung mit intensiver Bürgerbeteiligung und Informationsveranstaltung; Konstituierung der Jury; Vorprüfung der eingereichten Arbeiten;
- Nördlich Langobardenstraße – südlich Erzherzog-Karl-Straße:
 - Erstellung des Leitprojektes und Verkehrsgutachtens;
 - Entwurf Flächenwidmungs- und Bebauungsplan.
- Ortsbetreuung Eßling:
 - Im Rahmen der Ortsbetreuung wurden auch Planungsarbeiten geleistet und organisiert sowie z. B. ein Kinderwettbewerb für den Bereich Löschteich Eßling
 - Nach Beendigung der Ortsbetreuung wird der weitere Informationsfluß und Bürgerkontakt durch das Bürgerbeteiligungsverfahren Marchegger Ast gewährleistet.
- Altes Flugfeld Aspern:
 - Expertenverfahren Flugfeld Aspern; Diskussion der „Testprojekte“; Überarbeitung nach Jury-Wiedervorlage;
 - Strategiegruppen diskutierten Umsetzungsbedingungen;
 - Leitprojekt (räumliches Leitbild – qualitativer Leitrahmen) für Grundsatzbeschluß durch den Gemeinderat;
 - Vorarbeiten für den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan;
- Ortskerne Breitenlee und Hirschstetten:
 - Vorarbeiten zu Schutzzonenfestlegungen für beide Ortskerne
 - Begutachtung einer Nutzungsstudie für eine bauliche Entwicklung um den Ortskern Breitenlee

1993 fielen 31 im Wiener Gemeinderat bzw. den zuständigen Bezirksvorstehungen beschlossene Plandokumente für das nordöstliche Stadtgebiet (einschließlich Bausperren und Verlängerungen) an. Davon waren 22 Aufhebungen und Neufestsetzungen, 3 Abänderungen, 2 unwesentliche Abänderungen, 2 verhängte Bausperren gemäß § 8 BO für Wien und 2 Verlängerungen von Bausperren (nur Dekrete). Darüber hinaus wurden in 28 verschiedenen Planungsgebieten Bearbeitungen durchgeführt. Erforderliche Planungsarbeiten, die aus Kapazitäts- oder Komplexitätsgründen nicht im Rahmen der Abteilung getätigt werden konnten, wurden im Wege von Aufträgen bewältigt. Diese Auftragsvergaben betrafen u. a. Radwegenetze, Buslinienkonzepte, Standortgutachten, Grünplanungen, Dokumentationen, Nutzungsverwertungen, Bauungsstudien, Verkehrsgutachten, Modelle, Wettbewerbe und Bürgerbeteiligungen.

Gerundete Gesamtsumme der dafür getätigten finanziellen Aufwendungen war 27,100.000 S. Davon wurden für bezirksübergreifende Arbeiten 580.000 S, für Arbeiten der Projektteams (Budget der MA 18) 8,740.000 S, für Plangebiet 21. Bezirk 830.000 S und für das Plangebiet 22. Bezirk 16,950.000 S aufgewendet.

Straßenverwaltung und Straßenbau

Die Abteilung verwaltete und erhielt im Jahre 1993 2.778 km öffentliche Straßen, von denen 222 km Bundesstraßen B, 42 km Autobahnen und 2.514 km Gemeindestraßen waren.

Für die Erhaltung der öffentlichen Verkehrsflächen sowie für den Ausbau von Siedlungsstraßen wurden 4 große Straßenwalzen, 12 Gehwegwalzen, 9 Vibrationswalzen, 2 Motorgrader, 10 Straßenreparaturzüge, 1 Lastkraftwagen (Wasserwagen) und 1 Straßenfräse sowie 1 Minibagger und 11 fahrbare Leichtkompressoren eingesetzt. Die eingesetzten Straßenreparaturfahrzeuge ermöglichten eine rasche Behebung von Schäden in Straßendecken. Für die Neuerstellung bzw. Instandsetzung von Versorgungs- und Entsorgungsleitungen wurden von der Abteilung an öffentliche Einbautenstellen und an private Bauwerber zusammen rund 12.800 Aufgrabungsbewilligungen erteilt. In etwa 110 Fällen wurden in verkehrsreichen Straßen statt Aufgrabungen Bohrungen (60) bzw. Minierungen (50) durchge-

führt. Für die Überprüfung von Aufgrabungen, Baustellenabsicherungen und Lagerungen auf öffentlichen Verkehrsflächen wurden 1993 wieder vier PKW, darunter zwei mit Funkausstattung, eingesetzt. Im Zuge der genannten Inspektionen wurden rund 36.000 km zurückgelegt. Sobald Mängel festgestellt werden konnten, ist deren unverzügliche Behebung veranlaßt worden. Es werden auch in Zukunft diese Kontrollfahrten fortgesetzt, um eine klaglose Abwicklung der Aufgrabungen im Interesse der Öffentlichkeit zu erreichen. In Zusammenarbeit mit der MA 39 und privaten Prüfanstalten wurden von den diversen Einbautendienststellen auf Grund der 1991 erlassenen Wiederinstandsetzungsvorschrift im Jahre 1993 laufend Druckversuche mit Lastplatten an den zugeschütteten Künetten durchgeführt. Von den insgesamt rund 3.150 Lastplattenversuchen wurden an rund 2.860 Stellen positive Ergebnisse (91 %) erzielt, d.h. die Zuschüttung und Verdichtung der Künetten wurden bei etwa 9 Prozent aller Aufgrabungen nicht ordnungsgemäß durchgeführt. In diesen Fällen wurden die bauausführenden Firmen beauftragt, die Mängel durch Nachverdichtungen beziehungsweise durch einen Materialaustausch zu beheben.

In den Hauptstraßen der Gemeinde Wien wurden verschiedene größere Straßenbauten durchgeführt, und zwar Fortsetzungsarbeiten und neue Baumaßnahmen: Zu den Fortsetzungsarbeiten zählten die Umgestaltung der 6, 7, Mariahilfer Straße (von Stiftgasse bis Kaiserstraße) im Zusammenhang mit dem Bau der U-Bahn-Linie U 3 zu einer attraktiven Geschäftsstraße mit breiten Gehsteigen und Baumpflanzungen. Dank massiver Beschleunigungsmaßnahmen einschließlich Führung eines Schienenersatzverkehrs für die Linie 52 und 58 wurden die Arbeiten am 13. November 1993 beendet und damit der Straßenzug Babenbergerstraße – Mariahilfer Straße wieder durchgehend befahrbar.

Im Straßendetailabschnitt in 10, Inzersdorfer Straße von der Neilreichgasse bis zur Gußriegelstraße (3. Bauabschnitt in Fortsetzung aus 1991 und 1992) wurde ein kompletter Straßenumbau zur Verminderung des Verkehrslärmes, aus Sicherheitsgründen sowie wegen des schlechten allgemeinen Straßenzustandes durchgeführt.

In 11, Kaiserebersdorfer Straße von Nr. 65 (bzw. 88) bis Nr. 145 (Hörtengasse) wurde auf Grund des schlechten Straßenzustandes und nach erfolgten, umfangreichen Einbautenlegungen im Zeitraum von Juni 1992 bis Oktober 1993 ein kompletter Aus- bzw. Umbau ausgeführt (Fahrbahn, Gehsteig, Parkspuren u. a. 2. Teilabschnitt).

Neue Baumaßnahmen wurden in folgenden Straßenabschnitten gesetzt: Im 2. bzw. 20. Bezirk, wurde die Nordwestbahnstraße von der Taborstraße bis zur Rauscherstraße, in der 1991 ein selbständiger Gleiskörper errichtet wurde, 1993 die nördliche Richtungsfahrbahn komplettiert (Parkspur mit Bäumen) und die südliche Richtungsfahrbahn neu gebaut. Im Abschnitt Obere Augartenstraße von der Rembrandtstraße bis zum Gaußplatz wurde nach abgeschlossener Herstellung eines selbständigen Gleiskörpers für die Straßenbahn die Fahrbahn neu hergestellt und mit den Gehsteigumbauten begonnen. Nach entsprechenden Grundbenützungsbereinkommen wird auch ein Radweg angelegt. Ein kompletter Straßenumbau (Fahrbahn, Gehsteig, Abstellflächen, Verkehrsinsel und Gehsteigvorziehungen) mit Bevorrangung der Straßenbahnlinie 71 fand im 3. Bezirk am Rennweg zwischen Ungargasse und Oberzellergasse statt, wobei die Pflasterdecke durch eine leisere Asphaltbetondecke ersetzt wurde. Ebenso im 3. Bezirk in der Erdbergstraße von Nr. 7 (8) bis Nr. 107 (146) wurde ein Umbau der Fahrbahn sowie der beiden Gehsteige abgeschlossen und die Abstellflächen gepflastert, und wo möglich, mit Bäumen versehen.

In der Längelfeldgasse im 12. Bezirk ab der Steinbaurgasse bis zur Eichenstraße kam ein kompletter Straßenumbau (Hauptfahrbahn einschließlich Gehsteigvorziehungen) zur Durchführung, wobei die Kleinsteindecke durch eine Asphaltbetondecke ersetzt wurde. Die Anton-Böck-Gasse im 21. Bezirk wurde von der Rußbergstraße bis zur Langenzerdorfer Straße wegen des schlechten Straßenzustandes komplett neu hergestellt; beidseitig wurden Parkspuren geschaffen, Gehsteige neu angelegt, Verkehrsinseln errichtet und Gehsteigvorziehungen eingebaut. Ausbau- bzw. Umbauarbeiten erfolgten im 22. Bezirk in der Stadlauer Straße im Bereich zwischen Wiedgasse und Erzherzog-Karl-Straße in Form einer kompletten Neugestaltung der Fahrbahnen, Parkspureinrichtung, Anlage von Grünflächen (Baumscheibeneinbau u. a.).

Auf der Hirschstettner Straße wurde von der Pogrelzstraße bis zur Süßenbrunner Straße die Fahrbahn mittels Austausch der bislang vorhandenen Kleinstein- bzw. Großsteinpflasterdecke durch eine neuzeitliche, bituminöse Straßenkonstruktion umgebaut sowie Gehsteige und Radwege errichtet. Im Zuge der Straßenbauarbeiten wurde auch die lichte Durchfahrthöhe bei der östlichen Unterführung von 3,80 m auf 4,20 m vergrößert. Die Bauarbeiten wurden vom 16. März bis 19. Oktober 1993 durchgeführt. Nach Abschluß diverser Einbautenlegungen wurde in der Hausfeldstraße im 22. Bezirk von der Aspernstraße bis zur An den alten Schanzen ein Aus- bzw. Umbau begonnen, der voraussichtlich im Mai 1994 zum Abschluß gebracht sein wird.

Außer den Neu- und Umbauarbeiten der Einzelvorhaben auf Hauptstraßen seien beispielhaft einige, nach dem Grad der Wichtigkeit angeführte Herstellungsarbeiten an Hauptstraßen von größerer Bedeutung genannt. Dabei gelangten vor allem örtliche Belagsarbeiten, Errichtungen von Verkehrsinseln sowie diverse Umbauten für Verkehrssicherheitsmaßnahmen zur Ausführung. Dies betraf u. a. Straßenteilabschnitte in 1, Getreidemarkt (2–4), 2, Am Tabor (Alliiertenstraße – Nordbahnstraße), 3, Schwarzenbergplatz (in Teilbereichen gegenüber 4–7), 4, Favoritenstraße (2–7), 5, Margaretengasse (115/116), 6, Kaunitzgasse (8–16, 11–35), 7, Neubaugasse (1 und 2, 73, 78–80) sowie Neustiftgasse (78–80, 111–113), 9, Währinger Straße (63–67, 76–78), 10, Gudrunstraße (Absberggasse–Sonnwendgasse), 11, Kaiserebersdorfer Straße (147–187) und Simmeringer Hauptstraße (154), 12, Gaßmannstraße (ganze Länge), 13, Fasangartengasse (92–98), 14, Flötzersteig (Tinterstraße – Ernst-Bergmann-Gasse), 15, Sechshauser Straße (Heinickegasse – Anschützgasse), 17, Hernalser Hauptstraße (102–130, 190–192 und 189–191), 19, Grinzing

ger Straße (139–143 und gegenüber) einschließlich Heiligenstädter Straße (92, 155), 19, Billrothstraße (5–49, 2–34), 20, Stromstraße/Plateau Jägerstraße, 21, Brünner Straße/Plateau gewidmete Verkehrsfläche 6168, 22, Breitenleer Straße (Halblehenweg 136), 23, Ketzergasse (Kaiser-Franz-Josef-Straße bis Pfitznergasse), 23, Breitenfurter Straße (358) sowie 23, Kaltenleutgebner Straße (13A–6 und gegenüber).

Im Rahmen der Herstellung von Nebenstraßen wurden Neu- und Umbauten bzw. diverse Belagsarbeiten (Instandsetzungen, Regenerierungen auf Grund von Zeitschäden sowie zu erwartende Frostschäden u. a.) oder auch sonstige verschiedene Straßenumbauarbeiten wie z. B. Fahrbahnverbreiterungen bzw. Gehsteigverschmälerungen oder Parkstreifenherstellungen usw. durchgeführt, so unter anderem in 1, Lugeck (6) und Rudolfplatz (9–13), 2, Nordpolstraße (zur Gänze), 4, Schönburgstraße (21–29), 5, Einsiedlergasse (16–28 und gegenüber), 7, Seidengasse (23–37), 9, Berggasse (13–21, 14–24), 10, Eckertgasse (1–23, 2–24), 11, Lorystraße (6, 8–10; Grillgasse – Dommessgasse), 12, Hohenbergstraße (1 – gegenüber 14, 14–34), 13, Veitingergasse (24–34, 41–57), 14, Gusenleithnergasse (25–37, 26–32), 15, Märzstraße (63–77 und gegenüber), 16, Franz-Peyerl-Gasse (1–11 und 2–10), 17, Neuwaldegger Straße (43–45), 18, Schulgasse (55–57 und 58A), 19, Kaasgrabengasse (1–3, 2–4; 61–121B, 82–122), 20, Treustraße (17–89, 20–94), 21, Arbeiterstrandbadstraße (2–74, 11–55), in der 21, Siedlung Schwarzlackenau, Sumpfgasse u. a. m., in 22, Konstanziagasse (von Hausgrundweg bis Erzherzog-Karl-Straße) und 23, Blumentalgasse (1–25, 2–24).

Bei der Herstellung von Siedlungsstraßen wurden Ausbau- bzw. Umbauarbeiten sowie Instandsetzungen mit gemeindeeigenen Gradern und Baumaschinen auf bisher zum Teil unbefestigten Fahrbahnen nach erfolgter Aufgrabung, sowie Bodenverbesserungen mittels Einbau einer Frostschutz- und mechanisch-stabilisierten Tragschicht als auch durch Verstärkung mit Hilfe der Aufbringung einer Bitumen-Kiestragschicht samt erforderlichen Pflasterungs- und Baumeisterarbeiten durchgeführt, so unter anderem in Teilabschnitten in 14, Antonie-Platzer-Gasse, Hasensteig, Pfarrwiesengasse, Dehngasse u. a. und in 22, in der Schippanisiedlung (Schoeppegasse, Waldheimstraße, Kornblumenweg u. a.) sowie in der Siedlung Wegmayer, (Ducheckgasse, Im Gestockert und Ulzmannngasse).

Die Neuherstellung von Radwegen bzw. die Ausgestaltung von vorhandenen Straßenflächen zu Radfahrmöglichkeiten (Umbauarbeiten an Gehsteigen und Abstellflächen mit erforderlichen Randsteinabsenkungen und Randsteinneulagen, Errichtung von Pollern zur Radwegsicherung, Um- bzw. Neubau von Straßenentwässerungsanlagen u. a.) wurde auch im Jahre 1993 in folgenden Straßen fortgeführt: so u. a. in 1, Dr.-Karl-Lueger-Ring (Mölkerbastei – Schottengasse), 2, Taborstraße (Nordwestbahnstraße – Nordbahnstraße), 10, im Aufschließungsgebiet „Wienerberg Ost“: Grohnergasse (in ganzer Länge), und 10, Gudrunstraße (Absberggasse – Sonnwendgasse), in 12, Flurschützstraße (Abmayergasse – Längenfeldgasse), 13, Hochmaiggasse (4–18, 25–55), 16, Enenkelstraße (Gutraterplatz – Hasnerstraße), 20, Leipziger Straße (Klosterneuburger Straße – Burghardtstraße), 21, Arbeiterstrandbadstraße (17–43) und in 23, Carlberggasse (Canevalestraße – Erlaaer Straße).

Auch Bauvorhaben zur Herstellung von Fußgeherzonen, Wohnstraßen und verkehrsberuhigten Zonen wurden fortgesetzt bzw. begonnen, so u. a. in Teilbereichen in 1, Michaelerplatz (2), Franziskanerplatz (5–6), Neuer Markt (1–16) und Akademiestraße (6, 7–9), 3, Hainburger Straße (Bereich U- Bahnaufgang), 5, Stolberggasse (Zentagasse – Reinprechtsdorfer Straße), 6, Barnabitegasse (1–7, 2–12), 12, Meidlinger Hauptstraße (37–79, 44–86) und in 15, Maria vom Siege (1–9 und gegenüber).

Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit an Unfallschwerpunkten wurden entsprechende straßenbauliche Maßnahmen (Umbauarbeiten) an Gehsteigen und Fahrbahnen gesetzt, wie z. B. die Herstellung von Verkehrsinseln und Fahrbahnteilern, Kreuzungsaufdoppelungen sowie Fahrbahnaufpflasterungen, Gehsteigvor- bzw. -durchziehungen, Polleraufstellungen sowie Parkspurabdeckungen und andere Umbauten besonderer Art usw.; dies traf u. a. in kleineren Teilabschnitten in 1, Kärntnerstraße, Opernring, Operngasse, 2, Engerthstraße, Stadionallee, Tandlermarktstraße, 3, Schwarzenbergplatz, 4, Prinz-Eugen-Straße, Wiedner Hauptstraße, Favoritenstraße, 5, Siebenbrunnengasse, 6, Gumpendorfer Straße, Magdalenenstraße, 7, Schottenfeldgasse, Kaiserstraße, 8, Friedrich-Schmidt-Platz, Auerspergstraße, Blindengasse, 9, Nußdorfer Straße, Liechtenwerderplatz, Alser Straße, 10, Reumannplatz, Wielandgasse, Troststraße, 12, Gassmannstraße, Hetzendorfer Straße, 14, Linzer Straße, Mauerbachstraße, 15, Sechshauser Straße, 16, Koppstraße, 17, Geblergasse, 18, Gentzgasse, Gymnasiumstraße, Schulgasse, 19, Billrothstraße, Grinzinger Straße, 20, Jägerstraße, 22, Biberhauftenweg, Siebenbürgerstraße, 23, Carlberggasse, Rodauner Straße und Kaltenleutgebner Straße zu.

Die im Zuge des Behindertenprogrammes 1981 begonnenen Arbeiten zur Herstellung fußgängerfreundlicher Gesteigabsenkungen an verkehrsreichen, stark frequentierten Kreuzungsbereichen bzw. im Anschluß an Fußgeherübergängen wurden in den folgenden Straßenabschnitten 1993 fortgesetzt. Solche Arbeiten erfolgten in 1, Brandstätte, Tuchlauben, Schwedenplatz, Franz-Josefs-Kai, Parkring, Schuberting und Kärntner Ring, 6, Mollardgasse, Hofmühlgasse, 9, Lichtentaler Gasse, Pulverturmstraße, Roßauer Lände, 10, Hebbelplatz.

Auch wurden schwerpunktmäßig die fehlenden Absenkungen an den Hauptstraßen in den Bezirken 2, 3, 4, 5, 11 und 20 durchgeführt. Darüber hinaus seien noch folgende Örtlichkeiten erwähnt: 14, Hadikgasse, 16, Maroltingergasse, 17, Alseile, Sandleitengasse, 18, Thimiggasse, 19, Hofzeile, Döblinger Gürtel und 23, Laxenburger Straße u. a. m.

Der U-Bahn-Bau löste auch im Jahre 1993 eine Reihe von straßenbaulichen Maßnahmen aus. Vorwiegend war dies in den Bezirken 3, 6, 7, 15 und 20 sowie 21 und 23 der Fall, da rechtzeitig vor Baubeginn der eigentlichen

U-Bahn-Bauarbeiten (Aufgrabungen wegen Einbautenverlegungen sowie Absperrungen) leistungsfähige Umleitungsstrecken für den Individualverkehr sowie bauliche Vorarbeiten für den eigentlichen U-Bahn-Bau errichtet werden mußten. Auch wurden bereits nach abgeschlossenen Arbeiten für die U-Bahn sowohl großflächige Wiederinstandsetzungs- bzw. Wiederherstellungsarbeiten eingeleitet, als auch durchgeführt: Es geschah dies in Teilbereichen (Teilflächen) in 3, Erdbergstraße, Hainburger Straße/Rochuspark, 6./7, Mariahilfer Straße, (Stiftgasse bis Gürtel), 15, Europaplatz, Felberstraße, Meiselstraße, Goldschlagstraße, Beckmannngasse, Neubaugürtel, Mariahilfer Gürtel, Nobilgasse, Sturzgasse und Märzstraße, Mariahilfer Straße, Gürtel bis Gerstnergasse, Kardinal-Rauscher-Platz, 16, Kandlerstraße und Paltaufgasse, 20, Engerthstraße, Klosterneuburger Straße und Spaungasse sowie Leipziger Straße, 21, Angerer Straße, 23, Ketzergasse, Carlberggasse, Perfektastraße sowie verlängerte Porschestraße.

Auch 1993 wurden wieder Straßenbauten kleineren Umfanges für andere Dienststellen in einigen Bezirken durchgeführt, und zwar vorwiegend für die Wiener Stadtwerke – Verkehrsbetriebe wurden sogenannte „Haltestellenkaps“ errichtet sowie Umbauten zum Zwecke des „Beschleunigungsprogrammes“ für Straßenbahn und Bus (Errichtung von Busspuren bzw. Busbuchten u. a.) errichtet. Für die MA 49 wurden Erhaltungsarbeiten am örtlichen Straßen- und Wegenetz des Lainzer Tiergartens durchgeführt.

Im Zuge der laufenden Instandhaltungsarbeiten wurden in beinahe allen Bezirken kleinere Straßenbauarbeiten, wie Umbauten und Erneuerungen von Gehsteigen und Fahrbahnen sowie Regenerierungen bzw. Ausbesserungsarbeiten kleineren, nicht zusammenhängenden Umfanges, sowohl in Gemeindestraßen als auch auf Gehsteigen der Bundesstraßen „B“ ausgeführt.

Im Bereich des Projektes „WED – Donau City“ wurde seitens der WED an der Überplattung der A 22 – Donauufer-Autobahn gearbeitet, von der Abteilung wurde mit den Arbeiten an der UNO-Umfahrungsstraße als Verbindungsstraße von der A 22 zur Wagramer Straße begonnen; diese Arbeiten werden bis Juni 1994 beendet werden.

Für die Aufschließung der Stadterweiterungsgebiete wurde bereits in einigen mit den Straßenbauarbeiten und der Herstellung der Höhenlage sowie der Anlage von Baustraßen begonnen, um die Voraussetzung für die Errichtung der Hochbauten zu schaffen. Diese Arbeiten wurden in den Stadterweiterungsgebieten 21/03 („westlich Brünner Straße – nördlich Tulzergasse“) und 21/04 („südlich Tulzergasse“) und 22/07 („Langobardenstraße – östlich Kapellenweg“) durchgeführt und sind in den Gebieten 11/01 („Leberberg“) und 21/05 („Satzingerweg – Leopoldauer Straße“) in Arbeit.

Im Bereich des Neubaus von sonstigen städtischen Wohnhausanlagen wurden in folgenden, nur nach der Größe des Umfanges bemessenen und nur auszugsweise angeführten Straßenteilabschnitten Straßenbauarbeiten ausgeführt, und zwar in Teilflächen im 10. Bezirk im Aufschließungsbereich der Wohnhausanlage „Wienerberg – Ost“ (3. Bauteil), in der Romanogasse und in der Gerhardusgasse (beide im 20. Bezirk) sowie im 23. Bezirk im Bereich An der Liesing (ganze Länge).

Im Bereich des Neubaus sonstiger privater Wohnhausanlagen und sonstiger hochbaulicher Anlagen sind in folgenden nur auszugsweise angeführten Straßenteilabschnitten diverse Straßenbauarbeiten von größerer Bedeutung ausgeführt worden, und zwar in 1, Kärntner Ring (1–3) (Neuer Kärntner Ring – Hof), 10, Neilreichgasse (51–53), 12, Breitenfurter Straße (43–55), 20, Donaueschingenstraße/Universumstraße, 22, Pappelweg (und an räumende Nebenstraße), Baranygasse (u. a.) sowie Spargelfeldstraße (von Rautenweg bis Breitenleer Straße) und 23, Lehnergasse (von Anton-Zeiler-Gasse bis Robinsonweg).

Im Zusammenhang mit der Aufschließung von Betriebsbaugebieten (BBG) sind Straßenbauten im Jahre 1993 in folgenden fünf Industriebezirken errichtet worden: Im 2. Bezirk wird das ehemalige Nordbahnhofgelände – (verlängerte Wolfgang- Schmälzl-Gasse) u. a. auch für Betriebsansiedlungen und für andere Neubauten in den nächsten Jahren erschlossen bzw. straßenbaumäßig ausgestaltet. Hinsichtlich „Betriebsbaugebiet Aldergründe“ wurde die Murbangasse im 10. Bezirk fertiggestellt; im 11. Bezirk wird bis Sommer 1994 die Gasse 9165 in Höhe Dreherstraße 62 neu angelegt (Fahrbahn, Gehsteige, Abstellstreifen u. a.) und im Zuge von Betriebsansiedlungen entsprechend ausgestaltet werden. Im 21. Bezirk, betreffend Betriebsbaugebiet „Nördliche Scheydgasse“ kamen die Ausbauarbeiten im Zusammenhang mit der Errichtung der Busumkehrschleife im Herbst 1993 zum Abschluß; zur Aufschließung des „BBG-Stowassergasse“ (21. Bezirk) kam ein Ausbau der gewidmeten Verkehrsfläche Gasse 6235 zur Ausführung; des weiteren kam im „Industriepark Nord“ (22. Bezirk) mit der kompletten, endgültigen Belagsaufbringung der ganzen Fahrbahn der Percostraße ein vollständiger Neubau zur Ausführung und zum Abschluß; im 23. Bezirk, betreffend das „Betriebsbaugebiet Draschegründe Ost“ wurde der 3. Teil der Aufschließung des Betriebsbaugebietes mit dem Ausbau der Bürostraße in deren gesamten Länge, umfassend die komplette Fahrbahn und die beidseitigen Abstellflächen, zu Ende geführt.

Nach der Übersicht über das Baugeschehen auf Gemeindestraßen wird nun im folgenden eine kurze Beschreibung der Tätigkeit der „Bundesstraßenverwaltung“ durchgeführt, die die Straßenbauarbeiten im Bereich der Autobahnen – Bundesstraßen A – und der Bundesstraßen B umfassen. Im Bereich der A 22 Donauufer-Autobahn wurde im Teilabschnitt zwischen Nordbrücke und Landesgrenze Wien/Niederösterreich auf einer Länge von 4,0 km im Zeitraum von Mitte Juni bis Mitte August die definitive Fahrbahndecke hergestellt. Auf der A 2 Süd Autobahn wurde im Juni 1993 der Seitenstreifen im Bereich der Rampe 5 saniert. Im Abschnitt zwischen Ostbahnbrücke und Auffahrt auf die A 23 der A 4 Ost Autobahn wurde in den Monaten April bis Oktober 1993 eine von Prof. Oberhuber künstlerisch gestaltete Lärmschutzwand errichtet. Entlang der A 22 Donauufer Autobahn wurde in den Monaten

April bis Juli im Abschnitt zwischen Floridsdorfer Brücke und Nordbrücke die bestehende Lärmschutzwand und im Bereich der B 226 – Floridsdorfer Straße ein neuer Lärmschutz errichtet. Ende Juni 1993 wurde die Verlängerung der A 23 Südosttangente Wien zwischen dem Knoten Kaisermühlen und der Anschlußstelle Hirschstetten fertiggestellt und dem Verkehr übergeben. Im Herbst 1993 wurde im Bereich der Anschlußstelle Sterngasse der A 23 Südosttangente Wien mit dem Bau einer neuen Abfahrtsrampe* begonnen.

Im Bereich Bundesstraßen „B“ kamen 1993 sowohl größere Bauprojekte (Umbau, Vollausbau) als auch Erhaltungsarbeiten geringeren Umfanges zur Ausführung. Diese größeren Straßenbauarbeiten betrafen die B 3 – Donaustraße im 21. Bezirk, wo eine komplette Neutrassierung in Form eines Ausbaues mit getrennten Richtungsfahrbahnen im Abschnitt von B 7/Brünner Straße bis Leopoldauer Straße mit einer Brücke über das Gleisdreieck Floridsdorf am 12. Juni 1991 begonnen und am 11. Juni 1993 fertiggestellt wurde, wobei eine Teileröffnung bereits am 30. November 1992 erfolgte.

Im Bereich der B 3 – Donaustraße bzw. im Abschnitt 22, Eßlinger Hauptstraße von Schafflerhofstraße bis Landesgrenze Wien/Niederösterreich wurde mit den Ausbauarbeiten einer Straße mit zwei Fahrstreifen (6,50 m Fahrbahnbreite), beidseitigen Längsparkstreifen, Grünverbau in Alleecharakter durch zusätzliche Baumpflanzungen, sowie mit dem Neubau der Straßenentwässerung nach Abschluß der Kanalbauarbeiten durch die MA 30 am 11. Oktober 1993 begonnen; das vertragliche Bauende ist mit 11. August 1994 fixiert.

Im Zuge der U-Bahn-Bauarbeiten im 6, 7, und 15. Bezirk (U 3/Bauabschnitt 13) wurde ein Umbau der B 221 – Wiener Gürtel Straße im Bereich des Europaplatzes sowie der umliegenden Straßen wie Mariahilfer Straße, Felberstraße, Kaiserstraße und Stollgasse erforderlich. Der Baubeginn erfolgte am 15. Februar 1993, die Straßenbauarbeiten konnten im Bereich Europaplatz im wesentlichen gleichzeitig mit der U-Bahn-Eröffnung am 3. September 1993 abgeschlossen werden. Restarbeiten sowie Umbauarbeiten in der äußeren Mariahilfer Straße, Stollgasse sowie Parkplatz Felberstraße sollen bis Ende Mai 1994 abgeschlossen werden.

Im Verlauf der B 222 – Wiener Vororte-Straße erfolgte im Kreuzungsbereich 17, Hernalser Hauptstraße/Julius-Meinel-Gasse/Dittersdorfgasse, ein kompletter Umbau mit Verlegung der Straßenbahn und Autobuslinien zur Verbesserung der Umsteigmöglichkeiten zwischen den öffentlichen Verkehrsmitteln, insbesondere der ÖBB-Vorortelinie. Die Mitte August 1993 begonnenen Straßenbauarbeiten konnten Anfang November 1993 abgeschlossen werden.

Mit Bundesstraßengesetznovelle 1993 wird mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1994 die B 222 – Wiener Vororte-Straße im Bundesstraßenverzeichnis gestrichen.

Im Verlauf der B 223 – Flötzersteigstraße bzw. im Teilabschnitt 15, 16, Gablenzgasse von Spetterbrücke bis Neubaugürtel (B 221) konnte der am 22. Juni 1992 begonnene Straßenumbau am 17. Oktober 1993 abgeschlossen werden. Es handelt sich dabei um zwei Fahrstreifen sowie eine eigene Busspur und Längsparkstreifen. Ebenso konnte der im Verlauf dieser Bundesstraße gelegene Teilabschnitt 16, Pfenninggeldgasse von Zagorskigasse bis Gablenzgasse am 3. Mai 1993 begonnene Straßenumbau am 19. August 1993 abgeschlossen werden.

Im Zuge der U-Bahn-Arbeiten im 20. Bezirk (U 6/Bauabschnitt 12) wurde der Umbau der Brigittener Lände (B 227 – Donaukanalstraße) im Bereich der Gürtelbrücke im Sommer 1992 begonnen und konnte im Oktober 1993 abgeschlossen werden.

Im 11. Bezirk wurde im Teilabschnitt der B 228 – Simmeringer Straße bzw. 11, Haidestraße von 1. Haidequerstraße bis Unter der Kirche, im August 1993 mit den Umbauarbeiten (komplette neue Straßenkonstruktion sowie Neubau der Gleisquerungen) begonnen; diese Arbeiten sollen bis Mai 1994 fertiggestellt werden.

Die am 3. Juni 1991 begonnenen Straßenbauarbeiten an der neuen Trasse der B 302 – Nordrandstraße von der Anschlußstelle A 23 bis zur Wagramer Straße (B 8) konnten planmäßig abgeschlossen und am 29. Juni 1993 dem Verkehr übergeben werden. Der Bau von zwei durch Mittelstreifen getrennten Richtungsfahrbahnen mit je zwei durchgehenden Fahrstreifen erfolgte im Auftrag der ÖSAG (Österreichische Autobahnen- und Schnellstraßen-Aktiengesellschaft, vormals WBG – Wiener Bundesstraßen Aktiengesellschaft).

Zu den größeren, wesentlichen Instandhaltungsarbeiten der Bundesstraßen B zählen unter anderem die Belagsbauarbeiten auf der B 3 – 22, Erzherzog-Karl-Straße von Genochplatz bis Konstanziagasse (16. Februar bis 29. Juni 1993) und B 8 – 22, Wagramer Straße von Meißauergasse bis Winzingerodestraße (17. bis 24. August 1993), sowie die Stauraumsanierungen in den Bereichen B 10 – 11, Zinnergasse/Artillerieplatz, B 225 – 10, Grenzackerstraße/Verteilerkreis Favoriten, B 225 – 11, Simmeringer Hauptstraße vor Etrichstraße, B 227 – 20, Brigittener Lände vor Wallensteinstraße, B 227 – 9, Roßauer Lände bei Mosergasse, Seegasse und Glasergasse, sowie die Betonfeldsanierungen größeren Umfanges in den Bereichen B 225 – 11, Simmeringer Hauptstraße von Weichseltalweg bis Etrichstraße, und B 227 – 19, Nußdorfer Lände und Heiligenstädter Lände von Abfahrt Nordbrücke bis Rampengasse. Des weiteren fanden laufend Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten (z. B. kleinere örtliche Betonfelderneuerungen, Arbeiten an Verkehrsleit- und Lärmschutzeinrichtungen und dgl.) an diversen Bundesstraßen in diversen Bezirken statt. Im Rahmen des Budgets für Gemeindestraßen wurde sowohl der Bau von Gehsteigen, Parkplätzen als auch der Ausbau von Nebenfahrbahnen bei Bundesstraßen B durchgeführt.

Brückenbau und Grundbau

Die Abteilung gliedert sich in die Fachbereiche „Brückenbau und Straßentunnel“, „Grundbau“ und „Allgemeines, Brückenprüfung und Sonderbauten“. Um die Planungs- und Bauvorbereitungsphasen bei Großbauvorhaben zu minimieren, wurden 1993 die Tätigkeiten der dem Abteilungsleiter direkt unterstellten internen Projektbearbeiter forciert.

Der Fachbereich Brückenbau und Straßentunnel gliedert sich in die Gruppen Planung und Bauvorbereitung, den Neubau und die Erhaltung. Das Arbeitsgebiet dieser Gruppen schließt aber auch Stützmauern und Stiegenanlagen ein.

Im Rahmen der Gruppe Planung und Bauvorbereitung wurde das Ausschreibungsprojekt für den Umbau des Hackinger Steges – Errichtung eines Witterungsschutzes und behindertenfreundliche Ausbildung – abgeschlossen, sowie Probleme der Grundbenutzung für dieses Vorhaben einer Lösung zugeführt. Für die Neuerrichtung des Friedlsteges über die Liesing wurden die für die Ausschreibung erforderlichen Projektierungen durchgeführt und abgeschlossen.

Für den Zugang von der Muthgasse zum Bahnhof Heiligenstadt in Form eines Tunnels wurde ein Vorentwurf ausgearbeitet und das Ausschreibungsprojekt begonnen. Die Planung des Mc-Donald's-Steges über die B 17 wurde abgeschlossen. Für den Schöpfwerksteg, bei dem der Einbau eines nicht mehr benötigten Stahltragwerkes aus dem Bereich der Anschlußstelle Reichsbrücke/A 22 über die A 23 neben der U6/9 vorsieht, wurde die Ausschreibungsplanung durchgeführt. Bezüglich der Grünhauferbrücke, durch die eine niveaufreie Anbindung der Hafenzufahrtsstraße über die Donauuferbahn zum Rechten Donaudamm ermöglicht wird, wurde das Ausschreibungsprojekt erarbeitet und abgeschlossen. Für die Fußgängerunterführung Löwengasse waren zufolge Einwendungen von Anrainern gegen das Projekt Alternativen zu überlegen bzw. das Projekt entsprechend zu vertreten. Die statisch konstruktive Bearbeitung der Abwurfsicherung der Überführungen mit Fußgängerverkehr über die A 22 und A 23 wurde abgebrochen und im geleisteten Umfang abgerechnet. Für die Erneuerung der Ausstattungselemente der Reichsbrücke wurde eine konstruktive Studie durchgeführt. Der Ausschreibungsentwurf für eine zusätzliche Brücke über den Marchfeldkanal im Zuge der B 7 (Brünner Straße), die neben einem vorhandenen Tragwerk errichtet wird, wurde erstellt und weitgehend abgeschlossen. Weiters waren laufend Honoraranbote von Zivilingenieuren für Projektierungen im Fachbereich „Brückenbau und Straßentunnel“ zu bearbeiten. Zu Projektierungen anderer Dienststellen waren Stellungnahmen abzugeben bzw. fachliche Beurteilungen vorzunehmen. Ferner war über dem Projektstand einer Reihe von Planungen zu berichten und deren Fortgang zu beurteilen. Ebenso waren laufend Anfragen im Zusammenhang mit einer eventuellen Errichtung von Brücken, Unterführungen, Stützmauern und Stiegen usw. zu beantworten bzw. dafür Kosten-schätzungen vorzunehmen.

Die städtischen Brückenneubauten umfaßten im Jahr 1993 sechs Bauvorhaben: Die Kaisermühlenbrücke über die Neue Donau im 22. Bezirk, auf der Höhe Mendelssohn-gasse, die eine neue Verbindung für Fußgänger und Radfahrer aber auch für Einbauten (E-Werk, Post, Wasser, Kanal) auf die Donauinsel herstellt und außerdem auch mit Einsatz- und Erhaltungsfahrzeuge bis 25 t im Alleingang benutzt werden kann, wurde wie geplant vorzeitig Mitte Juni 1993 dem Verkehr übergeben. Die Gesamtfertigstellung dieser 207,85 m (60,30 m + 80,60 m + 66,96 m) langen und 4,00 m breiten architektonisch besonders anspruchsvollen Schrägseilbrücke erfolgte vertragsgemäß am 18. Juli 1993.

Die Arbeiten betreffend die Sanierung und Verbreiterung des bestehenden Kasgrabengewölbes im 14. Bezirk im Zuge der Mauerbachstraße wurden im April 1993 beendet. Im Rahmen dieser Arbeiten wurde das Bauwerk um rund 2,50 m beidseitig verbreitert und das schadhafte Gewölbe sowohl durch Herstellung einer Spritzbetonschale instand gesetzt, als auch durch eine Verkleidung mit Natursteinen architektonisch neu gestaltet. Zwischen dem Bestand und den äußeren Abschlußwänden wurden dabei auch Einbautentröge für ein Gasrohr sowie für Kabel von Elektrizitätswerk, Post und Beleuchtung ausgebildet.

Am bestehenden Hackinger Steg nahe der U4-Station Hütteldorf konnte zufolge Grundstückstransaktionen erst mit einiger Verspätung, im September 1993, mit den Bauarbeiten, die im Sommer 1994 abgeschlossen werden sollen, begonnen werden. Entsprechend dem Siegerprojekt eines Architektenwettbewerbes wird der Hackinger Steg mit einem Wetterschutz aus einer filigranen Edelstahl-Glas-Konstruktion ausgerüstet sowie durch die Errichtung einer neuen Aufgangsstiege und eines Liftes vor dem Bahnhofgebäude Hütteldorf bzw. auf der Seite des 13. Bezirkes durch eine entsprechende ausgestaltete Anbindung an den Schimon-Park und die Lilienberggasse behindertenfreundlich gestaltet.

Der Johann-Friedl-Steg über die Liesing mußte zufolge des schlechten Zustandes abgebrochen und durch eine neue Holzkonstruktion in Form einer Bogenbrücke (Spannweite 20 m, Breite 3 m) ersetzt werden. Die Arbeiten, die im Oktober 1993 begonnen wurden, konnten auf Grund einer Vorfertigung der Holzkonstruktion im Werk derart rasch durchgeführt werden, daß bereits Ende Dezember 1993 der Steg zur Benützung freigegeben wurde. Im Rahmen dieser Arbeiten wurde das bestehende Wasserrohr ebenfalls erneuert und in das Tragwerk integriert.

Im Zuge des Ausbaues des verbesserten Hochwasserschutzes und des Kraftwerkes Freudenua wurde im Dezember 1993 mit den Arbeiten für die Errichtung der Grünhauferbrücke über die Donauuferbahn und die Hafenzufahrtsstraße (B 10 – Budapestter Straße) begonnen. Damit entsteht eine kreuzungsfreie Verbindung vom Prater und

der B 10 zum Rechten Donaudamm und den dort situierten Einrichtungen wie zwei Fischrestaurants, einer Slipanlage für Motorboote und der Fähre über die Donau zur Donauinsel. Diese Brücke wird in Form einer Schrägseilbrücke über zwei Felder (17,5 m und 40,4 m Spannweite) errichtet. Bei einer Gesamtbreite von 10 m gibt es Gehwege von 2,25 m und 1,25 m sowie eine Fahrbahn von 6,5 m Breite. Die Belastbarkeit ist für normalen Straßenverkehr (Brückenklasse I) ausgelegt. Die Kosten werden zum größten Teil von der österreichischen Donaukraftwerke AG getragen.

Oberhalb und unterhalb der Reichsbrücke sind umfangreiche Überplattungen der A 22 – Donauuferautobahn vorgesehen: Die Überplattung im Bereich Donau-City stromauf der Reichsbrücke wurde von der WED – Wiener Errichtungsgesellschaft Donauraum im Oktober 1993 begonnen und wird nach ihrer Fertigstellung zum Teil der Abteilung in Erhaltung übergeben werden. Aus diesem Grund wird auch durch einen intern bestellten Projektbearbeiter die Oberaufsicht einschließlich der Einbautenkoordinierung für einen Versorgungskollektor in diesem Bereich durchgeführt. Dieses rund 500 m lange Bauwerk besteht aus auf Pfählen gegründeten Pfeilern und Scheiben, einem Hohlkastentragwerk für die Einbautenführungen sowie einer oberen Verkehrsebene für Fußgänger und Radfahrer. Die Gesamtfertigstellung der Überplattungsarbeiten ist für Herbst 1996 vorgesehen.

Für die Überplattung im Bereich Marshallhof wurden auf Grund umfangreich abgestimmter Verkehrsmaßnahmen in der Zeit von Mai bis Juli 1993 die Pfahlfundierungsarbeiten im Mittelstreifenbereich der A 22 im Rahmen der Fundierungsarbeiten für den Bereich Donau-City vorgezogen. Die weiteren Überplattungsarbeiten sollen dann im Frühjahr begonnen werden.

Im Zuge der Arbeiten des internen Projektbearbeiters für die „Effektbeleuchtungen der Brücken Wiens“ wurden 1993 drei Brücken mit einer Effektbeleuchtung versehen. Die Schrägseilbrücke im Zuge der A 4 – Ostautobahn über den Donaukanal wird entlang der Schrägkabel beleuchtet. Die ungewöhnliche Pfeilerkonstruktion der Roßauerbrücke über den Donaukanal wird von den Böschungsbereichen von unten angestrahlt. Die filigrane Stahlfachwerkkonstruktion des denkmalgeschützten Döblinger Steges wird mit 30 Scheinwerfern, die Steinmetzarbeiten der Torbauten an beiden Brückenköpfen werden mit zwei Scheinwerfern angestrahlt. Zusätzlich wurde der Entwurf „Donau Reflections“ Reichsbrücke ausgeführt. Von der Brücke aus werden die Wasserbereiche der Donau und der Neuen Donau beleuchtet.

Als Bundesbauvorhaben im Brückenneubau wurden folgende Objekte ausgeführt: Die im Juni 1991 begonnenen Bauarbeiten betreffend die Brücke über das Gleisdreieck Floridsdorf konnten nach der vorzeitigen, halbseitigen Verkehrsfreigabe im November 1992 termingerecht am 7. Juni 1993 abgeschlossen werden. Durch die Errichtung dieser Brücke wurde in Floridsdorf zur Umfahrung des Bezirkszentrums ein neues Teilstück der Bundesstraße B 3 – Donaustraße von der Brünner Straße zur Leopoldauer Straße geschaffen. Dabei mußten zwei Schnellbahnstrecken sowie vielbefahrene Betriebsgleise der Schnellbahn und der Hauptwerkstätten Floridsdorf überquert werden. Die Brücke wurde im sogenannten Taktstriebeverfahren gebaut, um auch während des Baues einen weitgehend störungsfreien Bahnbetrieb zu gewährleisten. Sie weist zwei Fahrspuren in jeder Richtung, einen Mittelstreifen und beiderseitige Geh- und Radwege auf. Wegen der Fahrleitungsdrähte wurde ein 1,5 m hohes, dichtes Stahl-Glasgeländer gewählt, das gleichzeitig auch als Lärmschutz dient. Die Geh- und Radwege sind von beiden Fahrbahnen durch Leitwände getrennt. Das durch zwei Hohlkästen gebildete Spannbetontragwerk hat 10 Felder mit Spannweiten bis zu 47 m und eine Gesamtlänge von 345 m.

In den Fachbereich Brückenbau und Straßentunnel fallen auch die Bauvorhaben der Wiener Bundesstraßen AG (ab 1993 ÖSAG – Österreichische Autobahnen und Schnellstraßen AG). Hier wird von der Stadt Wien für die ÖSAG auf Grund eines Übereinkommens gegen Kostenersatz die Bauaufsicht durchgeführt. Die am 1. August 1989 begonnenen Bauarbeiten betreffend die beiden Baulose (Tieflage 1 und Tieflage 2) im Zuge der Verlängerung der A 23 (Südosttangente Richtung Hirschstetten) wurden im Juli 1993 beendet. Die Tieflage 1 besteht aus einer Damm- und Niveaulage mit einer Länge von rund 440 m, Rampenstrecken in Tieflage mit einer Länge von 570 m sowie einem Tunnel mit einer Länge von 465 m. Weiters beinhaltet die Tieflage 1 die Abfahrtsrampe 100, die einen Tunnel mit einer Länge von 384 m sowie eine Rampenstrecke in Tieflage von rund 100 m enthält. Weiters waren der Umbau des Tragwerkes über der Unterführung Erzherzog-Karl-Straße, die Verbreiterung der Fußgängerpassage, die Verlegung der Einbauten, die Errichtung eines Einbautenkollektors, die Errichtung eines Betriebsgebäudes in der Smolagasse und die ÖBB-Arbeiten zur Baufeldfreimachung Bestandteile des Bauloses Tieflage 1. Im Zuge des Umbaus der Passage und der Unterführung Erzherzog-Karl-Straße wurde eine neue Schnellbahnstation miterrichtet, wobei zwei Bahnsteige auf dem bestehenden Tragwerk gebaut wurden. Im Zuge dieser Umbauarbeiten mußten die Umsteigerelationen zwischen der Schnellbahn, der Straßenbahnlinie 26 und mehrerer Buslinien hergestellt werden, wobei der öffentliche Verkehr und der Individualverkehr während der Bauzeit aufrecht erhalten werden mußte. Die Tieflage 2 besteht aus einem 280 m bzw. 305 m langen Tunnel sowie aus einer 195 m langen Eindeckung der Richtungsfahrbahn Kaisermühlen. Die Rampenstrecken in Tieflage sind 320 m bzw. 100 m lang. Weitere Bestandteile der Tieflage 2 waren die Beschüttungs- und Straßenbauarbeiten, die Auffahrtsrampe 200 (der Einbindung der Erzherzog-Karl-Straße in die A 23-Südosttangente, die aus einer 180 m langen Einhausung besteht) und die Ostbahnwegbrücke über die A 23.

Weiters war es durch die Verlängerung der A 23 erforderlich, im Bereich der Tieflage 1 einige Objekte aus Stahl für den Fußgängerverkehr zu errichten. Es handelt sich dabei um den Vernholzsteg, den Stiegenturm

Stadlauer Ohr, die Fußgängerbrücke Stadlauer Ohr und die Vordächer Ost und West. Der Vernholzsteg mit dazugehöriger Stiegen- und Lifanlage ersetzt eine Fußgängerbrücke über die Bundesbahn, die eine wichtige Verbindung zwischen Vernholzweg und Smolagasse herstellt. Das ursprüngliche Objekt mußte im Verlauf der Errichtung der A 23 abgetragen werden. Es wurde beim Neubau besonders auf eine behindertengerechte Ausführung geachtet. Zum ersten Mal wurde ein Fußgängersteg in Wien mit einer Lifanlage ausgestattet. Die Haupttragkonstruktion bilden zwei Fachwerkträger (Spannweite 28,80 m, Breite der Brücke 3,30 m). Die Aufzugsschächte und die Tragkonstruktion der Treppentürme sind eine Rahmenkonstruktion aus Hohlprofilen, die Verglasung der Aufzugsschächte erfolgte mit Verbundsicherheitsisolierglas. Der Stiegenturm Stadlauer Ohr wurde errichtet, um eine direkte Verbindung des Fußgängerweges zwischen Polgarstraße und Fußgängerpassage zu ermöglichen. Mit dem Stiegenturm wird die Höhendifferenz von rund 5,0 m auf die Rampe 200 der A 23 überwunden. Es ist dies eine Ergänzung zu der neben der Rampe 200 verlaufenden Fußgängerrampe. Der Stiegenturm ist eine achteckige Stahlprofilkonstruktion mit orthotropen Podestplatten und einem Glasdach. Die Fußgängerbrücke Stadlauer Ohr ermöglicht eine Verbindung im Zuge des neuangelegten Fuß- und Radwegenetzes im „Stadlauer Ohr“ (des Bereiches innerhalb der ohrförmigen Auffahrtsrampe 200) und überquert den Fuß- und Radweg in Verlängerung der Passage unter der A 23 und der Station Erzherzog-Karl-Straße. Die Brücke hat eine Breite von 3,50 m und eine lichte Spannweite von 11,60 m. Die Tragkonstruktion besteht aus zwei Hauptträgern mit einer orthotropen Platte und seitlich angesetzten Formrohren. Die Vordächer Ost und West dienen als Überdachungskonstruktion der Bushaltestellenbereiche und der Abgänge zu den Haltestellen in der Unterführung Erzherzog-Karl-Straße. Es wurden alte, nicht mehr entsprechende Vordächer ersetzt. Die Rahmenkonstruktion ist teilweise mit Sicherheitsglas verkleidet und mit Trapezblechen eingedeckt. In Verlängerung der neuen Bauabschnitte der A 23 wird die B 302 – die Wiener Nordrandstraßen zur Wagramer Straße geführt. Hier sind zwei Objekte situiert, für die ebenfalls die Abteilung die Bauaufsicht durchgeführt hat.

Im Auftrag der Liegenschaftsverwertungsgesellschaft WESU wurde die Anschlußstelle Gewerbepark mit dem Brückenobjekt HS 4 über die Wiener Nordrandstraße errichtet. Die Brücke dient der niveaufreien Anbindung des Gewerbeparkes Stadlau an die B 302 und weist mit ihrer schuppenartigen Betonstruktur eine ähnliche Gestaltung wie die Zwerchackerwegbrücke auf. Kurz vor Einmündung der B 302 in die Wagramer Straße mußte eine neu errichtete ÖBB-Brücke unterfahren werden. Um eine freie Durchfahrts Höhe von 4,5 m zu gewährleisten, mußte wegen des hohen Grundwasserstandes die Grundwasserwanne beim Objekt HS 6 errichtet werden. Die Grundplatte ist eine 1,7 m starke Stahlbetonkonstruktion, die anfallenden Tagwässer werden von einem Hebewerk in den Vorfluter gepumpt. Die Bauarbeiten wurden im November 1991 begonnen und am 24. März 1993 fertiggestellt.

Da Überkopfwegweiser ab einer gewissen Größe der Konstruktion leichter Stege entsprechen, wurde deren Errichtung im Zuge der Verlängerung der Südosttangente ebenfalls von der Abteilung überwacht. Es wurden 32 Stahlkonstruktionen mit Spannweiten bis zu 20 m hergestellt, an denen Hinweistafeln und Ampelanlagen befestigt sind. Mit der Errichtung wurde im März 1993 begonnen, die Fertigstellung erfolgte zur Verkehrsfreigabe. Die Verkehrsfreigabe für die gesamte Strecke der Verlängerung der Südosttangente (A 23) und der anschließenden Wiener Nordrandstraße (B 302) erfolgte termingerecht am 29. Juni 1993. Zusätzlich wurde von der Gruppe Neubau als Serviceleistung für den Wiener Wirtschaftsförderungsfonds im Auftrag der ISTEAG (Infrastruktur-Errichtungsgesellschaft) im Zeitraum von August bis Ende Dezember 1993 die Bauarbeiten für die Rampenanlage zur Station Brünner Straße durchgeführt.

Im Bereich Brückenerhaltung – städtische Bauvorhaben wurden die im Mai 1992 begonnenen Arbeiten für die Instandsetzung der Augartenbrücke im Februar 1993 beendet. Im Rahmen dieser Arbeiten wurden die aus dem Jahre 1930 stammenden Dilatationen gegen wasserdichte Dilatationen ausgewechselt, der Korrosionsschutz des gesamten Tragwerkes überarbeitet und zur Hintanhaltung der Taubenplage das Tragwerk mit Taubenschutzgittern versehen.

Die Steganlage Schwechat Wildbach über die Österreichischen Bundesbahnen im 11. Bezirk mußte wegen des schlechten Erhaltungszustandes abgetragen und durch eine neue Stahlkonstruktion ersetzt werden. Eine spätere Erweiterung für geplante Gleislegungen wurde dabei konstruktiv berücksichtigt. Die Spannweite beträgt rund 26 m, die Nutzbreite 2,5 m. Beiderseits des Steges schließen Stiegenanlagen in Stahlkonstruktion an. Die Bauzeit betrug einschließlich Werksfertigung sechs Monate, die Fertigstellung erfolgte Ende April 1993.

Bei der Steinspornbrücke wurde im Herbst 1993 mit der Überarbeitung des Korrosionsschutzes des Tragwerkes sowie mit der Montage von Taubenschutzgittern begonnen.

Die Capistranstiege im 6. Bezirk wurde entsprechend dem Projekt der MA 19 gemäß einem Bezirkswunsch durch Abbruch der Stahlbetonbrüstungen und durch Montage eines Geländers an deren Stelle sicherheitsfreundlicher gestaltet.

Auf Grund des schlechten Erhaltungszustandes der Vereinsstiege im 9. Bezirk war eine Generalinstandsetzung des Objektes erforderlich. Bei der Stiegenkammer wurde die Kammerdecke und die Stiegelauflageplatte komplett erneuert. Weiters wurden alle Natursteinelemente wie die Stützmauern, Stufen usw. gereinigt und instand gesetzt. Das Ziergeländer wurde in den Originalzustand versetzt und mit einem neuen Korrosionsschutz versehen. Ebenso wurden die Beleuchtungskandelaber instandgesetzt und neu beschichtet. Die Stromanspeisungen der Leuchten wurden ins Bauwerk verlegt. Bei der Bauwerksinstandsetzung wurde in Ergänzung zu den technisch erforderlichen Maßnahmen vor

allem auch auf das optische Erscheinungsbild Wert gelegt; die instandgesetzte Anlage präsentiert sich nunmehr in einem neuwertigen Erscheinungsbild. Die Baudurchführung konnte in der Zeit von Juni bis Ende Dezember 1993 abgewickelt werden, wobei bereits am 17. November 1993 eine vorzeitige Verkehrsfreigabe erfolgen konnte. Ende des Jahres 1993 konnte noch die 180 m lange, äußerst schadhafte Stützmauer in 11, Lautenschlägergasse, durch das Vorsetzen einer 15 cm starken Betonschale instandgesetzt werden.

Im Rahmen der Brückenerhaltung bei Bundesbauten wurden bei der Stadionbrücke im Zuge der B 227 – Donaukanalstraße aufwendige Untersuchungen für die beabsichtigte Mängelbehebung im Bereich der Gehwege und Schrammborde durchgeführt sowie erforderliche Vergleichsproben angefertigt. Die Mängelbehebung wurde auf Mitte 1994 verschoben.

Bei der Reichsbrücke im Zuge der B 8 – Angerer Straße wurden von Jänner bis April 1993 die Arbeiten betreffend die Überarbeitung der Fertigteilabhängungen und der Entwässerungssammelleitungen an den Tragwerksuntersichten über den Gehwegen fortgesetzt und abgeschlossen. Im September 1993 wurden neue Rohrdilatationen für das Entwässerungssystem hergestellt und eingebaut. Auf Grund des Bauzustandes der Reichsbrücke werden sinngemäße Arbeiten voraussichtlich auch in den Folgejahren kontinuierlich weitergeführt werden müssen.

Nachdem eine Neuerrichtung der Bitterlichstraßenbrücke im Zuge der B 225 – Wienerbergstraße in den nächsten Jahren nach wie vor nicht in Sicht ist, mußte auch Ende 1993 wieder die Fahrbahnverschleißkonstruktion aus Holzbohlen (Brückenstreu) einschließlich des kompletten Unterbaues aus Holz und der zugehörigen Verankerungen neu hergestellt werden. Diese Erneuerung wird mit geringfügigen weiteren Instandsetzungen voraussichtlich bis Ende 1995 halten, dann ist ein Brückenneubau erforderlich.

Die mit 16 t Gewichtsbeschränkung versehene historische Baumgartenbrücke im Zuge der ehemaligen B 222 – Wiener Vororte-Straße wurde komplett instandgesetzt und auf Brückenklasse I verstärkt. Die Fahrbahntafel und die Gehwegkonstruktionen wurden neu hergestellt und in das aus dem Jahr 1898 stammende Parallelfachwerk eingesetzt. Zusätzlich wurden zwei im Zweiten Weltkrieg zerstörte Natursteinpfeiler neu angefertigt und die übrigen vorhandenen Natursteinpfeiler steinmetzmäßig überarbeitet. Im Bereich der Eindeckung der U4 wurde von den Wiener Stadtwerken – Verkehrsbetrieben der komplette Belagsaufbau einschließlich Abdichtung neu hergestellt. Im gesamten Objektsbereich einschließlich der Querung der Begleitstraßen wurden von den diversen Einbautendienststellen alle erforderlichen Neulegungen und Adaptierungen durchgeführt. In Koordination mit den Ausbaurbeiten der MA 28 für die Neuherstellung der Gablenzgasse wurde die Fahrbahnverschleißschicht der Spetterbrücke erneuert. Im Zuge dieser Arbeiten wurden auch im Bereich der Busspur der Unterbau erneuert und Arbeiten für Einbautendienststellen (Kabelschächte, Kabelquerung über die Österreichischen Bundesbahnen usw.) durchgeführt. Im Bereich der Hochstraße Nußdorf im Zuge der B 14 – Klosterneuburger Straße wurde in den Hohlkästen das gesamte Oberflächen- und Unterflächenentwässerungssystem in Fortsetzung der Arbeiten aus 1992 in weiteren Teilbereichen überarbeitet und zum Teil neu fixiert. Die im Frühjahr 1992 begonnenen Arbeiten für die Überarbeitung des Korrosionsschutzes der beiden Tragwerke der Floridsdorfer Brücke im Zuge der B 226 – Floridsdorfer Straße über die Donau und die Neue Donau wurden fortgesetzt und im August 1993 abgeschlossen. Im Zuge dessen wurden auch die Arbeiten an den begehbaren Gitterrosten der Tragwerksuntersichten fertiggestellt. In der Zeit von Juli bis Oktober 1993 mußten außerdem die gesamten korrodierten Aluminium-Geländersteher beider Tragwerke mit Einschubrohren gesichert bzw. verstärkt werden. Auf Grund des zu geringen Abbiegeradius wurde ein Teil der Stützmauer Floridsdorfer Brücke im Abbiegebereich von der Auffahrt der A 22 – Donauuferautobahn kommend auf die Floridsdorfer Brücke Richtung Zentrum abgetragen und durch eine neue breitere Konstruktion ersetzt. Diese Arbeiten wurden im Juni 1993 begonnen und im September 1993 abgeschlossen. Infolge dieser Umbauarbeiten wurde außerdem eine Adaptierung der Verkehrsinseln im Plateaubereich durchgeführt, wobei diese Maßnahmen im Frühjahr 1994 einschließlich der erforderlichen Umsetzarbeiten für den Sistelar und die Ampelanlagen abgeschlossen werden sollen.

Nachdem vor allem im Bereich des Stromtragwerkes der Praterbrücke im Zuge der A 23 – Südosttangente der Fahrbahnbelag bereits äußerst schadhaft war und eine Instandsetzung der Praterbrücke voraussichtlich erst im Zuge der Hebung 1996/97 erfolgen kann, mußte im Frühjahr 1993 die Erneuerung der Fahrbahnverschleißschicht des 2. Fahrstreifens in Richtung Norden sowie der 1. und 2. Fahrstreifen in Richtung Süden des Stromtragwerkes durchgeführt werden.

Beim Autobahntunnel Laaer Berg waren einige Tragwerksfugen undicht. Um größere Schäden am Tragwerk durch Frost-Tausalzeinwirkung sowie verkehrsfährende Eiszapfenbildung zu verhindern, mußten die Bewegungsfugen neu abgedichtet werden. Mit der gärtnerischen Oberflächengestaltung werden 1994 die Abdichtungsarbeiten abgeschlossen.

Bei den drei Pumpenwerksbrücken im Zuge der A 23 (Bereich Verteilerkreis Kaisermühlen) waren die Dehnfugenkonstruktionen undicht. Um erhebliche Schäden an den Brückenlagern sowie an den Brückenendquerträgern durch die aggressiven Oberflächenwässer zu verhindern und um bei der Hebung der Praterbrücke keine zusätzlichen Verkehrsbehinderungen zu verursachen, wurden im Herbst 1993 elastische Belagsdehnfugen eingebaut.

Bei der Trennfuge der Objekte B 0342/B 0344 auf der Hochstraße St. Marx im Zuge der A 23 mußten im Herbst 1993 auf Grund der hohen Verkehrsbelastung die bei der Dilatation bereits abgenutzten Steu-

rungslager erneuert sowie die Schweißnähte überholt werden, um plötzlich auftretende Gebrechen und die damit in Zusammenhang stehenden Verkehrsbehinderungen zu vermeiden.

Im Bereich einzelner Stiegenlagen wurden Radschieberillen hergestellt und montiert (Heiligenstädter Brücken usw.). Bei einer Vielzahl größerer Brückenobjekte wurde die Zugänglichkeit der Einbauten und der Brückenausrüstung (Lager usw.) hinsichtlich der Sicherheit durch eigene Sicherheitssprossenkonstruktionen wesentlich verbessert (z. B.: Freudenaauer Hafensbrücke, Nikolai-Brückenobjekte, Stadionbrücke usw.). Bei verschiedenen Brückenobjekten erfolgte eine örtliche Überarbeitung des Belages bzw. die Erneuerung der Fugenvergüsse, wie z. B. bei der Philadelphiabrücke oder Retentionsbrücke usw. Die Arbeiten für die laufenden Brückenwartung wurden ebenso durchgeführt wie die Schadensbehebung nach Verkehrsunfällen. Im Zuge der laufenden Instandhaltung und Instandsetzung der Objekte wurden die entsprechenden Baumeisterarbeiten, Stahlbauarbeiten, Korrosionsschutzarbeiten sowie Belags- und Abdichtungsarbeiten im Rahmen von Kontrahentenverträgen durchgeführt. Im Wege der MA 33 wurden die Schifffahrtssignale und Untersichtsbeleuchtungen aller Donaubrücken teilerneuert bzw. instand gesetzt.

Im Rahmen der Brückenerhaltung wurden neue Rahmenverträge für Leistungen des konstruktiven Stahlbaues, des Korrosionsschutzes sowie Belags- und Abdichtungsarbeiten in Übereinstimmung mit den erstellten Leistungsbeschreibungen Brückenbau (Neubau und Erhaltung) ausgearbeitet und die entsprechenden Verträge abgeschlossen. Im Rahmen der Tätigkeit des internen Projektbearbeiters für die Instandsetzung der Nordbrücke im Zuge der B 227 – Donaukanal-Straße wurde festgestellt, daß für die mittelfristig (1997 geplant) erforderliche Generalinstandsetzung der Nordbrücke die Neuerrichtung einer Ersatzroute auf Baudauer unumgänglich notwendig ist. Für die Errichtung des als Umleitung parallel zur Nordbrücke vorgesehenen Nordsteges wurden im Jahr 1993 umfangreiche Planungen durchgeführt und die gesamten Anschlußbereiche der Nordbrücke und der Nahbereich des Verkehrsbandes digital vermessen, wobei diese Unterlagen auch in die Datensammlung der MA 41 einfließen.

Mit der Neuerrichtung des Nordsteges soll Mitte 1994 begonnen werden.

Der Fachbereich Grundbau bearbeitet mit seinen vier Gruppen das zweite große Aufgabengebiet der Abteilung.

Die Gruppe Geologie und Baugrundkataster betreute neben den von den anderen Gruppen des Fachbereiches Grundbau behandelten Bauvorhaben und den Aufschlußbohrungen im Wiener Raum auch die Altlastenerkundungen der MA 45 (Lackenjöchl und Langes Feld). Die MA 31 wurde insbesondere bei aktuellen Problemen der Hangsicherung im Verlaufe der II. Wiener Hochquellwasserleitung, der Wassergewinnung (Kräuterbrunnquellen) und der Wahl einer neuen Trasse für die II. Wiener Hochquellwasserleitung im Raume östlich von Scheibbs geologisch beraten. Weiters wurden gemeinsam mit der Geologischen Bundesanstalt in Wien und der Abteilung für Karstforschung und Höhlenkunde des Naturhistorischen Museums Karstforschungsprojekte entwickelt, die der Erkundung der hydrogeologischen Verhältnisse in den Quellengebieten der steirisch-niederösterreichischen Kalkalpen dienen. Diese Projekte werden von der MA 31 bzw. der MA 22 unter finanzieller Beteiligung des Bundes (Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung – Rohstoffforschung) abgewickelt werden. Außerdem werden diese Projekte neben der geologischen Neukartierung und der Bestandsaufnahme der Karstverhältnisse auch die genaue karstgeologische Bearbeitung der Hochquellwasservorkommen umfassen.

Die Planungsarbeiten bei den zukünftigen Bauabschnitten der U3-West (Bauabschnitt U3/16-18) und bei der U3-Ost wurden geologisch-geotechnisch unterstützt.

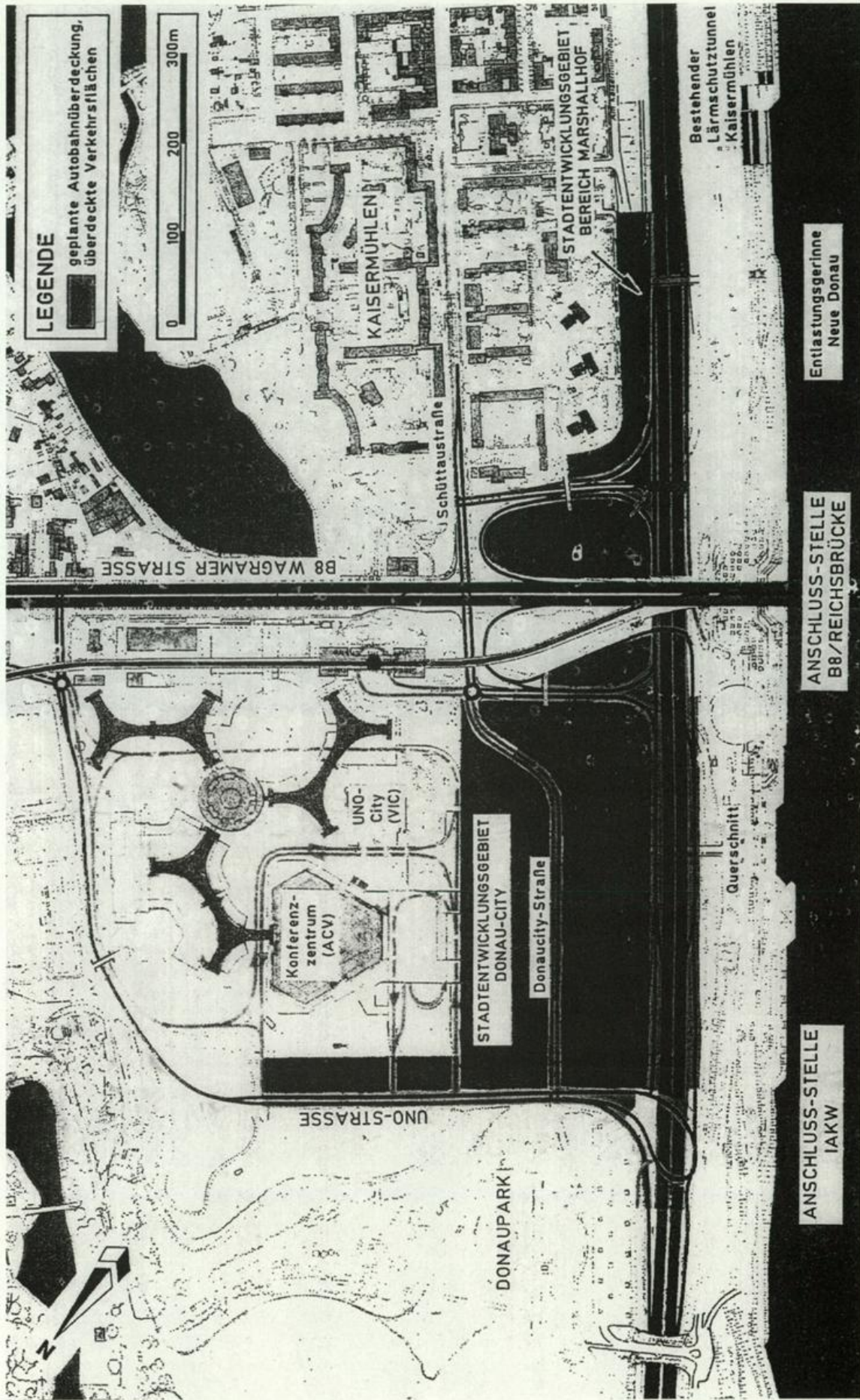
Die MA 45 wurde weiterhin hinsichtlich des Verdachtsflächenkatasters bzw. bei den Grundlagenerhebungen zur hydrologisch-limnologischen Untersuchung der Neuen Donau intensiv beraten und unterstützt. Die Sammlung der Daten über den Baugrund von Wien (Baugrundkataster) wurde systematisch weitergeführt. So konnten dem Bestand 429 neue Einlagen zugeführt werden. Im Jahre 1993 erfolgten 246 Einsichtnahmen vor allem durch Zivilingenieurbüros und andere Privatpersonen. Die Einnahmen aus 136 bezahlten Einsichtnahmen betrugen 21.760 S. Im Zuge der Arbeiten wurden Erhebungen für 51 neue Bauakte durchgeführt.

Die MA 30 wurde hinsichtlich der Planung eines Kanalsystems und die Wiener Stadtwerke – WIENGAS bezüglich einer neuen Gasleitung im rutschgefährdeten Teil des Satzberges, dem „Kordon“, unterstützt.

Die MA 49 konnte weiterhin bezüglich der Erosionsgefährdungen im Bereich des Karlgrabens am Südrand des Hochschwabs (Gemeindegebiet St. Ilgen) beraten werden. Gemeinsam mit der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik in Wien wurde (mit finanzieller Unterstützung durch das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung) das Projekt Strong-Motion-Meßgerät zur Erdbebenbeobachtung in Wien fortgesetzt. Die Boden-Wasser-Datei wurde unter Mitwirkung der MD-ADV bezüglich der Erstellung eines Datenbanksystems überarbeitet. Es wurden über 5.500 weitere Bohrprofile aus dem Wiener Stadtgebiet in die Datenbank eingebracht. Der Baugrundkataster wurde erstmals mit 265 automatisch gezeichneten (geplotteten) Karten im Maßstab 1:2000 ausgestattet.

Von der Gruppe Baugrunduntersuchungen wurden für eine Vielzahl von Bauvorhaben in direkter Rückkopplung mit der Planung die erforderlichen Baugrunduntersuchungen durchgeführt. Dabei sind insbesondere nachstehend angeführte Bauvorhaben hervorzuheben:

Für die Neuerrichtung des Nordsteges wurden Probebohrungen im Donaustrom durchgeführt. Ferner wurden die Baugrunduntersuchungen für den Neubau des Wientalsammler-Entlastungskanal RHSEK/WSEK im Bereich Urania bis Stubenbrücke abgeschlossen. Zur Erfassung von Altlasten und Altdeponien in Wien wurden Bohrungen abgeteuft und Grundwassermeßpegel hergestellt (Altlast-Zentraltanklager Lobau, Shell-Pelzgasse, Mobil-Breitenleer



LEGENDE
 geplante Autobahnüberdeckung,
 überdeckte Verkehrsflächen

0 100 200 300m

LEGENDE

geplante Autobahnüberdeckung,
 überdeckte Verkehrsflächen

0 100 200 300m

B8 WAGRAMER STRASSE

KAISERMÜHLEN

Schütttaustraße

STADENTWICKLUNGSGEBIET
 BEREICH MARSHALHOF

Bestehender
 Lärmschutztunnel
 Kaisermühlen

Entlastungserinne
 Neue Donau

ANSCHLUSS-STELLE
 B8/REICHSBRÜCKE

Konferenz-
 zentrum
 (ACV)

UNO-
 City
 (VIC)

STADENTWICKLUNGSGEBIET
 DONAU-CITY

Donaucity-Strasse

UNO-STRASSE

DONAUPARK

Querschnitt

ANSCHLUSS-STELLE
 IAKW

Plan der Donaucity



Das Gebiet der Donauicity in einer Luftbildaufnahme

Foto: MD-BD

Straße usw.). Desgleichen sind für zahlreiche Schulbauvorhaben in Wien (Neu-, Zu- und Umbau) die erforderlichen Probebohrungen durchgeführt worden. Im Rahmen des zwischen der Stadt Wien und dem Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds (WBSF) getroffenen Übereinkommens betreffend die Mitwirkung bei der Durchführung von grundbautechnischen Vorarbeiten wurden Baugrunduntersuchungen gegen Ersatz des Personal- und Sachaufwandes durchgeführt (Stadterweiterungsflächen Brünner Straße Nord und Süd, Leberberg I, Lindenbauer-gasse, Josef-Baumann-Gasse usw.). Insgesamt sind im Jahre 1993 von der Gruppe Baugrunduntersuchungen rund 800 Stück Schächte und Bohrungen mit 100 Grundwassermeßstellen hergestellt worden.

Die Gruppe Bauberatung – Tiefbau und U-Bahn-Bau führte, wie auch in den letzten Jahren, für viele städtische Bauprojekte – im Zuge von Projektierungen und Ausschreibung – die grundbautechnische Beratung und Begutachtung sowie im Zuge der Ausführung die fachliche Betreuung auf der Baustelle durch. Im Bereich des U-Bahn-Baues lag das Schwergewicht der Tätigkeit auf der grundbautechnischen Betreuung der laufenden Baulose U6/11 bis U6/16 (Erweiterung der U6 nach Norden – Floridsdorf) und der Baulose U6/9 Teil 1 bis 5 (Erweiterung der U6 nach Süden – Siebenhirten). Dabei lagen die Schwerpunkte vor allem bei den Herstellungen der ein- bis zweischaligen Tunnel in offener Bauweise, den Grundwasserhaltungen und Grundwasserausgleichsanlagen mit Brunnen, Pegelanlagen und Düchern sowie beim Erdbau im Zuge der umfangreichen Aushub- und Dammschütтарbeiten. Für die Erweiterung der U-Bahn-Linie U3 nach Westen mit den Baulosen U3/16 bis U3/18 erfolgte die Mitarbeit bei der Ausschreibung und bei den technischen Anbotsbearbeitungen. Für die U3-Ost (zwischen Bahnhof Erdberg und Ostbahn) wurden die generellen geotechnischen Berichte erstellt. Weiters erfolgte im gesamten U-Bahn-Bereich die Tätigkeit als Amtssachverständige des Sachgebietes Grundbau mit der Erstellung fachlicher Auflagen in den eisenbahnrechtlichen Genehmigungsverfahren und deren Überwachung. Die Betreuung der Wiener Bundesstraßen AG bei den Erd-, Straßen-, Brücken- und Straßentunnelbaustellen im Zuge der Errichtung der A 23 und B 302 im 22. Bezirk wurde mit der Betriebsaufnahme im wesentlichen abgeschlossen. Umfangreich gestaltete sich die Mitarbeit bei der Überplattung der A 22. So wurde die MA 29 – Fachbereich Brückenbau und Straßentunnel nördlich der Reichsbrücke – im Rahmen ihrer technischen Oberaufsicht unterstützt, südlich der Reichsbrücke – für den Bereich Marshallhof – erfolgten die Erstellung des Boden- und Gründungsgutachtens und die grundbautechnische Beratung im Zuge der Ausschreibung. Für sämtliche Bauprojekte erfolgte in den behördlichen Bauverfahren die Tätigkeit als grundbautechnischer Amtssachverständiger. Ferner wurden beispielsweise die Wiener Stadtwerke – WIEN-STROM im Zuge der Erweiterungsbauten der Kraftwerke Simmering und Donaustadt, die MA 30 und MA 31 bei tiefliegenden Leitungsbauten, Rohrvorpressungen, Microtunneling, bergmännischen Vortrieben usw. oder beim Behälterbau (so z. B. Kanalaufschließung Bruckhaufen, Sinowastingasse oder Hietzinger Hauptstraße, RHSK-E, Neubau der 3. Hauptleitung des Wasserleitungsnetzes, II. Hochquellwasserleitung – Senke Oberndorf, Sanierung Hochquellwasserleitung im Bereich Sigridsberg, Habenöd und Schonaberg, Umgehungsstollen Scheibbs, Wasserbehälter Bisamberg) im Zuge eigener Bauführungen während aller Projektierungsphasen grundbautechnisch beraten und bei der Bauausführung fachlich unterstützt. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch der – gemeinsam mit der MA 30 – durchgeführte Aufbau einer eigenen Meßkette von Schwingungsmessgeräten zum Zwecke der grundbautechnischen Überwachung, beispielsweise von Rammarbeiten bei ungünstigen Anlageverhältnissen und kritischen Bauphasen. Die Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe wurden vor allem im Zusammenhang mit Fremdbauten im Einflußbereich bestehender U-Bahn- und Straßenbahnanlagen grundbautechnisch beraten. Erwähnenswert sind auch die grundbautechnische Begutachtung und Betreuung vieler „tiefer Baugruben“ (z. B.: Garage Georg-Coch-Platz, Mariahilfer Straße, Meisselstraße, Geschäftszentrum Dresdner Straße/Wexstraße oder Neubau Oesterreichische Nationalbank usw.), für die MA 28 oder MA 35 zur Sicherung des öffentlichen Gutes oder als Sachverständiger der Baubehörde.

Hinsichtlich der geotechnischen Beratung und Betreuung der MA 45 bei der Absicherung von Altlasten ist zu erwähnen, daß im Jahr 1993 das Projekt „Langes Feld“ nahezu vollständig und erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Die grundbautechnische Amtssachverständigentätigkeit im Wasserrechtsverfahren für alle Altlastenbeurteilungen und Sanierungen erfolgt laufend. Auf Wunsch der MA 45 wurde der gesamte Rückstaubereich des Kraftwerkes Freudenaus grundbautechnisch verstärkt betreut.

Im Rahmen des Referates geotechnische Meßtechnik und EDV wurden für die Wiener Wasserwerke im Trassenbereich der II. Wiener Hochquellwasserleitung (Gebiet Preßbaum-Scheibbs) und im Wiener Raum für verschiedene U-Bahn-Baulose Horizontalverschiebungsmessungen durchgeführt. Diese Tätigkeiten beinhalten die Messung, Auswertung und Erstellung entsprechender Stellungnahmen zu den einzelnen Messungen. Weiters wurden in ausgewählten Grundwassermeßstellen (Pegel) elektronische Pegelsonde installiert, abgelesen und ausgewertet.

Die Gruppe Bauberatung Hochbau führte bei zahlreichen städtischen Hochbauprojekten die grundbautechnische Beratung sowohl bei der Projekterstellung als auch bei der Bauausführung durch. So waren im Rahmen des derzeitigen sehr umfangreichen Schulbauprogrammes zahlreiche Projekte zu betreuen, wobei es sich teils um Zubauten zu bestehenden Schulen, teils um Neugründungen handelte. Beispielsweise wurden für die Schulbauten in 13, Veitingergasse, 15, Zinckgasse, 21, Herchenhahngasse, 21, westlich Ocwirkgasse, 22, Konstanziagasse und 23, Bendagasse, Baugrund- und Gründungsgutachten erstellt. Auch die Mitarbeit am Wohnbauprogramm der Stadt Wien wurde in gewohnter Weise fortgeführt und u. a. für folgende Wohnbauvorhaben Gutachten verfaßt: 12, Gaßmannstraße/Edelsinnstraße, 12, Arndtstraße/Michael-Bernhard-Gasse, 15, Viktoriagasse, 19, Leidesdorf-

gasse/Obkirchergasse und 22, Lange Allee. Soweit es sich dabei um Baulückenverbauungen handelte, traten hier häufig schwierige grundbautechnische Probleme im Zusammenhang mit der Sicherung der Nachbargebäude auf. Schwierige Verhältnisse baugeologischer Art mußten demgegenüber beim Projekt des Hallen- und Freibades 14, An der Niederhaid, für das das Baugrund- und Gründungsgutachten erstellt wurde, berücksichtigt werden. Im Rahmen der Tätigkeit der Abteilung für den WBSF – Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds erfolgte eine fachliche Beratung für die Stadterweiterungsgebiete in 11, Leberberg, 21, westlich Brünner Straße, 21, Satzingerweg, 21, Carminweg, 22, Mühlgrund, 22, Josef-Baumann-Gasse/Saikogasse, 22, Eßling – „Europäer“ und 22, Wehrbrückstraße. Bei zahlreichen, in der Ausführungsphasen befindlichen städtischen Bauvorhaben wurde eine grundbautechnische Beratung vor Ort durchgeführt. Als Beispiele wären zu erwähnen die Wohnbauten in 3, Erdbergstraße/Kundmannsgasse, 4, Mommsengasse, 4, Karolinengasse, 4, Goldeggasse, 4, Argentinierstraße, 5, Margaretenstraße/Zentagasse, 5, Schönbrunner Straße, 6, Mittelgasse/Strohmayergasse, 12, Altmannsdorfer Straße, 21, westlich Brünner Straße und 23, An der Liesing, oder die Schulbauten 13, Veitingergasse, 21, Herchenhahngasse und 23, Dirmhirngasse. Die Gruppe Bauberatung Hochbau wurde auch wieder häufig von der Baubehörde zu Beratungs- und Gutachterarbeiten im Rahmen von Baubewilligungsverfahren bei nicht städtischen Bauvorhaben herangezogen. Auch hier standen oft Fragen der Sicherung von Nachbargebäuden bei Baulückenverbauungen im Vordergrund.

Im Fachbereich Allgemeines, Brückenprüfung und Sonderbauten wurden von der Gruppe Brückenprüfung im Jahre 1993 154 Hauptprüfungen, 418 Kontrollen und 1.681 Befahrungen durchgeführt. Die Prüfungen der Überkopfwegweiser erfaßten 172 Objekte (davon waren 24 Hauptprüfungen). Die Hauptprüfungen bezogen sich u. a. auf die Lobkowitzbrücke, Gürtelbrücke über den Donaukanal, Hochstraße Inzersdorf, Philadelphiabrücke, Wienerbergbrücke, Döblinger Steg, diverse Tragwerke der Hochstraße St. Marx, Brigittenauer Brücke (Bereich Handelskai) usw., aber auch auf 11 Brücken in den Quellschutzgebieten der Stadt Wien. Außerdem wurden 1993 42.000 lfm Stützmauer, Schallschutzwände und Stiegenanlagen überwacht und überprüft. Es wurden 314 Schwervertransportansuchen in brückenbautechnischer Hinsicht bearbeitet. 48 Transporte mußten auf Grund des hohen Fahrzeuggewichtes über die Brückenobjekte geleitet werden.

Im Wirkungsbereich der Gruppe Sonderbauten wurden beim Objekt ES22/Tragwerk Nord, Knoten Arsenal und beim anschließenden Tragwerk der Hochstraße St. Marx im Zuge der A 23 – Südosttangente die Spannglieder auf ordnungsgemäße Ausinjizierung überprüft und – wo erforderlich – nachinjiziert. Das Gewölbe über den Schreiberbach im Zuge der Kahlenberger Straße, das eine Belastungsbeschränkung von 10 t aufwies, wurde durch eine 30 cm starke Spritzbetonschale auf Brückenklasse I verstärkt. Um die mit einer Belastungsbeschränkung (Brückenklasse II) versehene Pfarrgassenbrücke über die Liesing den Erfordernissen des heutigen Straßenverkehrs (Stadtbusse, Schwerlastfahrzeuge, Müllfahrzeuge usw.) anzupassen, wurde die Tragfähigkeit des Tragwerkes mittels geklebter Bewehrung auf Brückenklasse I angehoben. Diese Methode der Brückenverstärkung wurde als Pilotprojekt erstmalig in Österreich durchgeführt.

Im Rahmen der Forschungsgesellschaft für das Verkehrs- und Straßenwesen (FVS) wurden unter ständiger Mitwirkung von Mitarbeitern der Abteilung in der Arbeitsgruppe „Brückenbau“ wichtige Detailprobleme betreffend die laufenden Brückenprüfungen, die Brückenerhaltung und den Neubau von Brücken (Randbalken, Übergangskonstruktionen, Leitschienen, Brückenabdichtungen usw.) sowie in der Arbeitsgruppe „Tunnelbau“ die Erfordernisse für die Projektierungen, den Bau, den Betrieb und die Erhaltung, die Sicherheitseinrichtungen und die Dokumentation diskutiert und an der Ausarbeitung dementsprechender Richtlinien und Leistungsbeschreibungen, die vor allem im Bundesbereich und in weiterer Folge auch im Gemeindebereich zur Anwendung kommen sollen, weitergearbeitet. In der Arbeitsgruppe „Brückenbau“ waren zahlreiche Mitarbeiter der Abteilung aufgeteilt auf die Arbeitsausschüsse „Brückenprüfung und Brückenerhaltung“; „Leistungsbeschreibung für Brückenbauten (Neubau bzw. Erhaltung)“; „Korrosionsschutz“; „Brückenausrüstung“, „Brückenabdichtung“ und „Stahlkonstruktionen“, tätig. Im Rahmen des Ausschusses „Leistungsbeschreibung für Brückenbauten – Erhaltung“ wurden die letzten Kapitel hinsichtlich Brückenausrüstung, Regieleistungen, Geräteinsatz usw. sowie Korrosionsschutzarbeiten erstellt und beschlossen. Der Unterausschuß „Abdichtung aus hochelastischen Kunststoffbeschichtungen“ hat 1993 seine Arbeit mit der Erstellung einer Richtlinie beendet. Im Rahmen des „Arbeitsausschusses Brückenabdichtung“ wurde die Rechtsvorschrift 15.363 über Flüssigkunststoffabdichtungen auf Polyurethanbasis unter Zugrundlegung eines Forschungsauftrages des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Angelegenheiten fertig überarbeitet und zur Veröffentlichung beschlossen. Weiters werden in drei Unterausschüssen „Brückenprüfrichtlinien, Bewertung und Kostenrechnung“, „Sondertransporte, Belastungsannahmen für Brücken und Brückendaten“ und „Instandsetzungsmethoden, Richtlinien und Zulassungen“ des Arbeitsausschusses „Brückenprüfung und Brückenerhaltung“ neue Richtlinien erarbeitet. Im Unterausschuß „Brückenprüfrichtlinien, Bewertung und Kostenrechnung“ wurde mit der Erarbeitung der „Richtlinie für bauliche Vorkehrungen zur Brückenprüfung und -erhaltung“ begonnen. Im Rahmen der Arbeitsausschüsse „Leistungsbeschreibung für Brückenbauten“ und Neubau und Erhaltung wird an der Erstellung einer entsprechenden EDV-gerechten Leistungsbeschreibung für den Brückenbau gearbeitet. Die Kapitel RVS 7B.01 bis 7B.06 und 7B.11 bis 7B.14 wurden fertiggestellt sowie veröffentlicht und bereits für verbindlich erklärt. Die restlichen Kapitel für Brückenausrüstung sowie Feuchtigkeitsabdichtung und Korrosionsschutz bei Neuherstellungen und Instandhaltungen wurden bearbeitet und sind zum Teil bereits in Begutachtung für die Veröffentlichung. Im Arbeitsausschuß „Brückenausrüstung“ wurde in den Unterausschüssen „Übergangskonstruktion“, „Leitschienen“ und „Randleisten“

bei der Überarbeitung bestehender Richtlinien bzw. Entwicklung und Verarbeitung neuer Erkenntnisse im Hinblick auf Sicherheit und Wartungsfreundlichkeit weiter mitgearbeitet. In der Arbeitsgruppe „Tunnelbau“ sind zwei Mitarbeiter des Fachbereiches Grundbau und ein Mitarbeiter des Fachbereiches Brückenbau und Straßentunnel aufgeteilt auf die Arbeitsausschüsse „Tunnelbau im Stadtbereich“ und „Projektierung und Bau“ tätig. Im Arbeitsausschuß „Tunnelbau im Stadtbereich“ sind vier Unterausschüsse tätig („Bautechnische und geotechnische Vorarbeiten“, „Leistungsbeschreibung“, „Statisch-konstruktive Richtlinien zur geschlossenen Bauweise“ und „Statisch-konstruktive Richtlinien zur offenen Bauweise“). Alle angeführten Unterausschüsse erarbeiten die Grundlagen für die zur Planung und Ausschreibung von Tunnelbauwerken im Stadtbereich nötigen Unterlagen, die dann von der Forschungsgesellschaft für das Verkehrs- und Straßenwesen (FVS) veröffentlicht werden. Die Unterlagen über die „Statisch-konstruktive Richtlinie zur offenen und zur geschlossenen Bauweise“ konnten bereits veröffentlicht werden. Der Arbeitsausschuß „Projektierung und Bau“ befaßt sich mit den genannten Problemen in den außerhalb von Städten liegenden Bereichen (Land). Diese Grundlagen werden derzeit erarbeitet und in den nächsten Jahren veröffentlicht. Neben diesen Gremien im Rahmen der FVS werden auch unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Angelegenheiten in verschiedenen Arbeitskreisen auf höherer Ebene Themen des Brücken- und Tunnelbaues, der Brückenkontrolle und -erhaltung unter Beiziehung von Mitarbeitern der Abteilung diskutiert und generelle Richtlinien erarbeitet. Im Arbeitskreis zur Überwachung und Prüfung von geankerten Konstruktionen wurde die Erarbeitung von Prüfrichtlinien abgeschlossen und im Erlaßwege für verbindlich erklärt. Schließlich waren im Jahre 1993 in folgenden Fachausschüssen bzw. in deren Fachnormenunterausschüssen und Arbeitsgruppen des Österreichischen Normungsinstitutes Vertreter der Abteilung tätig: FNA 010 – Beton-, Stahlbeton- und Massivbau, FNUA 010b – Spannbeton, FNA 013 – Stahlbau, FNA 014 – Brückenbau – Allgemeines, FNA 023 – Grundbau, FNUA 023a – Klassifikation, Probeentnahme und Dokumentation, FNUA 023b – Labor- und Feldversuche, FNUA 023c – Grundbau-Berechnungsverfahren, FNUA 023d – Besondere Gründungsverfahren, AG 023.01 – Erd- und Felsanker, FNA 050 – Anstrichmittel, FNA 051 – Natürliche Gesteine, FNA 097 – Bergbau, FNA 157 – Abfallwirtschaft, AG 157b.02 – Deponieabdichtungen, FNA 169 – Bauleistungen, AG 169.02 – Untertagebauarbeiten, AG 169.05 – Erdarbeiten, FNA 174 – Korrosionsschutzarbeiten und FNA 211 – Straßenausstattung, FNUA 211a – Verkehrslenkung, AG 211.01 – Schutzbarrieren, Anpralldämpfer und Brückengeländer, AG 211.04 – Lärmschutzeinrichtungen, Brandschutzwände, Notrufsäulen und andere Einrichtungen. Weiters war ein Vertreter der MA 29 – Gruppe Grundbau als österreichischer Delegierter bei der 1994 abzuschließenden Europäischen Vornorm über Anker im Fest- und Lockergestein des CEN/TC 288 – Arbeitsgruppe 2 tätig.

Öffentliche Beleuchtung

Im Zuge des Neu- und Umbaus von Straßenbeleuchtungsanlagen sowie von Großinstandsetzungsarbeiten wurden im Jahre 1993 rund 8.000 Lichtstellen bearbeitet. Mit Jahresende waren in Wien 129.107 Leuchten mit insgesamt 224.952 Lampen installiert. Der Anschlußwert der öffentlichen Beleuchtung betrug 13.555 kW, der Stromverbrauch 49.232.582 kWh.

Aus der Vielzahl der Arbeiten sollen im folgenden nur einige hervorgehoben werden: Ausgelöst durch den straßenmäßigen Neubau bzw. durch technische Schäden an der Tragverspannung in 3, Erdbergstraße, mußte die Beleuchtungsanlage erneuert werden. Es wurde die bestehende Mittelbeleuchtung auf längshängende Leuchtstoffleuchten, 2 x 40 W, umgebaut, was auch eine Erneuerung der Stahldrahtverspannung und der Versorgungsleitungen notwendig machte.

Aus dem Planungswettbewerb der MA 19 für die Oberflächengestaltung der Mariahilfer Straße ging die Architektengruppe U-Bahn, AGU, als Sieger hervor. Die AGU sah einen Multifunktionsmast (öffentliche Beleuchtung, Verspannung für die Verkehrslichtsignalanlagen, Verspannungen für die Montage von Transparenten bzw. Weihnachtsbeleuchtung) für die Oberfläche als dominierendes Gestaltungselement vor. Der Entwurf der Form- und Farbgebung des neuen Beleuchtungskörpers und des Multifunktionsmastes wurde daher von der AGU bzw. von den Architekten W. Holzbauer, H. Marschalek, G. Ladstätter und B. Gantar vorgenommen. Koordiniert mit dem Straßenneubau der MA 28 und abgestimmt mit der MA 19 wurde in der Mariahilfer Straße vom Getreidemarkt bis zur Kaiserstraße eine Lichtmastbeleuchtung der Type „Mariahilfer Straße“ errichtet. Die Ausleuchtung der Mariahilfer Straße erfolgt durch beidseitig eingeordnete, runde, konische Lichtmaste mit kannelierten Gußziersockeln und einer Leuchte der Type „Mariahilfer Straße“. Als Leuchtmittel ist je eine Natrium-Hochdrucklampe 150 W und 70 W eingesetzt.

Nach mehrjähriger Bautätigkeit konnte der Beleuchtungsbau in der Wohnhausanlage am Wienerberg im 10. Bezirk abgeschlossen werden. Als Beleuchtung der Hauptfahrbahnen wurden Lichtständer der Type „Messe“ in ein- oder zweireihiger Anordnung mit Ansatzleuchten 2 x 40 W ausgeführt. Die Beleuchtung der Gehwege erfolgt einheitlich als Lichtständeranlage mit Leuchten der Type „Lamprecht“. Als Lichtquelle wurde eine Natriumhochdruckdampfampe 70 W eingesetzt.

Ausgelöst durch den Straßenneubau der Kaiserebersdorfer Straße im 11. Bezirk mußte die Öffentliche Beleuchtung komplett erneuert werden. Die Ausleuchtung der Hauptfahrbahn wurde mit Lichtständern Type „Messe“ mit Ansatzleuchten 2 x 40 W sichergestellt. In den Bereichen des widmungsgemäßen Vollausbau ergab sich die Not-

wendigkeit einer eigenen Gehsteigbeleuchtung in Form von zylindrischen Lichtständern mit einer rotationssymmetrischen Aufsatzleuchte, die als Lichtquelle eine stromsparende Kompaktleuchtstofflampe 2 x 13 W verwendet.

Alterungsbedingt mußte die Stahldrahtverspannung in der Linzer Straße im 14. Bezirk von der Johnstraße bis zur Verbindungsbahn aus Mitteln des Bezirksbudgets erneuert werden. Es wurde die bestehende Mittelbeleuchtung auf längshängende Leuchtstoffleuchten 2 x 40 W umgebaut. Die Tragverspannung wurde aus Nirostastahldraht und die Versorgungsleitungen als Leiterbündel ausgeführt, wobei diese Bauform als zukunftsweisende Technik gilt.

Mit Mitteln aus dem Bezirksbudget wurde im Kongreßpark im 16. Bezirk die öffentliche Beleuchtung alterungsbedingt erneuert, wobei als Beleuchtung Kandelaber Type „Wien“ mit Leuchten Type „Altstadt“ ausgewählt wurden. Als Lichtquelle fand eine stromsparende Kompaktleuchtstofflampe 2 x 18 W Verwendung.

1993 wurden 196 Uhren betreut, und zwar 78 Würfeluhren, 8 Springzifferuhren, 77 Uhren auf Kirchen, 17 Uhren auf Amtshäusern und Schulen sowie 16 Uhren auf sonstigen Objekten. Sämtliche Uhren sind ferngesteuert und werden über den Zeitzeichensender DCF 77 der Deutschen Bundespost (DCF 77) synchronisiert. Auch die Umstellung auf Sommerzeit und die Rückstellung auf Normalzeit werden von diesem Sender ausgelöst.

1993 wurden die Würfeluhren (Lichtmastuhren) in 1, Karlsplatz, 2, Praterstern, 3, Rennweg, Fasangasse, 9, Frankhplatz, 17, Elterleinplatz, 18, Gersthofer Straße, 22, Erzherzog-Karl-Straße, Donaustadtstraße generalüberholt. Bei den Kirchen- oder Gebäudeuhren in 1, Neues Rathaus, 2, Praterstraße (St. Johann), 5, Schönbrunner Straße (St. Josef), 7, Lerchenfelder Straße (Alt-Lerchenfeld), 10, Antonplatz, 11, Hasenleitengasse 9 (Kindergarten), 11, Münichplatz (Kaiserebersdorf), 16, Kernstockplatz (Kirche), 20, Leipziger Platz 2 (Schule), 21, Kinzerplatz (Kirche) sowie in 23, Perchtoldsdorfer Straße 2 (Amtshaus), waren zum Teil aufwendige Instandsetzungsmaßnahmen durchzuführen.

Von den Projekten, die 1993 im Versuchsraum bearbeitet wurden, sind folgende zu nennen: Die Empfindlichkeit der zur Zeit in Verwendung stehenden Empfangsteile für die öffentlichen Uhren reicht nicht aus, um auch in schlechten Lagen einen einwandfreien Empfang des Zeitzeichensenders DCF 77 zu gewährleisten. Durch ein Übereinkommen mit der Junghans AG war es nun möglich, den hochempfindlichen Empfangschip dieser Firma zu beziehen und als Basis für einen neuen Uhrenempfänger zu verwenden.

Auch 1993 wurde eine Vielzahl von Lichtmessungen für die Gewerbebehörde bzw. für verschiedene Bezirksämter durchgeführt. In den meisten Fällen handelte es sich um Anrainerbeschwerden über Lichtbelästigung durch Leuchtreklamen usw. Durch die von der Abteilung ermittelten Meßwerte konnte dann die Behörde die entsprechenden Auflagen an die Verursacher erteilen.

Eine Reihe von Leuchten wurde geprüft und auf ihre Verwendbarkeit im Rahmen der öffentlichen Beleuchtung untersucht. Auch verbesserte Versionen von bereits im Einsatz befindlichen Leuchten kamen zur Begutachtung. Im einzelnen waren dies: ASEA Galax (1 x NaH/t 150), AEG Kleinstkoffer (2 x PL 18), Austria Hängeleuchten (4 x PL 36), Austria Maiglöckchen mit Reflektor (1 x NaH 70) und Semperlux Pollerleuchte.

Im Auftrag der MA 7 wurden die Anstrahlungsanlagen für die Karlskirche, die Kirche am Mexikoplatz, die Reichsbrücke, die Roßauer Brücke, die Haydnkirche, die Kirche am Gruschaplatz im 14. Bezirk und für den Döblinger Steg errichtet bzw. instand gesetzt.

Stadtvermessung

Der Abteilung obliegt die vermessungstechnische Betreuung sämtlicher Magistratsdienststellen. Darüber hinaus werden die Aktivitäten des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds und des Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds fachlich unterstützt, eine nach Umfang und Bedeutung wesentliche Aufgabe. Schwerpunkte bilden weiterhin die Vermessungsleistungen an Großbaustellen, Arbeiten für die Stadtentwicklung und Stadterneuerung sowie die Herstellung der digitalen Stadtkarte.

Die Abteilung ist nach den Fachgebieten der Vermessungstechnik in drei Dezernate gegliedert: Ingenieurgeodäsie, Liegenschaftsgeodäsie und Kartografische Geodäsie. Innerhalb der Dezernate und außerhalb dieser, dem Abteilungsleiter direkt unterstellt, sind Gruppen und Referate eingerichtet.

Besondere Bedeutung kam, wie in den letzten Jahren, den im Dezernat Ingenieurgeodäsie angesiedelten Baustellenmessungen zu. Diese konzentrierten sich auf die Fertigstellung der Bauabschnitte U3/11, 12 und 13 (Kirchengasse – Westbahnhof), auf Innenausbau und Oberflächengestaltung der Abschnitte U3/14 (Schweglerstraße) und U3/15 (Johnstraße), auf den Baubeginn der Abschnitte U3/16 (Hütteldorfer Straße), sowie den Rohbau der Abschnitte U6/12 (Donaukanal) bis U6/16 (Floridsdorf), U3/17 (Kendlerstraße) und U3/18 (Ottakring). Unter oft schwierigen Bedingungen waren vielfältige Messungen auszuführen: vom Anlegen eines Präzisionsfestpunktfeldes, als Grundlage für alle weiteren Messungen, Aufnahme der Einbauten für deren Umlegung, baubegleitende Absteckungen, über Roh- und Innenausbaukontrollen, Deformationsmessungen im Stollen, Setzungsmessungen an allen bestehenden Gebäuden im Einflußbereich der Baustellen bis zur Absteckung der Oberflächengestaltung. An weiteren ingenieurgeodätischen Arbeiten des Referates Baustellenmessungen sind die Vermessungen im Bereich der A 23, die Verlängerung nach Hirschstetten und der Anschluß Sterngasse betreffend, der B 3 über das Gleisdreieck Floridsdorf sowie der A 22 im Bereich „Marshallhof“ und „Donaupark“ hervorzuheben.

Für kommunale Projekte hat das dem Dezernat Ingenieurgeodäsie zugeordnete Referat Allgemeine Vermessungen 155 Lage- und Höhenpläne zur Verfügung gestellt. Besonders hervorzuheben sind dabei die vermessungstechnischen Unterlagen für folgende Stadterweiterungsgebiete, die in Zusammenarbeit mit dem Wiener Bodenbereitstellung- und Stadterneuerungsfonds aufgeschlossen werden: 21, Mühlweg, 21, Satzingerweg, 22, European, 22, Marshallhof, 22, östlich Josef-Baumann-Gasse. Für Neu- und Zubauten im Rahmen des städtischen Schulbauprogrammes waren 18 Projektunterlagen zu liefern. Als vermessungstechnische Grundlagen für Sanierungsmaßnahmen an der 2. Hochquellenleitung wurden 12 Lage- und Höhenpläne ausgearbeitet. Straßenbauvorhaben größeren Umfangs, wie die Umbauten der äußeren Mariahilfer Straße, der Neubaugasse und der Perfektastraße, sowie die gemeinsamen Projekte der MA 28 und der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe, nämlich die Verlängerung der Linie 25 von Langobardenstraße bis Eßling und der Linie 27 von der Endstelle der U 1 bis Siemensstraße erforderten detaillierte Planunterlagen; ebenso war für die Brückenbauvorhaben Nordsteg und Schöpfwerksteg vermessungstechnisch vorzusorgen.

In immer höher werdendem Ausmaß fordern die Benützer der Vermessungspläne deren Eignung für eine CAD-Bearbeitung. Aus diesem Grunde wurde speziell für den Bereich der Straßenvermessungen ein Merkblatt für die Erstellung von Geometeraufnahmen mittels CAD erarbeitet. Die in dieser Richtlinie enthaltenen Vereinheitlichungen sollen die Übertragung der digitalen Plandaten erleichtern.

Die Aktivitäten im Bereich des Leitungskatasters wurden mit der Ausarbeitung eines Tarifes für die koordinative Erfassung neu verlegter Wasserleitungen fortgesetzt. Die Anwendung dieses vom Gemeinderat genehmigten Tarifes hat zu merklichen Vereinfachungen in der Abrechnung geführt. Meßverfahren für die Eingliederung des Kanalsystems in den Leitungskataster wurden erprobt; es soll daraus die optimalste Meßmethode ermittelt werden. In diesem Zusammenhang wurden erstmals lasergestützte Videoaufnahmen von Kanälen und Wasserleitungsstollen meßtechnisch ausgewertet. Mit diesem neuen Verfahren wurden sehr gute Ergebnisse, sowohl die Genauigkeit als auch die Wirtschaftlichkeit betreffend, erzielt.

Ebenfalls vielversprechend war der erste bei der Stadt Wien erfolgte Einsatz des Globalen Positionierungssystems (GPS). Dieses Verfahren bietet die Möglichkeit, durch Streckenmessungen zu den in festen, exakt bestimmten Umlaufbahnen um die Erde kreisenden Navstar-Satelliten die Position von Vermessungspunkten auf der Erdoberfläche mit Zentimetergenauigkeit zu bestimmen. Es ist geplant, diese Meßmethode besonders außerhalb des dicht bebauten Stadtgebietes weiter einzusetzen.

In 96 Fällen waren für Zwecke des Unabhängigen Verwaltungssenates, der Magistratischen Bezirksämter, der MA 4 und der MA 7, vor allem für Verkehrsgutachten, nach dem Veranstaltungsgesetz und dem Gebrauchsabgabengesetz Lagepläne und Gutachten auszuarbeiten und Messungen oder Überprüfungen vorzunehmen.

Für städtische Bauvorhaben waren 48 Ansuchen um Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen bei der MA 37 einzubringen. Koordinierende Maßnahmen haben bei dieser Stelle eine Verkürzung der Bearbeitungsdauer bewirkt.

Zu den wesentlichsten Aufgaben des Referates Nivellement zählen die Erneuerung und Wartung des städtischen Höhenfestpunktfeldes und die Kontrolle sämtlicher kommunaler Hochbauten auf etwaige Setzungen. So wurden 68 km des Höhennetzes begangen, 53 km mit Präzisionsinstrumenten gemessen und 65 neue Höhenfestpunkte vermarktet. Abgesehen von diesen alljährlich notwendigen Erneuerungen des Höhennetzes wurden in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Institut der Technischen Universität Wien Überlegungen angestellt, die zu einer Neudurchrechnung des Gesamtnetzes und einer Überprüfung der geologischen Hauptpunkte führen sollen. An 38 stadt-eigenen Objekten waren 152 Setzungsmessungen durchzuführen. Zusätzlich wurde das Grundnetz für die Setzungsmessungen im Bereich der Baustelle U 3/18 (Ottakring) mit 130 Meßpunkten angelegt.

Durch die erfolgte Einbindung des Dezernates Liegenschaftsgeodäsie mit seinen beiden Referaten Urkundpläne und Grenzvermessungen in den Netzbetrieb der Abteilung wurde es den Mitarbeitern ermöglicht, direkt auf ihren Arbeitsplätzen alle geodätischen Rechenoperationen auszuführen. Darüber hinaus ist nun dieses Dezernat an das zentrale Kanzleiprotokoll angeschlossen, wodurch sich eine Reihe von Erleichterungen und Arbeitsvereinfachungen ergibt. Der weitere Ausbau vor allem in Hinblick auf eine automationsunterstützte Aktenverfolgung bei den einzelnen Dienststellen, die in ein Teilungsverfahren eingebunden sind, wurde weiter betrieben.

Während des Jahres 1993 langten im Dezernat Liegenschaftsgeodäsie 880 Anforderungen ein; davon wurden etwa 500 im gleichen Jahr abgeschlossen. An Grenzvermessungen und Grundstücksteilungen wurden 130 Arbeiten mit einer Auftragssumme von 5,5 Millionen Schilling vergeben. Dies bedeutet eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr um etwa 40 Prozent. Diese Steigerung ist vor allem auf den vermehrten Bedarf in den Stadterneuerungsgebieten und bei den Kleingartenanlagen, sowie auf die Arbeiten für die Herstellung der Grundbuchsordnung der U 6 und der Donauinsel zurückzuführen.

Die Mitarbeiter dieses Dezernates üben ihre Tätigkeit im Rahmen der nach dem Liegenschaftsteilungsgesetz erteilten Befugnis aus. Mit der Fertigstellung von 23 Plänen, die eine Gesamtfläche von etwa 25 km² umfassen und 15 Grenzfeststellungen mit einer Gesamtlänge von etwa 75 km und 110 Grenzpunkten ist auch in diesem Bereich eine deutliche Steigerung eingetreten.

Für die Behördenverfahren zur grundbücherlichen Durchführung von Teilungsplänen waren insgesamt 385 Ansuchen zu stellen. Bei den von der Abteilung vierteljährlich durchgeführten Teilungsplan-Terminbesprechungen, in denen besonders dringende Vorhaben behandelt werden, ist die Zahl der Urgenzakte mit 112 etwa gleich geblieben.

Nahezu unverändert war auch mit 290 Fällen die Anzahl der Zustimmungserklärungen für private Teilungspläne, bei denen der Grenzverlauf zwischen privaten und stadteigenen Grundstücken überprüft werden mußte.

Für das bei der Stadt in Aufbau begriffene Digitale Kommunale Informationssystem kommt der vom Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen geführten Katastralmappe, in der sämtliche Grundstücksgrenzen enthalten sind, neben der digitalen Stadtkarte eine wesentliche Bedeutung zu. Eine Eingliederung in dieses System ist aber erst nach Digitalisierung dieses nur in analoger Form vorliegenden Kartenwerkes möglich. Da sich das Bundesamt jedoch nicht in der Lage sah, diese Arbeiten in absehbarer Zeit auszuführen, hat die Stadt Wien ihre Unterstützung, vor allem im Bereich der bei der MD-ADV verfügbaren EDV-Technik, angeboten. Der 1993 erzielte Abschluß eines Arbeitsübereinkommens zwischen der Stadtvermessung und dem Vermessungsamt Wien soll nun die Lieferung der Digitalen Katastralmappe für das gesamte Stadtgebiet binnen vier Jahren sicherstellen.

Innerhalb des Dezernates Kartografische Geodäsie sind die Gruppen Luftbildauswertung, Mehrzweckkarte und Kartografie eingerichtet. Hauptaufgabe des Referates Luftbildauswertung ist es weiterhin, mittels fotogrammetrischer Verfahren die topografischen Inhalte für die digitale Stadtkarte zu erfassen. Als vorbereitende Maßnahmen wurden die Flugplanung für die Teilbefliegung 1993 und die Gesamtbefliegung 1994 und Signalisierarbeiten, das ist das Luftsichtbarmachen von Festpunkten, vorgenommen. Leider haben die altersbedingten Ausfälle der Luftbildauswertegeräte zugenommen. Es muß daher in naher Zukunft für Neuanschaffungen, möglicherweise bei gleichzeitigem Umsteigen auf digitale Bildverarbeitung, gesorgt werden. Trotz des Geräteausfalles von 98 Tagen war der Arbeitsfortschritt, dank des vermehrten Einsatzes der Mitarbeiter, zufriedenstellend. So konnten 150 Blätter 1 : 1000 neu ausgewertet und 112 Blätter auf den letzten Stand gebracht werden. Für weitere 13 Blätter wurden zusätzliche Inhalte wie Dachausmittlungen, Schichtenlinien und Profile erfaßt.

Der Aufbau eines EDV-gestützten Gräberinformationssystems bei der MA 43 konnte durch digitale Luftbildmessung unterstützt werden. So wurden innerhalb des Zentralfriedhofes und der Friedhöfe Hernals, Dornbach und Gersthof fotogrammetrisch Einpaßpunkte für die Digitalisierung und Qualitätsanhebung der bei der Friedhofsverwaltung aufliegenden, zum Teil sehr alten Planunterlagen geschaffen. Im Zuge dieses Projektes lieferte das in der Abteilung erstmals eingesetzte Verfahren der Aerotriangulierung, das bei der Luftbildauswertung die Überbrückung festpunktloser Bereiche ermöglicht, sehr gute Erfolge.

Die Erfassung des Schüttvolumens der Mülldeponie Rautenweg mittels digitalen Geländemodells wurde fortgesetzt, ebenso die Arbeiten am digitalen Höhenmodell Wien. Mit dem Luftbildarchiv, dessen Bestände bis 1938 zurückreichen, liegt in der Abteilung eine wertvolle Dokumentation der Stadtentwicklung vor, auf die für viele Projekte zurückgegriffen wurde.

Aufgabe der Gruppe Mehrzweckkarte ist die terrestrische Vermessung des Straßenbereiches für die digitale Stadtkarte. Mit Ende 1993 konnte bei der Erstvermessung, die im Berichtsjahr die Bezirke 2, 11, 19, 20 und 21 umfaßte, die 90-Prozent-Marke erreicht werden. Die in den Bezirken 1, 3, 4, 10, 11, 12, 13 und 21 vorgenommenen Testarbeiten für die Evidenthaltung wurden abgeschlossen, so daß im Folgejahr großräumig mit dem Beginn einer zyklischen Vermessung der Veränderungen zu rechnen ist. Auf Grund der gewonnenen Erfahrungen erscheint die angestrebte dreijährige Aktualität der digitalen Stadtkarte realisierbar.

Die aus jeweils aktuellem Bedarf erforderlichen Programmierungen auf PC-Ebene wurden wieder innerhalb des Referates vorgenommen. Zusätzlich konnten Mitarbeiter dieser Gruppe für andere Bereiche der Abteilung den Netzbetrieb weiter ausbauen und andere Referate mit Programmentwicklungen unterstützen.

An den Bildschirmarbeitsplätzen der Gruppe Kartografie erhält die weitgehend automatisiert erstellte digitale Stadtkarte den letzten Schliff. Insgesamt wurden weitere 262 Blätter im Maßstab 1 : 1000 fertiggestellt und 70 Blätter auf den neuesten Stand gebracht. Der Zuwachs an Karten 1 : 2000 betrug 70 Blatt, 6 Blatt wurden erneuert. Die Inhalte des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes wurden in digitaler Form auf zusätzlichen 122 Blättern 1 : 1000 dargestellt.

Für den Bereich des nicht verbauten Stadtrandgebietes wird aus Kapazitätsgründen weiterhin nur die händisch gezeichnete Stadtkarte 1 : 2000 angeboten. In diesem Kartenwerk wurden 50 Blätter erneuert.

Die Nachfrage nach den Produkten der Mehrzweckkarte ist beträchtlich angestiegen. So wurden 1993 für analoge und digitale Planlieferungen rund 13 Millionen Schilling eingenommen, Nutzungen im Bereich der Hoheitsverwaltung betragen 38 Millionen Schilling.

Im Planarchiv werden sämtliche seit dem Bestehen der Abteilung verfaßten Pläne aufbewahrt. Die Zahl der Planwerke hat 1993 um etwa 280 zugenommen, wovon etliche aus vielen Einzelblättern bestehen. Nach der Durchsicht, Registrierung in Übersichten, Mikroverfilmung und Reproduktion stehen sie sämtlichen Dienststellen zur Verfügung. Die Bedeutung des zentralen Planarchives ist aus der Entlehnzahl von etwa 2.800 Blatt ersichtlich.

Das Referat Technisches Zeichnen ist für die zeichnerische Erstellung von Lageplänen, Lage- und Höhenplänen, Teilungsplänen und Servitutsplänen, die von Technikern der Abteilung verfaßt werden, sowie für allgemeine grafische Arbeiten zuständig. So wurden insgesamt 143 Pläne neu gezeichnet und 82 ergänzt oder geändert.

In der Gesetzgebung sind keine die Abteilung betreffenden Neuerungen eingetreten. Der 1993 eingelangte Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Vermessungsgesetz und das Liegenschaftsteilungsgesetz geändert werden soll, sowie der Entwurf einer Novellierung der Vermessungsverordnung wurden eingehend studiert. Da einige in diesen Entwürfen vorgesehene Änderungen bei den Ländern eine Kostensteigerung und zusätzlichen Verwaltungsaufwand

bewirkt hätten, wurde dazu im Wege der Verbindungsstelle der Bundesländer eine einheitliche abschlägige Stellungnahme abgegeben.

Die im Rahmen einer Informationsveranstaltung erfolgte Präsentation des Aufgabengebietes der Abteilung hat zu positiven Darstellungen in Presse und ORF geführt.

Fachliche Kontakte mit den geodätischen und fotogrammetrischen Instituten der Technischen Universität Wien und Graz wurden weiterhin gepflegt. Die Fortbildung der Mitarbeiter wurde durch Besuch von fachlichen Veranstaltungen im In- und Ausland gefördert. Durch Mitwirkung beim Österreichischen Normungsinstitut, bei CEN und ISO konnte eigenes Fachwissen eingebracht und der eigene Wissensstand vermehrt werden.

Mit 2.441 neuen Geschäftsstücken ist gegenüber dem Vorjahr ein leichter Anstieg festzustellen. Davon konnten 1.035 und aus den Vorjahren 638 abgeschlossen werden. Für die Vergabe von Vermessungsleistungen wurden Geldmittel im Ausmaß von etwa 49 Millionen Schilling in Anspruch genommen. Dieses Auftragsvolumen entspricht einer Steigerung von etwa 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten

Organisatorisch gliedert sich die Abteilung in die Stabstelle und sechs Gruppen, von denen fünf in Referate unterteilt sind. Zur Stabstelle gehört die Informationsstelle, die auch die Dienstaufsicht über die Verkehrspermanenzstelle hat. Als Zentralstelle der Abteilung ist sie für die Endredaktion von Akten vorgesetzter Dienststellen, der Bezirksvertretungen, des Bürgerdienstes und sonstiger Terminakte zuständig. Dabei sind besonders zwei Aufgaben wahrzunehmen, und zwar die zentrale und somit koordinierte Redaktion von Vorlageberichten bei gleichzeitiger Terminüberwachung sowie die Bearbeitung von Anfragen und Hinweisen und deren allfällige Weiterleitung an die zuständigen Sachbearbeiter. 1993 hat die Informationsstelle 1.225 Vorlageberichte entweder auf Grund von Ergebnissen der in solchen Fällen zumeist notwendigen Ermittlungsverfahren oder auf Grund von Erhebungen ausgearbeitet und den jeweiligen Dienststellen, aber auch Privatpersonen übermittelt. Weiters wurden aus 220 Bezirksjournalen, aus der Rathauskorrespondenz sowie aus rund 1.960 Tageszeitungen und anderen periodischen Druckwerken etwa 400 Artikel, die mit dem Aufgabengebiet der Abteilung im Zusammenhang standen, entnommen und auf einem öffentlichen Aushang den Abteilungsangehörigen zur Kenntnis gebracht. Bei verkehrsbehördlich aufklärungsbedürftigen Fällen wurden die erforderlichen Ermittlungsverfahren eingeleitet. Außerdem wurden verkehrstechnische Anfragen aus Bevölkerungskreisen mündlich oder schriftlich beantwortet. Gutachten bzw. Stellungnahmen in Verwaltungsstrafverfahren wurden 1993 in rund 700 Fällen abgegeben.

Die Verkehrspermanenzstelle ist mit jeweils drei Bediensteten der Gruppe 2 – Straßenverkehrsbehörde – besetzt, und zwar Montag–Freitag von 7.00–18.00 Uhr im Amtsgebäude in 12, Niederhofstraße 23. Dort werden Anträge, die Aufgrabungen im Straßenbereich betreffen, erledigt, soweit dies aus Termingründen erforderlich und im kurzen Weg möglich ist. Diese Arbeiten werden innerhalb eines Tages behandelt und sind als besondere Serviceleistung anzusehen. Weiters erteilte man in 2.190 Fällen Bewilligungen für Ladetätigkeiten bei Übersiedlungen, Ölab-schlauchungen und ähnlichem. Die Permanenzstelle nimmt auch Meldungen über Gebrechen im Straßenbereich entgegen und veranlaßt gegebenenfalls die notwendigen Maßnahmen. Weiters werden Termine, die Baubeginn oder Bauende von Arbeiten auf oder neben der Straße betreffen, Meldungen über vorläufige Fahrtunterbrechungen bei Gefahrguttransporten, Meldungen über schwere Verkehrsunfälle sowie über die Beschädigungen von Verkehrsleiteinrichtungen entgegengenommen. Außerdem werden telefonische Auskünfte über den Geschäftsbereich der Abteilung erteilt. In der Verkehrspermanenzstelle wird auch eine Ablage zur Erfassung aller im Raume Wien bewilligten Baustellen, aller von der MA 35-Gebrauchserlaubnisse bewilligten Baustellen und aller von den Dienststellen mittels „Rosa Formular“ durchgeführten Bauarbeiten geführt; diese Ablage ist bezirksweise, alphabetisch nach Straßennamen geordnet. Zu den sonstigen Aufgaben gehört auch die Funkverbindung mit dem Referat für Sofortmaßnahmen in der MD-VR.

Zur Gruppe 1 – Verkehrsorganisation und Planung, die sich in drei Referate gliedert, gehört das Referat 1 – Verkehrsorganisation. Es arbeitet unter anderem an der Planung und Realisierung von Verkehrskonzepten für Bezirke oder Bezirkteile unter Berücksichtigung der Verkehrskonzeption für Wien. Weitere Aufgabengebiete sind die Mitwirkung am Stadtentwicklungsplan und bei Bezirksentwicklungsplänen, bei der Erstellung von Bezirksverkehrskonzepten der MA 18, weiters die Planung und Realisierung von Wohnstraßen, Fußgängerzonen und anderer Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung, die Mitwirkung bei verkehrstechnischen bzw. verkehrsbehördlichen Problemen in Stadterneuerungsgebieten sowie Stellungnahmen bei vorgesehenen Änderungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes. Außerdem gibt das Referat Gutachten zur Verkehrserschließung von Großbauvorhaben ab, beurteilt die von Ziviltechnikern erarbeiteten Verkehrsgutachten von Garagenneubauten und plant die Neuorganisation des ruhenden Verkehrs.

Das Referat arbeitete an der generellen Planung der Oberflächengestaltung nach Abschluß der Bauarbeiten für den U-Bahn- Bau im 14. und 15. Bezirk sowie an der Planung des Rechten Hauptsammelkanals, Bereich Wienflußmündung unteres Wiental (Fritz-Wotruba-Promenade) mit, ebenso an der Planung der Tiefgaragen Weihburggasse, Schmerlingplatz, Karmelitermarkt, Arenbergpark, Rudolf-von-Alt-Platz, Südtiroler Platz, Rubenspark, Siebenbrun-

nenplatz, Matzleinsdorfer Platz, Albertplatz, Lichtenthalerpark, Palettengarage P.A.H.-West, Hermann-Leopoldi-Park, Tivoligasse, Längenfeldgasse (AUVA), Krankenhaus Lainz, Reithofferplatz, Hofferplatz, Brüllgasse – Klausgasse, Matteottiplatz, Wilhelminenstraße, Geblergasse, Weimarer Straße, Busgarage Grinzing sowie Tiefgarage Brigittaplatz.

Die Umorganisation des Verkehrs betrafen im 1. Bezirk die verkehrstechnische Untersuchung Rathausviertel, Verkehrsberuhigung im Straßenzug Makartgasse, im 2. Bezirk die Überprüfung der Verkehrssituation im Stuwerviertel, Änderung der Verkehrsführung in der Zirkusgasse sowie Verkehrsberuhigung im Bereich Vorgartenstraße – Wechselstraße – Holubstraße, im 3. Bezirk Neuorganisation des ruhenden Verkehrs in der Steingasse, im 4. Bezirk Ausarbeitung einer verkehrstechnischen Untersuchung für den Bereich Mittersteig, im 5. Bezirk Überprüfung der Verkehrssituation am Siebenbrunnenplatz (Tiefgarage) im Sinne einer weiteren Verkehrsberuhigung, im 6. Bezirk Mitarbeit am Projekt Neuorganisation der Gumpendorfer Straße, im 9. Bezirk Straßenrückbau und Verkehrsberuhigung in der Lustkandlgasse, Verkehrsneuorganisation im Bereich Michelbeuern sowie Verkehrsberuhigung der Pulverturm-gasse, im 10. Bezirk Überprüfung der Verkehrsführung im Bereich Eisenmenggasse – Kleedorfergasse (Siedlung Wienerfeld-West). Im 12. Bezirk waren es eine verkehrstechnische Untersuchung für den Bereich Schlöglgasse, Straßenrückbau und Neuordnung des ruhenden Verkehrs in der Gaßmannstraße und Am Schöpfwerk, im 13. Bezirk die Überprüfung der Verkehrssituation in der Schluckergasse, Tolstojgasse – Ratmannsdorfgasse sowie Verkehrsberuhigung durch Änderung der Verkehrsführung in der Hochmaiggasse, im 14. Bezirk die Überprüfung der Verkehrssituation in der Bahnhofstraße, im 17. Bezirk die Überprüfung der Verkehrsführung im Bereich Rötzer-gasse – Nesselgasse – Rosensteingasse, im 19. Bezirk der Straßenrückbau und die Verkehrsneuorganisation im Ortskern Grinzing, der Straßenrückbau und die Neuordnung des ruhenden Verkehrs in der Raimund-Zoder-Gasse sowie die Verkehrsberuhigung im Bereich Philippovichgasse – Schegargasse, im 21. Bezirk die Verkehrsneuorganisation im Ortskern Stammersdorf sowie im Bereich Matthias-Wagner-Gasse, im 23. Bezirk die Verkehrsorganisation im Bereich Draschestraße – Pfarrgasse – Kolbegasse (Ortskern Inzersdorf).

28 Tempo-30-Anträge wurden für ganz Wien bearbeitet, davon wurden 16 Bereiche noch im Jahre 1993 kundgemacht. Weiters wurde in sämtlichen Gebietsbetreuungen der Stadt Wien mitgearbeitet, die Abhaltung bzw. Teilnahme an Bürgerversammlungen, Teilnahme an Amtsbesprechungen der MA 18, MA 19, MA 21, MA 28 sowie anderer Dienststellen der Stadt Wien durchgeführt. Die „Nachheruntersuchung für Tempo 30 im 12. Bezirk“ durch das Kuratorium für Verkehrssicherheit wurde betreut.

Innerhalb des Referates 1 wurden rund 110 Beantwortungen an Bezirksvorstehungen, amtsführende Stadträte, MD-Präsidialbüro als auch an Einzelpersonen in Zusammenarbeit mit der Informationsstelle der MA 46 erstellt. Weiters wirkt das Referat Verkehrsorganisation bei Expertenverfahren und Stadterweiterungen bei verschiedenen Bezirksentwicklungsplänen, bei Fragen von Park-and-Ride-Anlagen mit.

Das Referat 2 – Planung befaßt sich mit der generellen Projektierung und Festlegung von Verkehrslichtsignalanlagen (VLSA) sowie der Überprüfung von deren Notwendigkeit. 1993 wurden weiters die erforderlichen Ermittlungsverfahren für jene Örtlichkeiten weitergeführt, bei denen VLSA-Regelungen auf möglichen Blinkbetrieb untersucht und prinzipiell als möglich angesehen wurden und von den Bezirken nach Anfrage entsprechende Rückmeldungen erfolgten. Auch neue Überprüfungen wurden auf Grund diverser Anträge durchgeführt. Außerdem wurden rund 480 Projekte des Straßen-, Gleis- und Brückenbaues begutachtet und eine entsprechende Änderung zur Verbesserung der Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs angeregt. Im Rahmen einiger Projekte war die Teilnahme an Bürgerbeteiligungsverfahren notwendig.

Einen wesentlichen Arbeitsaufwand erfordern die Großprojekte, die etwa von der ÖSAG (Österreichischen Autobahnen- und Schnellstraßen A.G.) betrieben werden. Hier sind Projekte wie die West- und Südeinfahrt, Grünbergstraße, B 224 Altmannsdorfer Straße, B 224 Altmannsdorfer Anger sowie B 301 Südrandstraße anhängig. Umfangreiche Aktivitäten wurden auch durch das Projekt der Donau-City erforderlich. Weiters wurden Park-and-Ride-Projekte auf ihre Folgen für den Verkehr überprüft. Unter den selben Gesichtspunkten wurden verschiedene Garagenprojekte überprüft.

Bei Projekten für Wegweiser, Verkehrszeichen und Bodenmarkierungen auf Bundesstraßen A waren die Ermittlungsverfahren und die Einreichung zur Genehmigung beim zuständigen Bundesministerium durchzuführen; so wurden z. B. Projekte für die Änderung der Wegweisung und der Fahrbahnmarkierungen im Knoten Prater, der A 23 sowie der Anschlußstelle Sterngasse der A 23 erstellt. Die Projektierungsarbeiten für den Bereich Laaerberg-tunnel der A 23 wurden begonnen. Bei U-Bahnprojekten folgenden Straßendetailprojekten sowie bei der generellen Planung der U 3 sowie U 6-Nord und Süd wurden Stellungnahmen und Änderungsvorschläge ausgearbeitet bzw. bei der Erstellung des öffentlichen Verkehrs-Sekundärnetzes mitgearbeitet. Weiters wurden verkehrstechnische und verkehrsorganisatorische Überprüfungen diverser Bevorrangungsprojekte der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe durchgeführt.

Das Referat 3 – Radverkehrsanlagen konnte das für 1993 mit 35 km prognostizierte Radwegenetz wegen kostenintensiver Maßnahmen mit tatsächlich gebauten 20,17 km nicht realisiert werden. Ende 1993 stehen daher 484,41 km Radwege zur Verfügung. Auch die Fahrradabstellanlagen konnten um 115 auf derzeit 914 Örtlichkeiten erweitert werden. Vom Projektkoordinator wurden Koordinations- und Planungsgespräche mit Abteilungen des Magistrates sowie mit dem Umland Wiens zur Herstellung von regionalen und überregionalen Radwegrouten geführt.

Die Gruppe 2 – Straßenverkehrsbehörde ist in sechs Referate unterteilt und mit folgenden Aufgaben befaßt:

Der erste Aufgabenbereich umfaßt die Verordnung und Festlegung definitiver Verkehrsmaßnahmen sowie die periodische Überprüfung bestehender Verkehrsmaßnahmen. 1993 wurden in diesem Zusammenhang 3.795 Anträge behandelt. Diese kamen in der Regel von Bezirksvorstehungen, der Magistratsdirektion, dem Bürgerdienst, der Bundespolizeidirektion Wien – Verkehrsamt, den Wiener Stadtwerken – Verkehrsbetrieben, der Kammer der gewerblichen Wirtschaft und von Privatpersonen. Weiters wurden Verkehrsmaßnahmen nach Fertigstellung von Projekten des Straßen-, Gleis- und Brückenbaues festgelegt, aber auch auf der Grundlage von Untersuchungen der Gruppe für Verkehrssicherheit Verhandlungen über die Entschärfung von Unfallsschwerpunkten geführt.

Der zweite Aufgabenkomplex besteht in der Bewilligung von Arbeiten auf oder neben der Straße gemäß § 90 StVO und in der Festlegung der erforderlichen Verkehrsmaßnahmen. Im Jahr 1993 waren dies 11.429 Fälle. Die Antragsteller sind vor allem die Magistratsabteilungen 28, 29, 30, 31, 33 und 42, die Wiener Stadtwerke-Elektrizitätswerke, -Gaswerke und -Verkehrsbetriebe, das Fernmeldebauamt Wien, die Österreichischen Bundesbahnen, die Heizbetriebe Wien, Telekabel und auch Private. Im folgenden sind einige der wichtigsten Bauarbeiten des Jahres 1993 angeführt: Im 3. Bezirk wurde die Unterfahrung der Franzensbrücke auf Grund des Baues des rechten Donaukanalsammlers gesperrt, im 6. und 7. Bezirk die Mariahilfer Straße mit Abschluß der Arbeiten der U-Bahnlinie 3 umgebaut, im 6., 7. und 15. Bezirk ebenfalls der Europaplatz mit Abschluß der Arbeiten der U-Bahnlinie 3 umgebaut, im 13. Bezirk die Baumgartner Brücke saniert, im 17. Bezirk das Plateau B 222 – Hernalser Hauptstraße umgebaut, im 21. Bezirk die Hauptrohrlegung für den Wasserbehälter Bisamberg durchgeführt und im 22. Bezirk die Arbeiten abgeschlossen und die Verlängerung der A 23 und B 302 eröffnet.

Das Referat Parkraumbewirtschaftung wurde am 1. März 1993 eingerichtet, und zwar auf Grund der Verordnung vom 16. Februar 1993 über die pauschale Entrichtung der Parkometerabgabe des Wiener Landtages, deren Wirksamkeitsbeginn mit 1. Juli 1993 festgelegt wurde. Mit diesem Stichtag sind 2.332 Anträge vorgelegen. Bis 31. Dezember 1993 hatten 3.704 Antragsteller um eine Ausnahme von der zeitlichen Gültigkeit der Parkbeschränkung auf 1,5 Stunden gemäß § 45/2 StVO angesucht.

Für die Arbeiten der fünf Referate der Gruppe 3 – Errichtung, Betrieb und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen – wurden die für die Vergabe von Leistungen erforderlichen Maßnahmen, u. a. Aufstellung und Ausführung von Voranschlägen, Ausschreibung und Einholung von Angeboten, Bauüberwachung, Kollaudierung und Rechnungsprüfung durchgeführt.

Das Referat 1 – Detailprojekt und Errichtung von VLSA – überprüfte 1993 auf Grund von Anträgen und Beobachtungen 359 Schaltprogramme oder Verkehrsabläufe und hat für den Neu- bzw. Umbau von VLSA entsprechende Detailprojekte erstellt. Davon waren für die Bevorrangung des öffentlichen Verkehrs 40 Projekte. An 23 Örtlichkeiten wurden neue, teils koordinierte VLSA unter Berücksichtigung der Wünsche des öffentlichen Verkehrs errichtet.

Im Zusammenhang mit Baumaßnahmen wurden 33 teilweise komplizierte VLSA projektiert, errichtet, in Betrieb genommen und gegebenenfalls den geänderten Umleitungsverhältnissen angepaßt. Ferner nahm das Referat 335 definitive bzw. provisorische Umbauten und Anpassungen an VLSA vor. Weiters wurde an den Grundlagen für die dezentrale Ausschreibung und Angebotsprüfung mit Hilfe der EDV weitergearbeitet, und mit von vorhandenen und laufend selbst ergänzten EDV-Programmen erstellte man die erforderlichen Projektunterlagen.

Für die zentrale Verkehrsregelung wurden 43 Kabellegungen und Verteilerausbauten durchgeführt und 33 VLSA an die Wiener Verkehrsleitzentrale angeschlossen. Für Erdarbeiten im Zuge von VLSA-Baumaßnahmen wurden 61 Aufträge vergeben.

Das Referat 2 – Betrieb und Erhaltung von VLSA und der Verkehrsleitzentrale – beantwortete 528 gerichtliche Anfragen, stellte Planunterlagen zu Verkehrsunfällen im Bereich von VLSA bei und beantwortete 17 Anfragen in Verwaltungsstrafverfahren. Weiters wurden an den 957 in Betrieb befindlichen VLSA (einschließlich 16 Fremdanlagen wie etwa Feuerwehrausfahrten) und 81 Blinkanlagen Erhaltungsarbeiten durchgeführt, Schäden instand gesetzt sowie der Betrieb ständig überprüft.

Durch bessere Überwachung und genauere Wartung der Steuergeräte wurde die Betriebs- und Verkehrssicherheit erhöht. In diesem Zusammenhang wartete man turnusmäßig zweimal die Schaltgeräte, reinigte die Signalgeber, führte einen zweimaligen Lampentausch durch, wofür etwa 100.000 Glühlampen einschließlich des Verbrauches für Ausfälle erforderlich waren.

Etwa 1.510 Störungen mußten behoben und eine abschließende Prüfung der Anlagen durchgeführt werden. Dazu kamen noch Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten an 36 Fernsehbeobachtungsstellen und den Einrichtungen der Verkehrsleitzentrale, aber auch die Überprüfung von Lampenausfällen in Hinblick auf eine Qualitätskontrolle. 1993 wurden zwei Steuergeräte, deren Zustand dem technischen Standard nicht mehr entsprachen, getauscht sowie Gewitterschäden an diversen Einrichtungen behoben. Erwähnenswert ist noch die Errichtung von Sonderanlagen (14 stationäre Radaranlagen)

Das Referat 3 – Verkehrsleiteinrichtungen – ist für Straßenverkehrszeichen und Wegweiser zuständig. Insgesamt wurden Ende 1993 94.099 Verkehrszeichen in Email- oder Scotchliteausführung (rückstrahlend), 2.071 beleuchtete Verkehrszeichen und 602 Verkehrsleuchtsäulen verwaltet. Davon wurden 2.720 Verkehrszeichen auf 1.927 Eisenständern neu aufgestellt. Im Zusammenhang mit dem Wegweisungskonzept für Wien wurden 80 Wegweiser

aufgestellt. Im Zuge von Erhaltungsarbeiten bzw. der Änderung bestehender Verkehrsmaßnahmen wurden 12.929 Verkehrszeichen, 7.611 Zusatztafeln, 6.247 Eisensteher und 223 Kettensteher erneuert. Weiters stellte man 76 beleuchtete Verkehrszeichen und 18 Verkehrsleuchtsäulen neu auf und demontierte 46 beleuchtete Verkehrszeichen und 7 Verkehrsleuchtsäulen. Die Verlängerung der A 23 bzw. Eröffnung der B 302 erforderte die Montage von 60 Überkopfwegweisertafeln, 11 Wegweisern sowie 368 Verkehrszeichen. Bei Verkehrsmaßnahmen in Zusammenhang mit dem Friedhofsverkehr zu Allerheiligen wurden 260 transportable Verkehrszeichen aufgestellt. Erwähnenswert ist noch die Mitwirkung im Ausschuß – Arbeitsgruppe „Verkehrszeichen“ des österreichischen Normeninstitutes.

Das Referat 4 – Bodenmarkierungen – brachte auf Straßen die von der Gemeinde Wien erhalten werden, rund 134.000 m Strichmarkierungen (Leit-, Sperr-, Randlinien) sowie etwa 25.000 m² Flächenmarkierungen (Schutzwege, Sperrflächen) auf. Von den Strichmarkierungen waren rund 43.000 m, von den Flächenmarkierungen rund 10.500 m² Kurzzeitmarkierungen. Auf den Bundesstraßen B waren es etwa 89.000 m Strichmarkierungen (darunter rund 43.000 m Kurzzeitmarkierungen) sowie rund 10.600 m² Flächenmarkierungen (darunter rund 5.800 m² Kurzzeitmarkierungen); auf Autobahnen etwa 73.000 m Strichmarkierungen (darunter etwa 22.000 m Kurzzeitmarkierung) und rund 2.200 m² Flächenmarkierungen (darunter rund 200 m² Kurzzeitmarkierung). Außerdem bearbeitete das Referat 55 Verwaltungs- und 455 Gerichtsstrafakte. Weiters wurden die gesamten Straßenzüge der B 221, B 12, B 13, B 13a, B 17 und B 225 sowie die A 23 zwischen Knoten Prater und Knoten Kaisermühlen im Rahmen von Erhaltungsverträgen erneuert bzw. nachmarkiert.

Das Referat 5 – Budget – ist für die Führung der Sach- und Referatskredite und deren Abrechnung zuständig und führt für die Referate 1, 3 und 4 die Kontrolle und Abrechnungen der Leistungen für Fremdbteilungen durch. Im Detail betrogen die von der Abteilung verwalteten Budgetmittel (einschließlich der Budgetanteile der Bezirke):

Im einzelnen betrogen die von der Abteilung verwalteten Budgetmittel 380.022.000 S, wovon 80.085.000 S auf Betrieb und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen, 15.594.000 S auf Strom, 80.557.000 S auf Errichtung von Verkehrseinrichtungen, 12.685.000 S auf die Refundierungen der Stadt Wien an den Bund und diverse andere Budgetposten, 79.192.000 S auf die Errichtung und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen auf Bundesstraßen B und S, 1.660.000 S auf provisorische Maßnahmen auf Bundesstraßen, 4.325.000 S auf Errichtung und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen auf Bundesstraßen A, 30.412.000 S Refundierungen des Bundes an die Stadt Wien und 75.513.000 S auf Umbauten und provisorische Maßnahmen im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau entfielen.

Die Gruppe 4 – Sondertransporte, die aus zwei Referaten besteht, ist gleichzeitig die Geschäftsstelle für die Lenkerprüfung beim Amt der Wiener Landesregierung; sie erstellt außerdem Verkehrsgutachten in Bau-, Gewerbe-, Kraftfahr-, Luftfahrt- und straßenpolizeilichen Angelegenheiten.

Vom Referat 1 – Sondertransporte – wurden 2.834 Routengenehmigungen für übergroße und überschwere Fahrzeuge und Transporte nach § 40 (3) und (4), § 45 (5), § 101 (5) und § 104 (9) des Kraftfahrzeuggesetzes erteilt. Die eingeschränkte Zulassung von überschweren Arbeitsmaschinen und die Genehmigung von Sondertransporten mit einer Länge bis 40 m, Breite bis 6,8 m und einer Höhe bis 5,9 m sowie mit einem Gesamtgewicht bis 160 t erforderten Routenerhebungen über die fahrtechnische Eignung sowie Ermittlungen über die Tragfähigkeit von Brücken und Straßendecken einschließlich Einbauten. Bei bundesländerüberschreitenden Transporten ist die mitunter sehr zeitraubende Einholung und Koordinierung der Stellungnahmen der betroffenen Bundesländer erforderlich. Für bestimmte Fälle waren auch begleitende Maßnahmen auf der Ebene der Straßenverkehrsordnung, wie z. B. Verordnungen von Halteverbotszonen, die den Zweck haben, schmale Straßen und enge Kurven vom ruhenden Verkehr freizuhalten, und Ausnahmen von Mindestgeschwindigkeiten, notwendig.

Das Referat 2 – Behindertenangelegenheiten, Drehgenehmigungen, Gutachtertätigkeit – erteilte u. a. 386 Drehgenehmigungen, bewilligte 157 Halteverbote für Drehzwecke, 498 Halteverbote „ausgenommen Fahrzeuge mit offizieller Wagenkarte“, 73 Ladezonen, 25 Halteverbote für Spezialkraftwagen, weiters Halteverbote an 12 Örtlichkeiten zur Freihaltung der Durchfahrt und 6 Fahrverbotszonen. Für die Erledigung der Drehgenehmigungen waren insgesamt 35 Ortsverhandlungen erforderlich. In 42 Fällen war es notwendig, öffentliche Verkehrsflächen längerfristig zu sperren und für den Verkehr Umleitungsstrecken festzulegen. Außerdem stellte das Referat für Kinder zwischen dem 10. und 12. Lebensjahr 340 Erlaubnisse zum Radfahren aus. Das Referat behandelte weiters 25 Fälle von sportlichen Veranstaltungen auf öffentlichen Verkehrsflächen. Für die Ermächtigung zum Führen von Blaulicht und Folgetonhorn wurden 76 Ermittlungsverfahren durchgeführt. Auf Grund einer Änderung der StVO (18. StVO-Novelle) wurden Behinderte, die nicht selbst ein Kraftfahrzeug lenken, jenen gleichgestellt, die selbst ein Auto lenken. Dies kommt u. a. auch Eltern zugute, die ein schwerbehindertes Kind haben. Ansuchen um die Ausstellung von Behindertenausweisen gemäß § 29b Abs. 4 StVO 1960 wurden im Jahre 1993 452 Anträge gestellt. 243 Behindertenausweise wurden ausgestellt, bei 209 Ansuchen war das Ermittlungsverfahren noch nicht abgeschlossen. Weiters wurden insgesamt 87 Bescheide an mobile Krankenschwestern, mobile Behindertenbetreuer und frei praktizierende Hebammen erteilt, mit denen diesem Personenkreis bei der Ausübung ihrer Tätigkeit gewisse Erleichterungen von den Bestimmungen des ruhenden Verkehrs zugestanden werden.

Das Referat ist auch mit der Erteilung von Ausnahmen vom „Wiener Nachtfahrverbot“ für LkW mit über 3,5 t höchstzulässigem Gesamtgewicht (184 Anträge) und von den Bestimmungen des § 42 StVO 1960 „Wochenend- und Feiertagsfahrverbot“ für LkW mit über 7,5 t höchstzulässigem Gesamtgewicht (941 Anträge) befaßt. Ferner werden

auch Fahrzeuge der Wiener Fahrschulen überprüft und Gutachten erstellt, ob diese für die praktische Ausbildung geeignet sind.

Weiters wurden Gutachten für behinderte Personen bezüglich der notwendigen Ausgleichseinrichtungen an Fahrzeugen erstellt, teilweise nach Beobachtungsfahrten mit den Behinderten. In luftfahrbehördlichen Angelegenheiten, die von der MA 64 wahrgenommen werden, wird der luftfahrttechnische Amtssachverständige gestellt. Während des Parteienverkehrs werden Projektanten und Private in Bau- und Gewerbeangelegenheiten verkehrstechnisch beraten. 1993 waren dies etwa 430 Stellungnahmen.

Die Gruppe 5 – Fahrzeugtechnik und Gefahrguttransporte

Die Gruppe 5 ist zuständig für Sachverständigen- und Behördentätigkeit auf dem Gebiet Fahrzeugtechnik und Gefahrguttransporte.

Das Referat 1 – Fahrzeuggenehmigungen, Landesfahrzeugprüfstelle – hatte 1993 Tätigkeiten durchzuführen, wie

- Genehmigung von Fahrzeugen gemäß § 31 KFG 1967 sowie Ausnahmegenehmigung von Fahrzeugen gemäß § 34 KFG 1967 in 6.066 Fällen
- Genehmigung von Änderungen an Fahrzeugen gemäß § 33 KFG 1967 (4.391 Genehmigungen)
- Erstellung von Gutachten in allen diesen Verfahren durch vom Landeshauptmann nach § 125 KFG ernannten Sachverständige
- Behörde für die wiederkehrende Überprüfung bzw. Begutachtung nach §§ 55, 57a („Pickerl“) und 24 KFG 1967 (Fahrtenschreiber)
- Überwachung der gemäß §§ 55, 57a und 24 KFG ermächtigten Gewerbetreibenden und Vereine
- Erstellung von Fahrzeuggutachten im Zusammenhang mit der Überwachungstätigkeit durch vom Landeshauptmann bestellte Sachverständige gemäß § 125 KFG 1967
- Erstellung von fahrzeugtechnischen, verkehrstechnischen bzw. verkehrsdynamischen Gutachten über Anforderung der Unabhängigen Verwaltungssenate für Wien (238 Gutachten)
- Fahrzeugüberprüfungen in diesem Zusammenhang
- Genehmigung von Fahrzeugen für den Transport gefährlicher Güter auf Straßen
- Erstellung von Gutachten über diese Fahrzeuge durch einen vom Landeshauptmann gemäß § 125 KFG bestellten Sachverständigen
- Genehmigung von Strecken für den Transport gefährlicher Güter auf Straßen
- Ausnahme für Fahrzeuge und Güter nach § 25 GGSt (Zuständigkeit des Landeshauptmannes)
- Überwachung des Transportes gefährlicher Güter auf Straßen i. S. § 26 GGSt (Zuständigkeit des Landeshauptmannes)
- Erteilung der Ermächtigung zur Lenkerausbildung nach § 40 GGSt sowie Überwachung der Ausbildungsstätten
- Genehmigung zur Beförderung von Personen auf Fahrradanhängern gemäß § 67 StVO (30 Fälle)
- Amtssachverständige im Bau- und Gewerbeverfahren bei KFZ-Werkstätten
- Besondere Überprüfung von Fahrzeugen nach § 56 KFG 1967 durch vom Landeshauptmann gemäß § 125 KFG 1967 bestellte Sachverständige im Zusammenhang mit der Behörden- und Überwachungstätigkeit.
- Abgasüberprüfung von Kraftfahrzeugen, auch ausländischer, über Ersuchen der Bundespolizeidirektion Wien hinsichtlich der Einhaltung der Abgasbestimmungen.
- Überprüfung von ausländischen Omnibussen auf Grund der Unfallhäufung dieser Fahrzeuge.

Das Referat 2 – Ermächtigung und Revisionen von Werkstätten und Gefahrguttransporte – hat 1993 464 Geschäftsfälle bei der wiederkehrenden Begutachtung gemäß § 57a KFG, 280 Genehmigungen im Bereich des Transportes gefährlicher Güter sowie 30 Geschäftsfälle bei der Ermächtigung zur Überprüfung und Plombierung von Fahrtenschreiberanlagen behandelt. Weiters wurden durch dieses Referat in 50 Fällen Verkehrsgutachten in Bau- und Gewerbeangelegenheiten abgegeben. Dem Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr wurden zwei Sachverständige für die Typengenehmigung (§ 124 KFG 1967), die vom Herrn Bundesminister hierfür bestellt wurden, zur Typengenehmigungskommission zur Verfügung gestellt. Durch die Anpassung an den EWR ist bei Anwendung der EG-Richtlinien eine Steigerung der Prüftätigkeit zu erwarten. Die Zunahme der Tätigkeit erfordert daher den Neubau einer Landesfahrzeugprüfstelle, da mit den bisherigen angemieteten Räumlichkeiten in Hinkunft kein Auslangen gefunden werden kann.

Gruppe 6 – Verkehrssicherheit und Statistik

Das Jahr 1993 war für Wien seit 1983 das Jahr mit der geringsten Anzahl von Personenschadenunfällen und Verletzten im Straßenverkehr überhaupt. Waren 1983 7.742 Personenschadenunfälle mit 10.303 Verletzten und Toten zu verzeichnen, mußten 1993 nur noch 5.804 Unfälle mit 7.351 Verunglückten (vorläufiges Ergebnis) festgehalten werden. Dies bedeutet also einen Rückgang um nahezu 2.000 Unfälle und 3.000 Verunglückte seit 1983. Der Rückgang seit 1983 beträgt daher für Unfälle mit Personenschaden 25 Prozent und für Verletzte (mit Toten) rund 29 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich somit eine Reduktion um mehr als 600 Unfälle und 850 Verletzte. Auch die Zahl von 75 Toten (Dreitagesfrist, wie in den Vorjahren) ist im Vergleich zu den Vorjahren der drittniedrigste Stand. Die Zahl der Verkehrsunfalltoten konnte seit 1983 um 56 Prozent reduziert werden. Diese Zahlen bestätigen, daß die getroffenen Maßnahmen der örtlichen Unfallstellensanierung und der Geschwindigkeitsreduktion den richtigen

Weg darstellen. Als zukünftige Maßnahmen werden daher nachhaltig folgende Schwerpunkte weiter verfolgt: Neben der planmäßig systematischen Sanierung von Unfallstellen werden sicherheitsorientierte Maßnahmen der Geschwindigkeitsreduktion und sicherheitstechnische Planungsbegutachtungen durchgeführt. Für Überwachungsschwerpunkte der Exekutive werden in regelmäßigen Abständen Unfallauswertungen erstellt. In Ergänzung zu den bestehenden Radar- und Geschwindigkeitswarnblinkanlagen ist die Umsetzung weiterer Ausbaustufen in vollem Gange. Zur Bekämpfung der hohen Fahrgeschwindigkeiten in Wohngebieten (Anliegerstraßen) werden in sensiblen Bereichen nach relevanten Verkehrssicherheitskriterien bauliche Maßnahmen der Straßenraumgestaltung zielorientiert getätigt.

1993 sind ständig sicherheitstechnische Planungsbegutachtungen von Straßenprojekten der MA 28 und der Abteilung durchgeführt worden. Hierbei hat sich nach wie vor gezeigt, daß in vielen Planungen von Ziviltechnikern der Sicherheitsaspekt zu wenig berücksichtigt wird und deshalb Überarbeitungen vorzunehmen sind. Es besteht daher der Wunsch, auch generelle Planungen der MA 46 – Verkehrssicherheit – vorzulegen.

1993 wurden vielfach Verkehrssicherheitshinweise über das Verkehrssicherheitstelefon (Tel. 811 14-9200) entgegengenommen, wobei in einigen Fällen Anregungen zur Hebung der Verkehrssicherheit in die Praxis umgesetzt werden konnten. Der Wiener Verkehrssicherheitscomputer wurde 1993 nunmehr endgültig auf das Wiener Unfall-Analyse-System umgestellt. Als neue Entwicklung ist nunmehr ein effizientes Statistikprogramm im Einsatz, so daß sicherheitstechnische Detailfragen noch besser erfassbar sind. Die sicherheitstechnische Sachverständigentätigkeit für die Verkehrsbehörde mit fundierten Sicherheitsdaten, Fußgängeruntersuchungen und Geschwindigkeitsmessungen hilft mit, Entscheidungen fachgerechter treffen zu können, so daß durch die Arbeit der Verkehrssicherheit ein wichtiger Beitrag für eine menschengerechte Verkehrsplanung geleistet wird. Das Fachwissen der Wiener Verkehrssicherheitsarbeit wird auch ständig bei internationalen Tagungen eingebracht, womit auch eine positive Breitenwirkung für die Stadt im In- und Ausland gegeben ist. Es werden dabei internationale Kontakte gepflogen und vom Gruppenleiter Fachvorträge und Präsentationen bei interdisziplinären Veranstaltungen durchgeführt.

Rechtliche Bau-, Energie-, Eisenbahn-, Verkehrs- und Luftfahrtangelegenheiten

Im Jahre 1993 wurden die Beratungen für eine Reihe von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen weitergeführt und zum Teil den verfassungsmäßig zuständigen Organen zur Beschlußfassung zugeleitet:

Zur Bauordnung für Wien (BO) wurde im Zuge der kontinuierlichen Überarbeitung unter Einbindung der Wiener Bauordnungs-Kommission die BO-Novelle 1993 vorbereitet, die im LGBl. für Wien Nr. 47/1993 verlautbart wurde. Diese Novelle hatte zum Ziel, den Wärmeschutz von Wänden, Decken, Fußböden usw. im Interesse verbesserter Energieeinsparung anzuheben, weiters Außenwand-Gasfeuerstätten zugunsten der Abgasableitung über Dach einzuschränken.

Zur ursprünglich zeitlich befristeten eingeführten Spielplatzverordnung, LGBl. für Wien Nr. 46/1991, wurde zufolge positiver Erfahrungen nunmehr der Landesregierung unbefristete Verlängerung vorgeschlagen; diese Verordnung wurde im LGBl. für Wien Nr. 57/1993 kundgemacht. Zur Verlängerung einer Übergangsbestimmung des Wiener Kleingartengesetzes für vorübergehende Kleingartenanlagen auf Verkehrsbändern usw. wurden Textvorschläge erstattet. Der Landtagsbeschluß wurde im LGBl. für Wien Nr. 31/1993 verlautbart.

Im Zuge der Rechtsbereinigung wurde mit einer Überarbeitung der sogenannten Kleinhäuserverordnung begonnen. Die im Vorjahr der Landesregierung zum Beschluß vorgelegte neue Bauplanverordnung wurde im LGBl. für Wien Nr. 1/1993 kundgemacht und trat mit 1. März 1993 in Kraft.

Zum Wiener Feuerpolizei- und Luftreinhaltengesetz wurde eine Ergänzung der Vorschriften für Brandschutzanlagen, insbesondere deren Wartung, aufgegriffen und dem Begutachtungsverfahren zugeleitet.

Zum Wiener Garagengesetz wurden Überlegungen zu einer Neugestaltung der Stellplatzvorschriften ange stellt, um insbesondere dem wachsenden Bedarf im Wohnbereich entgegenzukommen.

Für die Assanierungsgebiete im 2. Bezirk wurden die im Vorjahr der Landesregierung zum Beschluß vorgelegten Verordnungen über die Herausnahme von Liegenschaften, wie von die Assanierung nicht hindernden Eigentumswohnhäusern, im LGBl. für Wien Nr. 13 bis 17/1993 kundgemacht. Weitere Festlegungen von Assanierungsgebieten wurden für einzelne Teilbereiche des 3. Bezirkes vorbereitet. Neben etwa 300 Genehmigungsverfahren über laufende Rechtsgeschäfte waren auch zahlreiche Feststellungsanträge zu behandeln.

Die im Zuge der Vorbereitung der Europäischen Integration im Vorjahr dem Landtag zum Beschluß vorgelegte Vereinbarung der Länder gemäß Art. 15a B-VG über die Zusammenarbeit im Bauwesen wurde im LGBl. für Wien Nr. 24/1993 verlautbart. Das in der Vereinbarung vorgesehene „Österreichische Institut für Bautechnik“ wurde in der Folge als Verein konstituiert, der gemeinsame Interessen der Länder, insbesondere bei der Harmonisierung technischer Vorschriften für Bauprodukte wahrnehmen soll. Die Brauchbarkeitsvorschriften für Bauprodukte der BO-Novelle LGBl. für Wien Nr. 28/1992 und die für die Teilnahme am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) vor-

gekehrte Novelle zum Wiener Elektrizitätswirtschaftsgesetz, LGBl. für Wien Nr. 2/1993, treten erst mit dem EWR-Abkommen am 1. Jänner 1994 in Kraft.

Zu den vom Bund und anderen Bundesländern ausgehenden Gesetzes- und Verordnungsentwürfen war in über 100 Fällen im externen Begutachtungsverfahren Stellung zu nehmen, darunter waren auch straßenpolizeiliche sowie kraftfahrrechtliche Gesetze und Verordnungen zu begutachten. Hervorzuheben sind dabei die 18. und 19. StVO-Novelle.

In Vollziehung der Bauordnung hatte die Abteilung als Behörde erster Instanz das Baubewilligungsverfahren für einige bemerkenswerte Bauvorhaben des Bundes, die öffentlichen Zwecken dienen, durchzuführen. Als Beispiele sind die Baubewilligungen für den Neubau des Post-Ortsamtes Wien-Prater in 2, Ausstellungsstraße 44, die Generalsanierung des Landesinvalidenamtes in 5, Geigergasse 5-9, den Zu- und Umbau der Raubkatzenanlage des Tiergartens Schönbrunn in 13, Maxingstraße 13b, und den Neubau einer Behindertenwerkstätte in 13, Fasangartengasse 101, zu nennen.

Insgesamt waren über Antrag der Bundesbaudirektion Wien, der Post- und Telegrafendirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland sowie der Burghauptmannschaft Wien für mehr als 200 Bauvorhaben die entsprechenden Bauverhandlungen einschließlich Benützungsbewilligungen durchzuführen.

Auf Grund von Ermächtigungen des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr bzw. für den Landeshauptmann waren Eisenbahnvorhaben von der Abteilung zu behandeln. Zu zahlreichen Straßenbahnhaltestellen konnten Bewilligungen für neue transparente Fahrgastunterstände („City-light-Vitrinen“) erteilt werden. Bau- und Enteignungsverfahren waren für die Verlängerung der U-Bahn-Linie U3 vom 15. Bezirk bis Ottakring zu führen, ebenso Verhandlungen für die Verlängerung der U-Bahn-Linie U6 nach Süden sowie Tunnelaufbauten über der U2 für einen Neubau neben der Kunstakademie gegenüber der Secession.

Weitere Enteignungsverfahren wurden nach dem Stadterneuerungsgesetz und nach der Bauordnung für Wien, insbesondere zum widmungsgemäßen Ausbau von Verkehrsflächen und auch in der Erfüllung der Abtretungsverpflichtung zu öffentlichen Verkehrsflächen im Zuge von Bauplatzschaffungen durchgeführt. Auch Anträge auf Einlösung von Liegenschaften, die durch Umwidmungen der Gemeinde ihre Bebaubarkeit verloren haben oder in den Wald- und Wiesengürtel zu liegen gekommen sind, waren zu bearbeiten. Dies betraf Grundstücke im 13. und 22. Bezirk. Auch über Enteignungsanträge zur Arrondierung von neu zu schaffenden Bauplätzen durch benachbarte Ergänzungsflächen, etwa im 14. Bezirk, war zu entscheiden.

In Beaufsichtigung des Kraftfahrlinienverkehrs wurden im Interesse einer Verbesserung des öffentlichen Verkehrs zahlreiche Verhandlungen zur Überprüfung, Verlegung oder Neuerrichtung von einzelnen Autobushaltestellen durchgeführt, weiters wurden Neuerrichtungen von Kraftfahrlinien oder die Verlängerung bestehender Kraftfahrlinien behandelt, bei Änderung von Straßenzügen deren weitere Eignung geprüft.

Die nach dem Kraftfahrzeuggesetz eingesetzten Fahrschulinspektoren haben die Revisionstätigkeit zur Überprüfung der Fahrschulräume und -einrichtungen sowie der ordentlichen und gesetzmäßigen Ausbildung der Führerscheinwerber fortgesetzt. Vor allem die Überprüfung der Führung der vorgeschriebenen Aufzeichnungen über den Ausbildungsgang der Fahr Schüler im Hinblick auf die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlehreinheiten wurde intensiviert. Die Meldungen der Fahr Schulinhaber, betreffend den Fahrzeugstand und das verwendete Lehrpersonal, wurden kontrolliert, um den aktuellen Gesamtstand zu erfassen. Stichprobenartig wurde weiters die Einhaltung der Mindestausbildung (14-Tage-Kurse) und der Aushangpflicht der Fahrschulen (vollständige und übersichtliche Anführung der Preise aller Fahrschulleistungen) und der Aufzeichnungen über den Ausbildungsgang der Fahr Schüler überprüft. Neben der Erteilung von Fahrschulbewilligungen (Standortverlegungen) kam der Ausstellung von Fahr(schul)lehrerausweisen (rund 100 neue Berechtigungen wurden nach Bestehen der Prüfung erteilt), aber auch Entziehung von Fahr(schul)lehrerberechtigungen Bedeutung als Regulativ für das Niveau der Fahrschulausbildung zu.

Im Zusammenhang mit dem Lenkerprüfwesen wurden in Zusammenarbeit mit der Bundespolizeidirektion Wien – Verkehrsamt organisatorische Maßnahmen eingeleitet und nachjustiert, um die Einteilung der Prüfungskommissionen allein dem Zufallsprinzip zu unterwerfen.

Hervorzuheben ist noch die Mitarbeit der Abteilung im Arbeitskreis „Parkraumbewirtschaftung“ und im „Arbeitskreis betreffend Angelegenheiten der Straßenpolizei“. An der Reform des bestehenden Systems der Verkehrsstrafverfahren der Bundespolizeidirektion Wien in Verkehrssachen wurde weiterhin maßgeblich mitgewirkt. Dazu waren Vorbereitungen zur Anpassung des Kataloges der Strafsätze für Organmandate und Anonymstrafverfügungen zu treffen. Nach dem Inkrafttreten der bezirksweiten Kurzparkzone in der Inneren Stadt mit 1. Juli 1993 waren bald danach die ersten Berufungen wegen der Ablehnung von Ausnahmeansuchen in Behandlung zu nehmen. Schon in diesem Halbjahr waren 354 Entscheidungen für den Berufungssenat der Stadt Wien vorzubereiten.

Für Luftfahrtveranstaltungen (Schauflüge, Fallschirmabsprünge und dgl.), Außenlandungen und Außenabflüge von Luftfahrzeugen (Hubschrauber, Heißluftballons) außerhalb von Flugplätzen oder Flughäfen waren 1993 gegen 100 Anträge zu behandeln, dazu einige Luftfahrzeugvermietungsbevolligungen.

Zu der von der MA 35 erteilten Bewilligung zur Nachrüstung der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig (Sanierung nach § 12 des Luftreinhaltegesetzes für Kesselanlagen, LRG-K) waren mehr als 200 Berufungen zu erledigen und in der Folge zu einigen Beschwerden an den Verfassungsgerichtshof und den Verwaltungsgerichtshof Gegenschriften zu erstatten.

Für den Ausbau des Leitungsnetzes der Wiener Stadtwerke-Elektrizitätswerke waren Starkstromwege- und energierechtliche Bewilligungen zu verhandeln, dazu Leitungsverlegungen der Gaswerke und Aufgrabungsgenehmigungen für Zwecke der Post- und Telegrafverwaltung sowie des Fernmeldebauamtes.

Anträge von Hauseigentümern, ob Neu- bzw. Umbauten an Stelle von Althäusern im öffentlichen Interesse liegen, sind wieder neu eingebracht worden. Die Feststellungsverfahren sind im Hinblick auf die soziale Situation der betroffenen Mieter und die in Wien bestehende Wohnungsnachfrage mit besonderer Sorgfalt durchzuführen und bedürfen umfassender Erhebungen.

Baupolizeiliche Instandsetzungsaufträge, die der Erhaltung der Gebäude in gutem und vorschriftsgemäßem Zustand dienen, sowie Abtragungsaufträge bezüglich vorschriftswidriger Bauten führten in über 600 Fällen zu Ersatzvornahmeverfahren. Dazu kamen an die 100 Berufungserledigungen zu Kostenvorauszahlungsaufträgen, Vollstreckungsverfügungen und Kostenersatzvorschreibungen.

Die Abteilung hatte weiters noch über 200 Berufungsfälle in Verwaltungsstrafsachen, vornehmlich in Verkehrsangelegenheiten, zu behandeln, wobei noch Gegenschriften bei Verwaltungsgerichtshofbeschwerden zu erstatten waren. Allerdings ist die Zuständigkeit für die Entscheidung über Berufungen der seit 1991 neu eingeleiteten Verwaltungsstrafverfahren auf den Unabhängigen Verwaltungssenat Wien übergegangen, der einen Teil seines Personals aus der Abteilung und der ehemaligen Verkehrsrechtsabteilung rekrutiert hatte. Die zu bearbeitenden Berufungsakten in Verkehrssachen betrafen polizeiliche Bescheide, die in über 500 Fällen den Entzug der Lenkerberechtigung und in 40 Fällen die Aufhebung der Zulassung von Kraftfahrzeugen zum Gegenstand hatten, sowie in 330 Fällen Kostenbescheide in Angelegenheiten der Entfernung von Hindernissen, insbesondere der Abschleppung von Fahrzeugen.

Rund 120 Fälle betrafen Berufungen in Administrativverfahren für die Erteilung von Gebrauchserlaubnissen bzw. diesbezügliche Entfernungsaufträge, weiters Feuerpolizeiangelegenheiten, insbesondere wegen Heizverbots, aber auch Aufträge auf Instandsetzung von Gassteigleitungen in Wohnhäusern. Hier waren die Entscheidungen für den Berufungssenat der Stadt Wien vorzubereiten.

Magistrats- und Bundesdienststellen haben der Abteilung etwa 600 Einladungen zu Besprechungen, darunter auch zu Ortsverhandlungen in Verkehrsangelegenheiten, übermittelt, denen Folge zu leisten war. In Länderkonferenzen betreffend Verkehrsbelange, wie z. B. in der StVO-Konferenz, Kraftfahrreferentenkonferenz, im Kraftfahrbeirat und in Fahrschultagungen, die von allen Bundesländern beschickt werden, waren die Interessen des Landes Wien zu vertreten, ebenso beim Kuratorium für Verkehrssicherheit. In etwa 200 Fällen waren Stellungnahmen zur Europäischen Integration in bezug auf das Bauwesen, den Abbau technischer Handelshemmnisse, Notifikationsverfahren vor Erlassung technischer Vorschriften sowie die Regelung des Grundverkehrs mit Baugrundstücken abzugeben, vor allem nach dem Abschluß eines Übereinkommens zur Begründung des EWR, der danach am 1. Jänner 1994 wirksam wird. Ferner waren zahlreiche Rechtsgutachten, sei es für die Baupolizei, sei es für die verkehrstechnische Abteilung, abzugeben. Stellungnahmen und Gutachten im Verfahren zu Neufestlegungen und Änderungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen ergaben sich in nahezu 200 Fällen. Grundabteilungen zur Schaffung von Bauplätzen, Abtretungen von Verkehrsflächen, sonstige Parzellierungen, Liegenschaftsteilungen, Abschreibungen und Löschungen von Ersichtlichmachungen waren in über 1.200 Fällen zu behandeln, in etwa derselben Zahl Gerichtsbeschlüsse der Grundbuchgerichte über solche Grundabteilungen, Abschreibungen und Löschungen von Ersichtlichmachungen zu überprüfen. Schließlich waren im Jahre 1993 auf Grund von Beschwerden an den Verwaltungsgerichtshof und den Verfassungsgerichtshof in 64 Fällen – teils noch in Verkehrsstrafangelegenheiten – Gegenschriften zu verfassen und die jeweils belangten Behörden bei Verhandlungen vor den Gerichtshöfen zu vertreten.

Statistisches Amt der Stadt Wien

Nachdem Ende 1992 erste Ergebnisse der im Jahre 1991 durchgeführten Großzählung veröffentlicht wurden, erfolgte 1993 die Publizierung der gesamten Ergebnisse der Häuser- und Wohnungszählung sowie der demographischen Ergebnisse der Volkszählung. In der zweiten Hälfte des Jahres 1993 wurden die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung veröffentlicht. Einen ersten Überblick über die Wiener Arbeitsstätten und die Beschäftigten gibt nachfolgende Tabelle.

Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1991 für Wien

Wirtschaftsabteilungen, zusammengefaßte Wirtschaftsklassen	Arbeits- stätten	Beschäftigte		
		ins- gesamt	unselb- ständig	Aus- länder
Energie- und Wasserversorgung	60	4.957	4.957	11
Bergbau, Steine- und Erdengewinnung	5	14	10	-
Verarbeitendes Gewerbe, Industrie	8.081	135.964	130.858	16.167
Erzeugung von Nahrungsmitteln und Getränken,				
Tabakverarbeitung	907	16.769	16.095	3.073
Erzeugung von Textilwaren (ohne Bekleidung)	155	1.607	1.471	397
Erzeugung von Bekleidung, Bettwaren und Schuhen	1.399	6.100	5.109	1.082
Erzeugung und Verarbeitung von Leder (ohne Schuhe)	84	597	525	50
Be- und Verarbeitung von Holz, Musikinstrumenten- und				
Spielwarenerzeugung	1.021	6.537	5.764	868
Erzeugung und Verarbeitung von Papier und Pappe	127	3.050	2.977	807
Druckerei und Vervielfältigung; Verlagswesen	931	12.773	12.351	694
Erzeugung und Verarbeitung von				
Chemikalien, Gummi und Erdöl	358	11.884	11.705	1.900
Erzeugung von Stein und Glaswaren	173	2.369	2.266	257
Erzeugung und Verarbeitung von Metallen	2.926	74.278	72.595	7.039
Bauwesen	2.697	48.573	47.195	8.978
Hoch- und Tiefbau	649	23.927	23.758	4.934
Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	964	9.706	9.122	1.798
Bauinstallation	1.084	14.940	14.315	2.246
Handel, Lagerung	23.780	139.754	126.509	10.062
Großhandel	7.368	71.181	67.766	5.252
Einzelhandel	16.093	65.933	56.137	4.510
Lagerung	319	2.640	2.606	300
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	5.515	30.659	27.178	7.644
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	3.227	58.969	57.184	2.561
Straßenverkehr	2.106	15.112	13.511	1.150
Eisenbahn- und Seilbahnverkehr	70	14.813	14.813	524
Schifffahrt	19	958	955	37
Luftverkehr	60	1.156	1.155	87
Transport in Rohrleitungen; Spedition	723	8.429	8.249	724
Nachrichtenübermittlung	249	18.501	18.501	39
Geld- und Kreditwesen, Wirtschaftsdienste	12.925	113.589	104.879	3.819
Geld- und Kreditwesen	831	28.144	28.131	281
Privatversicherung	591	14.910	14.657	159
Realitätenwesen; Wirtschaftsdienste	11.503	70.535	62.091	3.379

Persönliche, soziale und öffentliche Dienste	14.710	212.037	202.282	15.462
Körperpflege, Reinigung; Bestattungswesen.....	3.123	24.981	22.842	7.637
Kunst, Unterhaltung und Sport	3.091	16.382	13.881	909
Gesundheits- und Fürsorgewesen	5.359	65.077	60.344	5.117
Unterrichts- und Forschungswesen	1.370	33.751	33.369	969
Gebietskörperschaft; Interessenvertretungen	1.767	71.846	71.846	830
Zusammen	71.000	744.516	701.052	64.704

Die Erhebungstätigkeit für den Mikrozensus wurde wie jedes Jahr vierteljährlich, und zwar im März, Juni, September und Dezember, an rund 4.000 Adressen von 133 Interviewern durchgeführt. Der Mikrozensus ist eine Stichprobenerhebung, die den Zweck hat, im Zeitraum zwischen zwei Volks- und Wohnungszählungen laufend aktuelle Daten über die Bevölkerungs- und Wohnungsstruktur in Wien zu erhalten. Diese Erhebung wird in allen Bundesländern durchgeführt, die Fragebögen werden vom Österreichischen Statistischen Zentralamt erstellt und den Ländern übermittelt. Der Fragebogen besteht aus einem Grundprogramm, das bis 1994 gleich bleibt und mit dem Personen-, Haushalts- und Wohnungsdaten erfaßt werden, sowie aus einem Sonderprogramm, das jeweils eine andere Thematik behandelt. Im Jahre 1993 wurden folgende Sonderprogramme erhoben:

- März – Erweiterte Wohnungserhebung, Energieverbrauch
- Juni – Ausstattung der Haushalte
- September – Wohnungsfragen
- Dezember – Urlaubsreisen

Das Sonderprogramm „Erweiterte Wohnungserhebung“ wird jedes Jahr im März durchgeführt. Im März konnte das Grundprogramm an 3.289 Adressen (76 %), im Juni an 3.040 (71 %), im September an 3.133 (75 %) und im Dezember an 3.100 (75 %) durchgeführt werden.

Im Jahre 1993 wurde gemeinsam mit dem Mikrozensus die Konsumerhebung 1993/94 begonnen. Für diese Erhebung wurden 75 Prozent der Adressen aus der Stichprobe des Mikrozensus gezogen und auf die Erhebungstermine vom 1. März 1993 bis 27. Februar 1994 aufgeteilt. Die Haushalte, die für diese Erhebung ausgewählt waren, hatten unter Anleitung eines (einer) Interviewer(in)s für zwei Wochen sämtliche Ausgaben aller Personen des Haushaltes in ein Haushaltsbuch einzutragen. Durch einen dreimaligen Besuch der Interviewer/innen bei den Haushalten, verbunden mit einem Interview pro Besuch, wurde versucht, die Qualität der Haushaltsbücher zu verbessern. Die Haushalte erhielten für ihre freiwillige Mitarbeit bei der Konsumerhebung 1993/94 ein Entgelt von 400 S und für jede Person des Haushaltes, die älter als 10 Jahre ist, eine zusätzliche Prämie von 50 S. Erstmals kamen bei der alle zehn Jahre durchzuführenden Konsumerhebung türkisch und serbokroatisch sprechende Dolmetscher zum Einsatz.

Um eine ordnungsgemäße Durchführung der Konsumerhebung 1993/94 in Wien zu gewährleisten, wurde von der MA 66 ständiger telefonischer Kontakt mit den Interviewern gehalten. Während der Konsumerhebung mußten infolge Rücktritte von Interviewern Nachschulungen durchgeführt, aber auch Vertretungen für einzelne Erhebungssprengel gesucht werden. Die Kontrolle der Erhebungsunterlagen (Urgenz bei fehlenden bzw. falschen Angaben) war sehr zeitintensiv und teilweise sehr schwierig. Die Kontrolltätigkeit war nicht nur für die Auswertung der Konsumerhebung von Bedeutung, sondern auch eine Grundlage für die Berechnung des Entgeltes der Interviewer/innen.

Wie auch in den Jahren davor wurden 1993 für die Gewinnung des Österreichischen Verbraucherpreisindex in 285 Wiener Geschäften monatlich rund 5.600 Einzelpreise erhoben. Im Unterschied zu den Vorjahren wurde die Erhebung der Preise seit März bzw. April 1993 nicht mehr vom Marktamt, sondern vom Statistischen Amt selbst durchgeführt. Nach umfangreichen Vorarbeiten im Jahre 1992 erfolgte im Jänner 1993 in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Statistischen Zentralamt die Einschulung der eigens für die Erhebungstätigkeit angeworbenen freiberuflichen Mitarbeiter/innen. Ab Februar 1993 erfolgte im Zuge eines gleitenden Überganges die Übertragung der Preiserhebung für den Verbraucherpreisindex vom Marktamt auf das Statistische Amt der Stadt Wien. Drei Monate hindurch begleiteten jeweils ein Drittel der neuen Erheber/innen die Marktamtsbeamten und wurden von diesen in die Preiserhebung in den Geschäften eingeführt. Dadurch wurde die Einschulung vertieft, so daß die ersten Sprengel im März 1993 von den Preiserhebern des Statistischen Amtes übernommen werden konnten. In den Monaten März und April 1993 wurden die restlichen neuen Erheber/innen von den Marktamtsbeamten in den Geschäften vorgestellt und arbeiteten ab dem darauffolgenden Monat selbständig weiter. Ab Juni 1993 begleiteten die zukünftigen Sprengelvertretungen je einmal die neuen Erheber/innen und wurden so auf einen möglichen Einsatz vorbereitet. Durch diese Neuerungen erweiterte sich das Aufgabengebiet der MA 66 auch insofern, daß bei Geschäftsausfällen nun die Abteilung ein Ersatzgeschäft aussuchen und anwerben muß. Ebenso obliegt nun die Betreuung der Erheber/innen, die Einteilung der Vertretungen, die Vorbereitung der Sprengelunterlagen und die Organisation der Bezahlung der freiberuflichen Mitarbeiter/innen der Abteilung.

Neben diesen neuen Aufgaben erfolgt nach wie vor die Aufarbeitung und Kontrolle der Preismeldungen durch die Abteilung. Die Interessen der Stadt Wien und die der Preiserheber/innen werden bei den monatlichen Sitzungen des Wiener Preiskomitees sowie des zentralen Redaktionskomitees vertreten. Weiters gibt die Abteilung Auskünfte über

den Verbraucherpreisindex und leistet Hilfestellung bei der Berechnung von Wertsicherungsklauseln. 1994 soll die Zusammenarbeit mit den Geschäften durch mehr Aufklärung über den Verbraucherpreisindex intensiviert und dadurch die Bereitschaft zur Mitarbeit verbessert werden.

Im Bereich der Agrarstatistik waren 1993 folgende agrarstatistische Erhebungen durchzuführen:

- Schweinezwischenzählung mit Stichtag 3. April (Stichprobenerhebung - 134 Betriebe) und 3. August (Stichprobenerhebung - 133 Betriebe)
- Rinderzwischenzählung mit Stichtag 3. Juni (Stichprobenerhebung - 65 Betriebe)
- Agrarstrukturerhebung mit Stichtag 3. Juni (Stichprobenerhebung - 873 Betriebe)
- Erhebung der Weinernte, der Weinvorräte und der Weinlagerkapazität mit Stichtag 30. November (Vollerhebung - 368 Betriebe)
- Allgemeine Viehzählung mit Stichtag 3. Dezember (Vollerhebung - 151 Betriebe)

Die Fremdenverkehrsstatistik, die die Ankünfte und Nächtigungen der Gäste in den Wiener Fremdenverkehrsbetrieben umfaßt, wurde monatlich erstellt und dem Österreichischen Statistischen Zentralamt sowie einer Reihe anderer interessierter Institutionen zur Verfügung gestellt. Da die Nationalität der Gäste von besonderer Bedeutung ist, mußte auch 1993 die Neugründung von Staaten in der Fremdenverkehrsstatistik berücksichtigt werden. Mit Stichtag 31. Mai wurde die einmal jährlich angeordnete Erhebung der Ausstattungssituation der Betriebe mittels Bestandsbögen durchgeführt. Es waren die qualitativen Kriterien bezüglich sanitärer und heizungstechnischer Ausstattung der Zimmer und deren Bettenausstattung zu erfassen. Weiters wurden der Öffungszeitraum und die Kategorie erhoben. 1993 wurden in Wien 341 Fremdenverkehrsbetriebe gezählt; 212 davon waren Hotels, 102 Pensionen und 27 Studentenheime (Saisonhotels).

Im Rahmen der Wohnbaustatistik waren wie jedes Jahr vierteljährlich die statistischen Erhebungsformulare, und zwar a) die Baubewilligungsmeldung (Neu- und Umbau), b) die Meldungen über fertiggestellte und bezugsfertige Wohnungen und c) die Meldungen über Wohnungsabgänge durch Wohnungszusammenlegung, Umwidmung, Sockelsanierung, Revitalisierung und Abbrüche zu bearbeiten. Weiters mußten die beiden Baufortschrittsverzeichnisse - laufendes und besonderes Baufortschrittsverzeichnis - kontrolliert werden.

Die für das Jahr 1993 gemeldeten zugehenden (6.711) und abgehenden (2.875) Wohnungen wurden nach verschiedenen Merkmalen, wie Lage des Bauplatzes, Bauherr, Datum der Baubewilligung bzw. deren Fertigstellung, Wiener Wohnbauförderung, Ausstattung des Gebäudes und der Wohnungen, Nutzfläche von Betriebsräumen und Garagen, Einstellplätze, Schutzräume usw. erfaßt und ausgewertet, dem Österreichischen Statistischen Zentralamt übermittelt und veröffentlicht.

In Zusammenarbeit mit der Baupolizei und der EDV konnte für die Wohnbaustatistik ein Kontrollsystem erarbeitet werden, das ab 1994 zum Einsatz kommt und eine vollständige Erfassung aller Baumaßnahmen, durch die eine Wohnung errichtet wird, garantieren soll.

Das Aufgabenfeld der Bevölkerungsstatistik umfaßte die Bearbeitung sämtlicher Wiener Standesfälle (Geburten, Eheschließungen, Todesfälle). Im Zuge dieser Tätigkeit werden gesundheitsstatistisch relevante Daten der Geburten erfaßt sowie von den Todesfällen die Todesursachen gemäß „Internationaler Klassifikation der Krankheiten“ vercodet. In beiden Bereichen sind zahlreiche Nacherhebungen, vor allem bei Spitälern, Hebammen oder dem gerichtsmedizinischen Institut, notwendig. Verstorbene Säuglinge und Totgeburten erfahren ebenso wie Unfall- und Selbstmordopfer besondere Beachtung. Die monatlichen Zwischenberichte, für die auf Grund der Berücksichtigung der Wanderungsergebnisse eine vorläufige Bevölkerungsfortschreibung erfolgt, sowie umfangreiche statistische Jahresauswertungen einschließlich Analysen sind für zahlreiche Dienststellen (wie z. B. Stadtplanung, Gesundheitsamt, Krankenanstaltenverbund, Verkehrsorganisation, Schulverwaltung) unerläßliche Arbeitsgrundlagen.

Die Umstellungen in der Führung der Personendatenbank der MD ADV hatten zur Folge, daß der MA 66 von der Bevölkerungsevidenz und der Wanderungsstatistik erstmals anonymisierte Einzeldaten zur Verfügung gestellt werden konnten, so daß in Zukunft bessere Auswertungsmöglichkeiten und Zeitreihenanalysen der Bevölkerungsentwicklung möglich sein werden.

Völlig neu erstellt wurde die Arbeitsmarktstatistik. Angeregt durch das beträchtliche Interesse der Öffentlichkeit, wurde die Auswahl der wichtigsten Daten und Indikatoren neu bestimmt. Die entsprechenden Tabellen in den Publikationen, die in einigen Bereichen auch nach Geschlecht und Nationalität differenziert sind, vermitteln nun ein verlässliches und vollständiges Bild des Wiener Arbeitsmarktes.

Für den Aufbau des Wiener Umweltinformationssystem (WUIS) wurde im Bereich Umweltstatistik eine Dokumentation sämtlicher umweltrelevanter Daten, über die die Abteilung verfügt, erstellt. In der Abfallstatistik wurden einige Veränderungen, die durch das Inkrafttreten der Verpackungsverordnung notwendig werden, vorbereitet.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Gesundheitsstatistik ist die Fortführung der Datensammlungen über die Sanitätspersonen, diverse medizinische Einrichtungen, Körperbehindertenbetreuung, Schutzimpfungen, Tuberkulosefürsorge, Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten als Information über die medizinische Versorgung der Wiener Bevölkerung und deren Gesundheitszustand. Im Bereich der Krankenanstalten- und Spitalsentlassungsstatistik war bisher - und vermutlich auch weiterhin - eine Aktualität der Daten nicht zu erreichen. Da die im Gesetz vorgeschriebenen Aufarbeitungszeiten nicht eingehalten werden, stehen dem Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds zur Mitte des dem Berichtsjahr folgenden Jahres nur etwa die Hälfte der Daten in einer für die EDV-Weiterverarbeitung geeig-

neten Form zur Verfügung. Bei der Umstrukturierung der Statistik über selbständige und Anstaltsambulatorien konnte die Erfassung um mehr als 100 Ambulatorien und Ambulanzen erhöht werden. Weiters befindet sich ein verbessertes Erhebungsformular hierfür in Ausarbeitung.

Die Vielfalt der Vereine und Organisationen, die auch zum Teil im organisatorischen Zusammenhang mit der Stadt Wien stehen, machte es notwendig, die Grundlagen für eine neue Sozialstatistik, die die Träger genauer differenziert, zu erarbeiten. Die Zahl der Obdachlosen konnte etwas besser erhoben werden. Auf Grund einer Studie konnten alle öffentlichen und privaten Einrichtungen statistisch erfaßt werden. Das volle Ausmaß der Obdachlosigkeit ließ sich wegen der ständig wechselnden Unterkünfte der Betroffenen nicht darstellen. 1993 wurde die Grundlage für eine Überarbeitung der Tabellen im Sozialbereich geschaffen.

Das überaus reichhaltige Kulturangebot des Jahres 1993 ermöglichte eine quantitative und qualitative Ausweitung bei der Darstellung der Kulturaktivitäten. Es wurden die Ausstellungen, Tage und Besucher, aber auch der eintrittsfreie Besuch in den Museen erfaßt. Die kommunale Kulturstatistik wird in Zukunft verstärkt Akzente setzen, um im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses sowohl die regionalen Besonderheiten als auch das internationale Profil der Wiener Kulturszene aufzuzeigen.

In der Schul- und Hochschulstatistik wurde die Arbeit kontinuierlich weitergeführt. Auf besonderes Interesse stießen die Angaben über die Erst- und Zweitabschlüsse der Absolventen von Universitäten und Kunsthochschulen sowie die nach Bezirken gegliederte Aufstellung der Schüler/innen der Mittelstufe (5.–8. Schulstufe) im 10-Jahresvergleich. Auch 1993 bildete – neben der Erfassung der Schüler/innen nach Schulstufen, der Klassen und Schulen – die ausführliche Erfassung der Lehrer/innen einen wesentlichen Bestandteil der Schulstatistik. Außerdem wurden die Grundlagen für eine Studie über Schulerfolg und Vorbildung der Schüler/innen an den Wiener Schulen erarbeitet.

Auch im Jahre 1993 wurde die Reihe des „Statistischen Jahrbuches der Stadt Wien“ (Ausgabe 1992) fortgesetzt. Es enthält wichtige Informationen in Form von Statistiken aus allen Bereichen des Wiener kommunalen Lebens. Dieses Werk erschien im Dezember 1993 in einer Auflage von 1.000 Stück. Die 423 Tabellenseiten wurden in 26 Kapitel aufgeteilt. Um die Lesbarkeit der publizierten Daten zu erhöhen, wurden 13 Farbtafeln (Wiens Lage, Witterung, Bevölkerung, Umwelt, Verkehr, Arbeitsmarkt, Fremdenverkehr und Preise) neu angefertigt. Zur leichteren Vergleichbarkeit der Statistiken wurde die Zeitreihe der letzten fünf Jahre (1988 bis 1992) beibehalten. Einige Tabellen des Jahrbuches wurden auch nach Bezirken gegliedert und im Schlagwortverzeichnis mit einer Markierung versehen.

Das „Statistische Taschenbuch der Stadt Wien“ für das Jahr 1992 erschien in einer Auflage von 1.200 Stück bereits zur Jahresmitte 1993. Diese kleinformatige Publikation ist eine Zusammenfassung des „Statistischen Jahrbuches“ auf 143 Seiten und weist eine Gliederung in 20 Kapitel auf. Im Vergleich zum „Statistischen Jahrbuch“ enthält es zusätzliche Tabellen über Wien und andere österreichische Städte, weiters die Stellung Wiens in Ostösterreich sowie eine Gegenüberstellung von Wien und anderen europäischen Metropolen.

Die vierteljährlich erscheinende Publikation „Statistische Mitteilungen“ enthält neben Fachartikeln, die von Mitarbeitern der Abteilung, aber auch von Gastautoren verfaßt werden, einen umfangreichen Tabellenteil und fallweise Buchbesprechungen. Im Jahre 1993 wurde der Themenbereich Arbeitsmarktstatistik wesentlich ergänzt und neu strukturiert. Es erschienen die Artikel „Reisegewohnheiten der Wiener im Jahre 1987 und 1990“, „Erfahrungen aus der Großzählung 1991“, „Wohnen in Wien“, „Hamburg – Wien, Vergleich zweier Metropolen“ sowie „Die Bevölkerung Wiens“. Die Zeitschrift wurde pro Quartal in einer Auflage von 800 bis 1.500 Stück hergestellt.

Die Broschüre „Wien in Zahlen“ wurde 1993 in deutscher, englischer, französischer, italienischer, ungarischer und tschechischer Sprache aufgelegt. Diese Zahlenübersicht bringt auf 16 Seiten grundlegende Informationen über die wichtigsten Lebensbereiche dieser Stadt zur Kenntnis. Die Broschüre erschien im August 1993 in einer Auflage von 55.000 Stück.

Ein Bericht über die Tätigkeit der Wiener Stadtverwaltung, ihrer Betriebe und der städtischen Unternehmungen, des Tourismusverbandes sowie der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien wurde unter der Bezeichnung „Die Verwaltung der Stadt Wien 1992“ in einer Auflagenhöhe von 700 Exemplaren im Dezember 1993 veröffentlicht. Auf 375 Seiten und in zahlreichen Abbildungen wird über die Aktivitäten der Stadtverwaltung Auskunft gegeben.

Mit den Arbeiten für die Herausgabe von Sonderpublikationen über die Großzählung 1991 wurde im Herbst 1993 begonnen. Als erste Sonderpublikation soll ein Band über die Häuser- und Wohnungszählung 1991 erscheinen. Neben der Sonderpublikation wurde auch an einer leporelloartigen Faltinformation mit Übersichtstabellen und Graphiken zum Thema „Die Wiener Wohnungen“ gearbeitet.

Die Monatskennziffern zur Wirtschaftsentwicklung und Bevölkerungsbewegung wurden als Statistische Schnellberichte monatlich veröffentlicht. Die Auskunftstätigkeit der Abteilung konzentrierte sich auf Ergebnisse der Großzählung 1991, von der zumeist kleinräumige Daten oder spezielle Merkmalskombinationen erfragt wurden. Mit Hilfe der ISIS – Datenbank des Statistischen Zentralamtes – und den in der MD ADV eingelagerten Basisdatenbeständen der Großzählung konnten den Interessenten die entsprechenden Ergebnisse zur Verfügung gestellt werden.

1993 wurden erste Vorgespräche und Vorarbeiten für den zukünftigen Einsatz eines „Statistischen Informationssystems“ vorgenommen. Mit diesem Projekt soll den immer stärker werdenden Anforderungen nach statisti-

schen Daten schneller entsprochen werden können. Es wurden Informationen über in deutschen und österreichischen Städten in Verwendung befindliche Systeme eingeholt. Bei diesen Systemen konnte keine ausreichende Kompatibilität zu dem in Entstehung befindlichen Pilotprojekt des WUIS – Wiener Umweltinformationssystem – festgestellt werden. Um diesem Ziel – nämlich der Kompatibilität von im Magistrat zum Einsatz kommenden Informationssystemen – näher zu kommen, hat sich die Abteilung um einen Beobachterstatus bei der Planung und dem Aufbau von WUIS bemüht und von der MD BD und der MD ADV auch die Möglichkeit hierfür erhalten.

In der Statistischen Fachbibliothek betrug am Ende des Jahres der Bücherstand 9.338 Bände, wobei während des Jahres 1993 allein 405 Bücher und Zeitschriften katalogisiert wurden. Nur ein geringer Teil dieser Neuerwerbungen gelangte durch Kauf, der überwiegende Teil durch Tausch in den Besitz der Abteilung. Mit 133 Stellen des In- und Auslandes wurde regelmäßig ein Tauschverkehr unterhalten, der zur Aktualisierung der Bestände noch weiter beitrug.

Im statistischen Archiv wurden Unterlagen für die Publikationen der Abteilung sowie zur Information für öffentliche Dienststellen, Mandatare und Privatpersonen gesammelt, geordnet und abgelegt.

Da die Erstellung der tabellarischen Publikationen in Zukunft mittels der beiden Softwareprodukte Excel und Winword erfolgen soll, wurden eine Reihe von Mitarbeiter/innen für diese EDV-Technologie eingeschult.

Für die Planungsdienststellen wurde mit Arbeiten begonnen, die die Zurverfügungstellung von Großzählungsdaten auf Baublockebene zum Ziele haben. Die kleinräumige Datenaufarbeitung auf Baublockebene konnte 1993 nicht mehr durchgeführt werden, da die Verwendung unterschiedlicher Vercodungssysteme im Magistrat (MD ADV) und im Österreichischen Statistischen Zentralamt (ÖSTAT) langwierige EDV-mäßige Abstimmungsvorgänge notwendig machte. Ein Abschluß der Arbeiten ist für Anfang 1994 geplant.

In Hinblick auf den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union (EU) wurden einzelne Abteilungsangehörige zu Fortbildungsseminaren entsandt. An den Sitzungen der statistischen Beratungsgremien des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, der Verbindungsstelle der Bundesländer und des Österreichischen Städtebundes nahm der Abteilungsleiter oder dessen Vertreter teil. Bedienstete der Abteilung nahmen im Jahre 1993 an folgenden Tagungen teil:

- 84. und 85. Sitzung des Fachausschusses für Statistik des Österreichischen Städtebundes am 3. März in Wien und am 6. Oktober in Graz
- Mitteleuropa – Metropolenkonferenz – Berlin, Budapest, Bratislava, Prag, Warschau und Wien von 29. bis 31. März in Budapest
- Länderinterne Besprechung der Landesstatistiker und 9. Koordinierungsbesprechung zwischen Vertretern der Bundes- und Landesstatistik am 11. und 12. Mai in Linz
- Deutsch-österreichisch-schweizerisches Demographentreffen von 26. bis 28. Mai in Graz
- EDV- und SAS-Expertentreffen der landesstatistischen Dienste am 6. und 7. Juli in Linz
- Demonstration EDV-mäßiger Tabellenerstellung für statistische Publikationen am 8. und 9. Juli in Klagenfurt
- Demonstration des im Land Salzburg in Erprobung befindlichen STATIS Informationssystems am 27. und 28. Juli in Salzburg
- 16. Urban Data Management Symposium von 8. bis 10. September in Wien
- Statistische Woche 1993 von 27. September bis 1. Oktober in Köln
- 100 Jahre Landesstatistik Steiermark und 13. Tag der Amtlichen Statistik von 6. bis 8. Oktober in Graz

Am 24. November 1993 fand die 4. Sitzung des statistischen Beirates für Wien statt. Es wurde berichtet, daß 1994 eine repräsentative Stichprobenerhebung bei 8.000 Wiener Haushalten in 4 Wellen zu je 2.000 Interviews für die Großstudie „Leben in Wien“ durchgeführt wird. Weitere Themen der Sitzung waren ein Situationsbericht a) über die geplanten Wohnsitzbestimmungen in einem Hauptwohnsitzgesetz, b) den Auswertungsstand der Großzählung 1991 und c) die Preiserhebungen für den Verbraucherpreisindex. Zum Abschluß wurde mitgeteilt, daß 1994 die statistische Großtagung der deutschen Statistiker in Wien abgehalten wird.

Da die „Statistische Woche 1994“ unter dem Namen „Österreichisch-Deutsche Statistische Woche“ in der Zeit vom 12. bis 16. September 1994 in Wien stattfinden wird, mußten bereits im Juni 1993 erste vorbereitende Besprechungen über die Organisation, die Bereitstellung von Räumlichkeiten und den Tagungsablauf durchgeführt werden. Von den Veranstaltern (Österreichisches Statistisches Zentralamt, Stadt Wien, Österreichische Statistische Gesellschaft, Deutsche Statistische Gesellschaft, Österreichischer Städtebund, Verband Deutscher Städtestatistiker) wurde folgende Aufgabenverteilung vorgegeben: Für die organisatorische Gesamtleitung, das Tagungsprogramm und die Betreuung der Teilnehmer durch das Tagungsbüro werden die Österreichische Statistische Gesellschaft und das Österreichische Statistische Zentralamt zuständig sein, die Bereitstellung der Räume (Festsaal, Großer und Kleiner Wappensaal, Raum 319 und Steinerne Saal) für parallel stattfindende Veranstaltungen und EDV-Ausstellungen, den Abendempfang und das Rahmenprogramm werden die Stadt Wien bzw. der Österreichische Städtebund übernehmen.